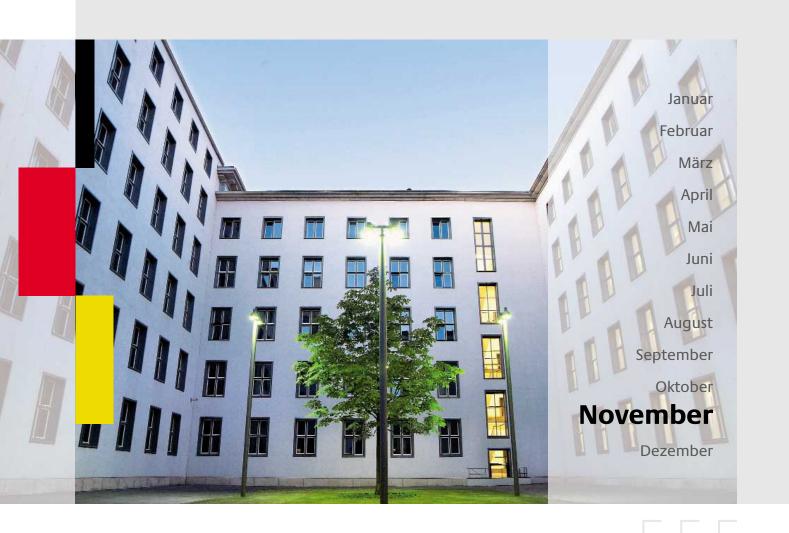


Das Ministerium

# Monatsbericht des BMF 2006



## Monatsbericht des BMF November 2006

## Inhaltsverzeichnis

Editorial
Übersichten und Termine9
Finanzwirtschaftliche Lage
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht22
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 200629
Termine
Analysen und Berichte33
Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2006
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 3. November 2006
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 200653
Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2008 (Sechster Existenzminimumbericht)
Hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit durch moderate Lohnstückkosten65
Die Rolle des Zolls beim Schutz von Mensch und Umwelt71
Statistiken und Dokumentationen
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung80
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte103
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung107

### Zeichenerklärung Tabellen und Grafiken

- nichts vorhanden;
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts;
- · Zahlenwert unbekannt;
- X Wert nicht sinnvoll

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar. Bundesministerium der Finanzen Redaktion Monatsbericht Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

#### **Editorial**

## Liebe Leserinnen und Leser,

vom 2. bis 3. November fand die 128. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" statt. Die Experten von Bund, Ländern, Gemeinden, Wirtschaftsforschungsinstituten, Statistischem Bundesamt und Bundesbank schätzten auf Grundlage der vorliegenden Wirtschaftsdaten und des aktuell geltenden Steuerrechts die Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte. Verglichen mit der letzten Steuerschätzung vom Mai 2006 werden allein die Steuereinnahmen des Bundes im Jahre 2006 voraussichtlich um 8,4 Mrd. € höher ausfallen.

Untermauert wird dieses Schätzergebnis unter anderem durch den Aufwärtstrend bei den kassenmäßigen Steuereinnahmen des Bundes und der Länder, der sich auch im 3. Quartal weiter fortgesetzt hat. Das Aufkommen aus veranlagter Einkommensteuer sowie Körperschaftsteuer entwickelte sich besonders dynamisch, das Lohnsteueraufkommen stieg als Folge der allmählichen Besserung auf dem Arbeitsmarkt ebenfalls an. Auch das Aufkommen der Steuern vom Umsatz entwickelte sich positiv – ein deutlicher Beleg für das Übergreifen des Aufschwungs auf die Binnenkonjunktur.

Damit wird die gegenwärtig gute konjunkturelle Lage zunehmend sowohl von einer stabilen Auslandsnachfrage als auch von der anziehenden Inlandsnachfrage getragen. Diese Entwicklung kommt nicht von ungefähr: Eine über die letzten Jahre moderate Arbeitskostenentwicklung, gepaart mit einem starken Produktivitätsfortschritt, hat die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gestärkt. Mit einer weiteren Senkung der Lohnnebenkosten wird die Bundesregierung diese Entwicklung unterstützen.

Die finanzpolitische Doppelstrategie der Bundesregierung aus konjunkturgerechter Konsoli-



dierung und gezielten Wachstumsimpulsen erweist sich damit als erfolgreich. Allerdings muss beachtet werden, dass konjunkturelle also temporäre - Mehreinnahmen die strukturellen Probleme der öffentlichen Haushalte nicht lösen. So zeigt auch der aktuelle Quartalsbericht zum Bundeshaushalt, dass zwar die Einnahmen, insbesondere die Steuereinnahmen, im Bundeshaushalt bis zum Ende des 3. Quartals 2006 um 4,0 Mrd. € deutlich gegenüber dem Vorjahreswert stiegen. Gleichwohl ist der negative Finanzierungssaldo mit 34,9 Mrd. € immer noch viel zu hoch. Deshalb wird die Bundesregierung ihren Konsolidierungskurs unverändert fortsetzen. Konjunkturelle Mehreinnahmen werden vorrangig zum Abbau der Neuverschuldung eingesetzt. Es besteht jetzt die Chance, mit Blick auf die Generationengerechtigkeit sogar die Verpflichtung, die gegenwärtig guten konjunkturellen Zeiten konsequent zur Defizitreduzierung zu nutzen.

Die Bundesregierung hat den nunmehr sechsten Existenzminimumbericht vorgelegt. Gegenstand des Berichts ist die Darstellung der für die Bemessung des steuerfrei zu stellenden Existenzminimums maßgebenden Beiträge. Zentrale Bedeutung erhält dieser Bericht durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wonach dem Steuerpflichtigen nach der Erfüllung seiner Einkommensteuerschuld so viel Einkommen verbleiben muss, wie er zur Bestreitung seines Lebensunterhalts und desjenigen seiner Familie benötigt. Die Höhe dieses

Existenzminimums hängt von den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen und dem anerkannten Mindestbedarf ab. Dieser Mindestbedarf wird vom Gesetzgeber festgelegt, wobei der im Sozialhilferecht anerkannte Mindestbedarf die Richtgröße für das einkommensteuerliche Existenzminimum bildet.

Der weltweite Warenhandel, aber auch Urlaubsreisen in ferne Länder sind aus unserem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken. Zum Schutz von Mensch und Umwelt überwacht der Zoll den grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehr. Dabei geht es genauso um die Bekämpfung des illegalen Handels mit seltenen Tier- und Pflanzenarten wie um Maßnahmen gegen die Abwanderung seltener Kulturgüter

oder die Durchsetzung von Einfuhrverboten für Geflügel und Geflügelprodukte, um die Ausbreitung der Vogelgrippe zu verhindern. Als Folge der zunehmenden Verlagerung von Gesetzgebungskompetenzen von der nationalen auf die europäische Ebene wird die Arbeit des Zolls mehr und mehr dem europäischen Recht unterworfen.

11

Dr. Thomas Mirow Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



## Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	27
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2006	29
Termine	31

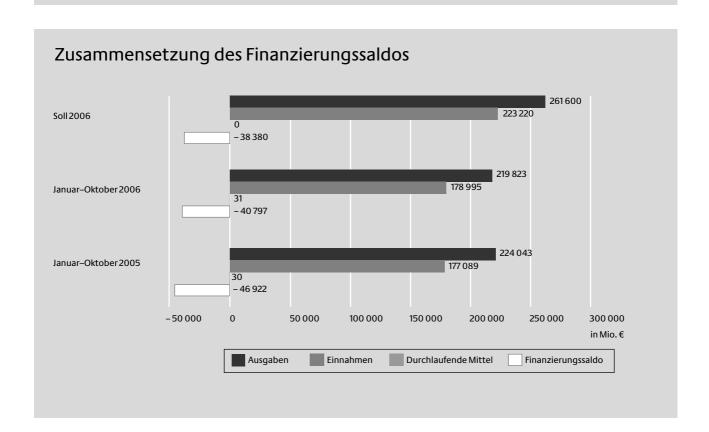
## Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich Oktober belaufen sich auf 219,8 Mrd. €. Sie liegen damit um 4,2 Mrd. € (– 1,9 %) unter dem Vorjahresergebnis. Die rückläufige Ausgabenentwicklung des Bundeshaushalts ist wie auch in den Vormonaten in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Bundesagentur für Arbeit im Gegensatz zum Vorjahr keine Betriebsmitteldarlehen in

#### Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2006	lst-Entwicklung Januar bis Oktober 2006
Ausgaben (Mrd. €)	261,6	219,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	0,7	- 1,9
Einnahmen (Mrd. €)	223,2	179,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 2,3	1,1
Steuereinnahmen (Mrd. €)	194,0	154,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	2,0	7,2
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 38,4	- 40,8
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	_	- 10,0
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,2	- 0,2
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	- 38,2	- 30,5

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Buchungsergebnisse.



Anspruch nimmt. Hier wirken die Erfolge bei der Umstrukturierung der Bundesagentur für Arbeit und die beginnende Erholung auf dem Arbeitsmarkt. Ohne Berücksichtigung dieser Darlehen aus dem Jahr 2005 lägen die Ausgaben des Bundes in etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Einnahmen des Bundes bis einschließlich Oktober übertrafen das Ergebnis des Vorjahreszeitraums mit 179,0 Mrd. € um 1,9 Mrd. € (+ 1,1%). Die Situation auf der Einnahmenseite wird auch weiterhin von der erfreulich positiven Entwicklung der Steuereinnahmen getragen. Die kas-

#### Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	lst 2005	Soll 2006		vicklung ktober 2006	Ist-Entwi Januar bis Ok	_	Veräi derun
	Mio.€	Mio.€	Mio.€	Anteil in%	Mio. €	Anteil in %	gg Vorjal in
Allgemeine Dienste	47 505	47 999	38 112	17,3	37 645	16,8	1
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und	2.040	2074	2.540	1.6	2.251	1 -	_
Entwicklung Verteidigung	3 840 27 768	3 9 7 4 2 7 7 0 7	3 548 21 550	1,6 9,8	3 351 21 754	1,5 9,7	5 - 0
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7866	7677	6370	2,9	6495	2,9	- 1
Finanzverwaltung	2 899	3390	2515	1,1	2312	1,0	- 1
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle							
Angelegenheiten	11 444	12334	9119	4,1	9 0 3 0	4,0	1
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	925	664	0,3	635	0,3	4
BAföG	1 049	1 090	951	0,4	949	0,4	0
Forschung und Entwicklung	6 666	7170	5 178	2,4	5217	2,3	- 0
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben,	122040	424204	110120	<b>53.0</b>	120100	<b>53.6</b>	_
Wiedergutmachungen	133 048	134391	116128	52,8	120 109	53,6	- 3
Sozialversicherung	75 898	74761	67 171	30,6	69 030	30,8	- 2
Arbeitslosenversicherung	397	0	0	0,0	4343	1,9	-100
Grundsicherung für Arbeitsuchende darunter: Arbeitslosengeld II	35 169 25 001	38 263 24 400	32 099 22 437	14,6 10,2	28 869 21 106	12,9 9,4	11 6
Arbeitslosengeld II, Leistungen des	25001	24400	22 431	10,2	21100	3,4	U
Bundes für Unterkunft und Heizung	3 533	3 600	3 3 3 4	1,5	2878	1,3	15
Wohngeld	1 085	1 000	894	0,4	996	0,4	- 10
Erziehungsgeld	2 873	2830	2 341	1,1	2 3 9 5	1,1	- 2
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 1 1 8	2 8 6 5	2 462	1,1	2 699	1,2	- 8
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	912	911	656	0,3	651	0,3	0
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale							
Gemeinschaftsdienste	1 788	1 590	1 007	0,5	1 388	0,6	- 27
Wohnungswesen	1 262	1 071	785	0,4	1 082	0,5	- 27
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie							
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 446	6276	4 0 5 9	1,8	4 645	2,1	- 12
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 2 2 6	869	502	0,2	784	0,3	- 36
Kohlenbergbau Gewährleistungen	1 645 1 355	1 563 1 500	1 561 519	0,7	1 644 746	0,7	- 5 - 30
				0,2		0,3	
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 119	10856	7 752	3,5	7742	3,5	0
Straßen (ohne GVFG)	6 2 4 1	5870	4368	2,0	4231	1,9	3
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und	0.465	0.420	6 417	2.0	6.305	2.0	
Kapitalvermögen	9 465	9438	6 417	2,9	6 2 9 5	2,8	1
Bundeseisenbahnvermögen	5 472	5 4 3 0	4130	1,9	4194	1,9	- 1
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 443	3 453	1 939	0,9	1712	0,8	13
Allgemeine Finanzwirtschaft	38 122	37 805	36 573	16,6	36 538	16,3	0
Zinsausgaben	37371	37557	35 732	16,3	35 906	16,0	- 0
Ausgaben zusammen	259 849	261 600	219 823	100,0	224 043	100,0	- 1

senmäßig verbuchten Steuereinnahmen beliefen sich bis Ende Oktober auf 154,5 Mrd. € und lagen somit um 10,4 Mrd. € (+ 7,2 %) über dem Vorjahresergebnis. Die Verwaltungseinnahmen gingen im Vergleich zum Vorjahr, bedingt durch nicht wiederholbare positive Einmaleffekte in 2005, um 25,7% zurück.

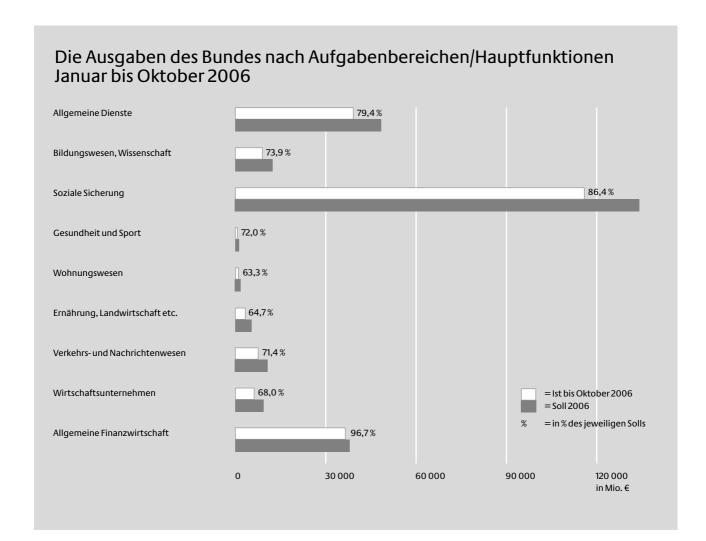
Gegenüber der ursprünglichen Haushaltsplanung stellen sich wesentliche Eckdaten der wirtschaftlichen Entwicklung inzwischen deutlich günstiger dar. Daraus resultierend erwartet der Arbeitskreis Steuerschätzungen in seiner November-Schätzung für den Bundeshaushalt 2006 gegenüber der Veranschlagung Steuermehreinnahmen in Höhe von + 8,4 Mrd. €. Insbesondere die gewinnabhängigen Steuern, aber

auch Zuwächse bei der Lohnsteuer und den Steuern vom Umsatz sowie geringere EU-Abführungen werden hierzu beitragen. Unter der Voraussetzung, dass die Entwicklung der Ausgaben insgesamt weiterhin planmäßig verläuft, kann davon ausgegangen werden, dass sich die voraussichtliche Nettokreditaufnahme ausgehend von veranschlagten 38,2 Mrd. € einer Größenordnung von 30 Mrd. € nähert.

Die aktuell sehr erfreuliche Entwicklung darf allerdings nicht als Entwarnung für die öffentlichen Haushalte verstanden werden, zumal die konjunkturbedingten Steuermehreinnahmen allein noch nichts zur Überwindung der strukturellen Unterfinanzierung und Überforderung der Budgets beitragen.

#### Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	lst 2005	Soll 2006	Ist-Entw Januar bis Ol	_	Ist-Entwi Januar bis Ok		Verä derur gg
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in%	Mio. €	Anteil in %	Vorja ir
Konsumtive Ausgaben	236 088	239 075	204 392	93,0	204 392	91,2	O
Personalausgaben	26372	26 237	21 942	10,0	21 631	9,7	1
Aktivbezüge	19891	19819	16 477	7,5	16066	7,2	2
Versorgung	6 481	6418	5 464	2,5	5 5 6 6	2,5	- 1
Laufender Sachaufwand	17712	17 990	13 062	5,9	12 702	5,7	2
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 596	1 474	1 059	0,5	1 074	0,5	- 1
Militärische Beschaffungen	7 992	8 4 2 6	5 765	2,6	5 422	2,4	(
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 124	8 090	6 238	2,8	6 206	2,8	(
Zinsausgaben	37 371	37 557	35 732	16,3	35 906	16,0	- (
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	154274	156 896	133 303	60,6	133 826	59,7	- (
an Verwaltungen	13 921	13 759	11317	5,1	11313	5,0	(
an andere Bereiche darunter:	140 353	143 137	122 060	55,5	122 544	54,7	- (
Unternehmen	13 474	16 649	11 051	5,0	10581	4,7	4
Renten, Unterstützungen u.a.	32 747	30386	27 483	12,5	27996	12,5	- '
Sozialversicherungen	90 219	92 079	80 469	36,6	80 777	36,1	- (
Sonstige Vermögensübertragungen	360	395	354	0,2	326	0,1	
Investive Ausgaben	23 761	23 225	15 431	7,0	19 651	8,8	- 2
Finanzierungshilfen	16516	16 280	10 565	4,8	14842	6,6	- 28
Zuweisungen und Zuschüsse Darlehensgewährungen,	12617	12 679	8 309	3,8	8 253	3,7	(
Gewährleistungen Erwerb von Beteiligungen,	3 340	3 013	1 680	0,8	6034	2,7	- 7
Kapitaleinlagen	559	588	576	0,3	555	0,2	:
Sachinvestitionen	7 2 4 6	6 9 4 5	4866	2,2	4809	2,1	
Baumaßnahmen	5 779	5 487	3 935	1,8	3 891	1,7	
Erwerb von beweglichen Sachen	961	922	552	0,3	585	0,3	- 5
Grunderwerb	506	536	379	0,2	333	0,1	13
Globalansätze	-	- 699	-	-	-	-	
Ausgaben insgesamt	259 849	261 600	219 823	100,0	224 043	100,0	





## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	lst 2005	Soll 2006		vicklung Oktober 2006	Ist-Entwicklung Januar bis Oktober 2005		Verän- derung ggü.
	Mio. €	Mio. €	Mio.€	Anteil in%	Mio.€	Anteil in %	Vorjahr in %
I. Steuern	190 149	193 995	154 461	86,3	144 047	81,3	7,2
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	146 608	151 369	124766	69,7	114078	64,4	9,4
Einkommen- und Körperschaftsteuer							
(einschließlich Zinsabschlag)	70910	74 430	60 054	33,6	52 059	29,4	15,
davon:							
Lohnsteuer	50 541	51 085	39 523	22,1	38 417	21,7	2,
veranlagte Einkommensteuer	4 150	5 674	4 0 9 1	2,3	1 275	0,7	220,
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	4976	5 2 2 5	5 1 1 1	2,9	4548	2,6	12,
Zinsabschlag	3 076	3 121	2 850	1,6	2 600	1,5	9,
Körperschaftsteuer	8 166	9 3 2 5	8 479	4,7	5219	2,9	62
Steuern vom Umsatz	74 149	75 530	63 723	35,6	61 049	34,5	4
Gewerbesteuerumlage	1 549	1 409	988	0,6	969	0,5	2
Mineralölsteuer	40 101	39350	27814	15,5	27 545	15,6	1.
Tabaksteuer	14273	14700	11309	6,3	11348	6,4	- 0
Solidaritätszuschlag	10315	10548	8 790	4,9	7 9 6 6	4,5	10
Versicherungsteuer	8 750	8 750	7 541	4,2	7 5 7 2	4,3	- 0
Stromsteuer	6 462	6 5 5 0	5 2 2 7	2,9	5 2 8 0	3,0	- 1
Branntweinabgaben	2 151	2 160	1 609	0,9	1 595	0,9	0
Kaffeesteuer	1 003	1 000	775	0,4	782	0,4	- 0
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14581	- 14677	- 11 082	- 6,2	- 10 939	- 6,2	1
BNE-Eigenmittel der EU	- 15075	- 15 450	- 13 372	- 7,5	- 12 785	- 7,2	4
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3258	- 3600	- 3365	- 1,9	- 2836	- 1,6	18
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7053	- 7159	- 5878	- 3,3	- 5878	- 3,3	0
II. Sonstige Einnahmen	38 260	29 225	24 534	13,7	33 042	18,7	- 25
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	1 411	3 685	3 187	1,8	859	0,5	271
Zinseinnahmen	400	341	536	0,3	364	0,2	47
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen,				-			
Privatisierungserlöse	20 400	11 178	8 805	4,9	18713	10,6	- 52
Einnahmen zusammen	228 409	223 220	178 995	100,0	177 089	100,0	1

## Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2006

Die positive Einnahmenentwicklung hat sich im Oktober weiter fortgesetzt. Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen mit + 9,7% erneut stark an. Während die gemeinschaftlichen Steuern mit + 11,8 % kräftig zulegten, stieg das Aufkommen der Bundessteuern um + 3,1 %. Die Ländersteuern lagen um + 10,2 % über dem Vorjahresergebnis.

Die kräftigsten Zuwächse gab es bei der Körperschaftsteuer (+ 1 Mrd. €) und der Lohnsteuer (+ 570 Mio. €), beide allerdings begünstigt von Sonderentwicklungen.

Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen von Januar bis Oktober 2006 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum liegt bei + 8,0 %.

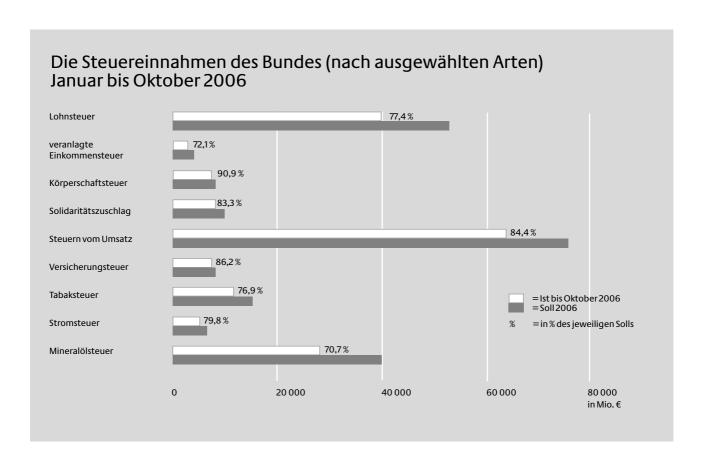
Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) stiegen im Oktober nur um + 3,3 % gegenüber dem Vorjahr, was in erster Linie auf im Vorjahresvergleich stark gestiegene EU-Abführungen zurückzuführen ist. Für den Zeitraum Januar bis Oktober 2006

ergibt sich für den Bund ein Zuwachs von +8,2%.

Die bei der Lohnsteuer seit einigen Monaten zu beobachtende Aufwärtstendenz setzte sich im Oktober mit einem kräftigen Zuwachs von + 6,6 % weiter fort. Dieses Ergebnis wird allerdings durch die infolge von Abfindungszahlungen im Zuge personalpolitischer Maßnahmen stark erhöhten Abführungen eines Großunternehmens nach oben verzerrt. Ohne diesen Effekt hätte sich ein Plus von knapp 5 % gegenüber dem Vorjahr ergeben.

Auch bei den Veranlagungsteuern ergab sich wieder ein positives Bild. So legten die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer um rund + 360 Mio. € zu, wovon etwa + 90 Mio. € auf geringere Arbeitnehmererstattungen und gesunkene Auszahlungen von Eigenheim- und Investitionszulagen entfielen. Bei der Körperschaftsteuer resultierten die Mehreinnahmen in Höhe von +1 Mrd. € gegenüber dem Oktober des Vorjahres in erster Linie aus Sondereffekten infolge von Betriebsprüfungen in einem Bundesland in Höhe von gut + 0,7 Mrd. €.

Die positive Entwicklung der Unternehmensgewinne sorgt wie in den Vormonaten für stei-



gende Dividendenzahlungen der Kapitalgesellschaften und damit für ein Aufkommensplus bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag in Höhe von 13,6 %.

Auch beim Zinsabschlag setzte sich die erfreuliche Entwicklung der vergangenen Monate mit + 22,1 % weiter fort. Dieses Ergebnis spiegelt das gegenüber dem Vorjahr gestiegene Zinsniveau wider.

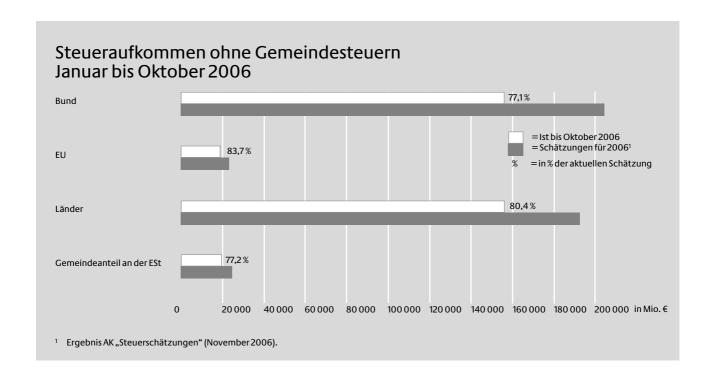
Nach einem erfreulichen Septemberergebnis (+ 4,4 %) fiel bei den Steuern vom Umsatz der Zuwachs im Oktober mit +1,6 % deutlich moderater aus, was im Hinblick auf die vergleichsweise starke Vorjahresbasis erwartet werden konnte. Die Umsatzsteuer lag mit 1,0 % im Plus, während die auf Einfuhren aus Nicht-EU-Staaten erhobene Einfuhrumsatzsteuer um +3,5 % wuchs.

Beim Aufkommen der reinen Bundessteuern war gegenüber dem Oktober des Vorjahres zwar ein Zuwachs von + 3,1% zu verbuchen, allerdings wird das Ergebnis wie bereits im September 2006 von einem Sondereffekt bei der Mineralölsteuer überzeichnet. Ohne diesen Effekt, der aus einer Änderung der Steuerschuldnerschaft im Energiesteuergesetz hinsichtlich der Steuer auf Erdgas resultiert, hätten die Einnahmen aus der Mineralölsteuer im Oktober, die sich im Vorjah-

resvergleich um + 3,4 % verbesserten, stagniert. Voraussichtlich werden die von September bis November erzielten Mehreinnahmen im Dezember durch entsprechende Mindereinnahmen vollständig wieder ausgeglichen.

Während der Rückgang bei der Tabaksteuer (– 5,3 %) infolge des rückläufigen Konsums bei Fertigzigaretten nicht überraschte, war das kräftige Plus bei der Stromsteuer (+ 13,9 %) in diesem Ausmaß nicht zu erwarten gewesen. Auch der Solidaritätszuschlag zeigte wie seine Bemessungsgrundlagen einen starken Zuwachs (+ 16,7 %), während das Aufkommen der Versicherungsteuer auf dem Vorjahresniveau stagnierte.

Das Aufkommen der reinen Ländersteuern erhöhte sich im Oktober 2006 um + 10,2 %. Das erneut starke Plus bei der Grunderwerbsteuer (+ 25,2 %) könnte dabei u. a. die Folge vorgezogener Käufe von Wohnimmobilien in Erwartung der Mehrwertsteuererhöhung sein. Die Rennwett- und Lotteriesteuer überraschte ebenfalls mit einem starken Zuwachs (+ 42,8 %) und auch die Erbschaftsteuer lag um + 11,3 % über ihrem Vorjahreswert. Rückläufig war dagegen das Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer (- 3,4 %) und der Biersteuer (- 6,5 %).



## Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)<sup>1</sup>

2006	Oktober	Verän- derung ggü. Vorjahr	Januar bis Oktober	Verän- derung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2006 <sup>5</sup>	Verän- derung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	9 183	6,6	96 280	2,8	122 000	2,6
veranlagte Einkommensteuer	- 392	X	9 626	X	17 150	75,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	386	13,6	10 222	12,4	11 100	11,5
Zinsabschlag	478	22,1	6 479	9,6	7 500	7,3
Körperschaftsteuer	520	X	16957	62,4	23 150	41,7
Steuern vom Umsatz	12 023	1,6	120 183	4,5	146 200	4,6
Gewerbesteuerumlage	635	15,1	2 628	7,4	3 689	2,9
erhöhte Gewerbesteuerumlage	602	27,3	2 2 1 9	21,5	3 053	16,0
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	23 437	11,8	264 594	9,6	333 842	8,4
Bundessteuern						
Mineralölsteuer	3 563	3,4	27814	1,0	39 700	- 1,0
Tabaksteuer	1219	- 5,3	11 309	- 0,3	14200	- 0,5
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	164	- 8,0	1 604	1,1	2 186	1,6
Versicherungsteuer	382	- 0,1	7 5 4 1	- 0,4	8 750	0,0
Stromsteuer	548	13,9	5 2 2 7	- 1,0	6350	- 1,7
Solidaritätszuschlag	617	16,7	8 790	10,3	11 303	9,6
übrige Bundessteuern	117	12,2	1 107	- 0,2	1 434	- 1,5
Bundessteuern insgesamt	6 610	3,1	63 393	1,6	83 923	0,5
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	297	11,3	3 131	- 8,8	3 712	- 9,4
Grunderwerbsteuer	507	25,2	5 040	30,7	5 8 7 0	22,5
Kraftfahrzeugsteuer	641	- 3,4	7 637	5,2	8 800	1,5
Rennwett- und Lotteriesteuer	198	42,8	1 494	- 1,2	1 725	- 4,8
Biersteuer	63	- 6,5	660	0,1	782	0,6
sonstige Ländersteuern	9	- 38,3	301	- 20,8	353	- 17,6
Ländersteuern insgesamt	1 717	10,2	18 263	6,8	21 242	3,2
EU-Eigenmittel <sup>3</sup>						
Zölle	346	4,2	3 199	16,1	3 850	14,0
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	282	- 8,2	2 822	- 0,5	3 600	10,5
BNE-Eigenmittel	1 3 3 4	X	12 554	- 1,8	14750	- 2,2
EU-Eigenmittel insgesamt	1 963	76,1	18 576	1,1	22 200	2,3
Bund <sup>4</sup>	14 229	3,3	156 133	8,2	202 425	6,4
Länder⁴	14 293	10,7	155 582	8,5	193 424	7,2
EU	1 963	76,1	18 576	1,1	22 200	2,3
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 626	10,4	19 158	8,9	24 808	7,7
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	32 110	9,7	349 449	8,0	442 857	6,6

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten  $Anteilen. \ Aus kassentechnischen \ Gründen können \ die tats \"{a}chlich von \ den einzelnen \ Gebietsk\"{o}rperschaften \ im \ laufenden \ Monat vereinnahmten$ Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Ohne die aus kassentechnischen Gründen bereits am 31. Oktober 2006 gebuchte Rate für November 2006.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom November 2006.

#### Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

#### Europäische Finanzmärkte

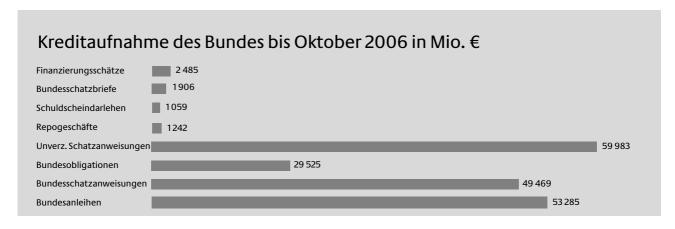
Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im Oktober weiter gestiegen. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende September bei 3,66 % lag, notierte Ende Oktober bei 3,78 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – erhöhten sich von 3,42 % Ende September auf 3,56 % Ende Oktober. Die Europäische Zentralbank hat am 5. Oktober 2006 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 11. Oktober liegt seitdem der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 3,25 %,

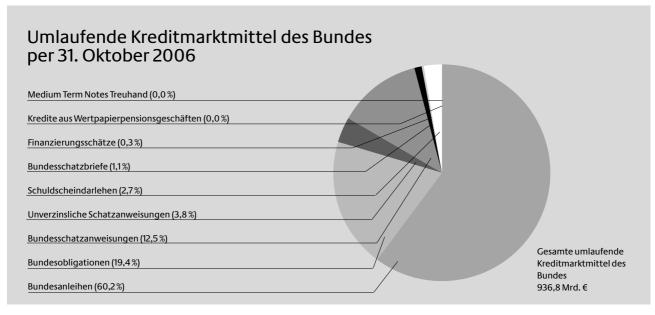
der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 2,25 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 4,25 %.

Die europäischen Aktienmärkte konnten im Oktober weiter zulegen; der Deutsche Aktienindex stieg von 6004 auf 6269 Punkte, der 50 Spitzenwerte des Euroraums umfassende Euro Stoxx 50 von 3899 auf 4005 Punkte (Monatsendstände).

#### Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet erhöhte sich im September





auf 8,5 % (nach 8,2 % im August). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum Juli bis September 2006 lag bei 8,2 %, verglichen mit 8,1 % des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor stieg im Euroraum von 11,9 % im August auf 12,2 % im September an. Das Geldmengen- und Kreditwachstum bleibt angesichts des noch immer niedrigen Zinsniveaus im Euroraum kräftig. In Deutschland erhöhte sich die vorgenannte Kreditwachstumsrate ebenfalls von 3,9 % im August auf 4,5 % im September.

#### Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug bis einschließlich Oktober 2006 199,0 Mrd. €.

Davon wurden 194,1 Mrd. € im Rahmen des angekündigten Emissionskalenders umgesetzt. Die übrige Kreditaufnahme wurde durch Marktpflegeoperationen, im Privatkundengeschäft des Bundes, über Schuldscheindarlehen sowie für den Bund mit einer inflationsindexierten Anleihe über 9,0 Mrd. € realisiert.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2005 haben sich die umlaufenden Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 31. Oktober 2006 um 4,6 % auf 936,8 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im 4. Quartal 2006 zur Finanzierung des Bundeshaushalts die in der Tabelle "Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2006" dargestellten Emissionen im Gesamtbetrag von ca. 47 Mrd. € zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben.

## Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes¹ und seiner Sondervermögen im 4. Quartal 2006 (in Mrd. €)

#### Tilgungen

Kreditart	Oktober	November	Dezember	Gesamtsumme 4. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	_	-	_	-
Bundesobligationen	_	-	-	-
Bundesschatzanweisungen	-	-	14,0	14,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen	5,9	5,9	5,9	17,7
Bundesschatzbriefe	0,0	0,2	0,1	0,4
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,1	0,3
Fundierungsschuldverschreibungen	0,0	-	-	0,0
MTN der Treuhandanstalt	0,0	0,0	-	0,1
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	0,4	0,6	0,4	1,5
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	6,5	6,9	20,6	34,0

#### Zinszahlungen

	Oktober	November	Dezember	Gesamtsumme 4. Quartal
Zinszahlungen	2,0	0,3	1,0	3,3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Einschl. der seit 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleeinsatzes sowie des ab 2005 eingegliederten Fonds Deutsche Einheit und der Ausgleichsfonds nach dem Lastenausgleichsgesetz.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 4. Quartal 2006 auf rund 34,0 Mrd. €. Die Zinszahlungen des Bundes und

seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 4. Quartal 2006 auf rund 3,3 Mrd. €.

#### Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2006

#### Kapitalmarktinstrumente

Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Aufstockung	11. Oktober 2006	2 Jahre fällig 12. September 2008 Zinslaufbeginn: 12. September 2006 erster Zinstermin: 12. September 2007	6 Mrd.€
Aufstockung	25. Oktober 2006	5 Jahre fällig 14. Oktober 2011 Zinslaufbeginn: 29. September 2006 erster Zinstermin: 14. Oktober 2007	5 Mrd.€
Neuemission	15. November 2006	10 Jahre fällig 4. Januar 2017 Zinslaufbeginn: 17. November 2006 erster Zinstermin: 4. Januar 2008	ca.7Mrd.€
Aufstockung	29. November 2006	5 Jahre fällig 14. Oktober 2011 Zinslaufbeginn: 29. September 2006 erster Zinstermin: 14. Oktober 2007	ca. 4 Mrd. €
Neuemission	13. Dezember 2006	2 Jahre fällig 12. Dezember 2008 Zinslaufbeginn: 12. Dezember 2006 erster Zinstermin: 12. Dezember 2007	ca.7Mrd.€
	Aufstockung  Neuemission  Aufstockung	Aufstockung 25. Oktober 2006  Neuemission 15. November 2006  Aufstockung 29. November 2006	fällig 12. September 2008 Zinslaufbeginn: 12. September 2006 erster Zinstermin: 12. September 2007  Aufstockung  25. Oktober 2006  5 Jahre fällig 14. Oktober 2011 Zinslaufbeginn: 29. September 2006 erster Zinstermin: 14. Oktober 2007  Neuemission  15. November 2006  10 Jahre fällig 4. Januar 2017 Zinslaufbeginn: 17. November 2006 erster Zinstermin: 4. Januar 2008  Aufstockung  29. November 2006  5 Jahre fällig 14. Oktober 2011 Zinslaufbeginn: 29. September 2006 erster Zinstermin: 14. Oktober 2007  Neuemission  13. Dezember 2006  2 Jahre fällig 12. Dezember 2008 Zinslaufbeginn: 12. Dezember 2006

#### Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114965 WKN 111 496	Neuemission	16. Oktober 2006	6 Monate fällig 18. April 2007	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114973 WKN 111 497	Neuemission	13. November 2006	6 Monate fällig 16. Mai 2007	ca.6 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114981 WKN 111 498	Neuemission	11. Dezember 2006	6 Monate fällig 13. Juni 2007	ca.6Mrd.€
			4. Quartal 2006 insgesamt	ca. 18 Mrd. €

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.

### Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Bruttoinlandsprodukt stieg im 3. Quartal um 0,6 %.
- Aufschwung wird durch außen- und binnenwirtschaftliche Impulse getragen.
- Ruhiges Preisklima und Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt begünstigen Kaufkraft der privaten Haushalte.

Gemäß der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes hat das Bruttoinlandsprodukt preis-, saison- und kalenderbereinigt im 3. Quartal mit 0,6 % erneut deutlich zugenommen, wenngleich etwas weniger als von den meisten Volkswirten erwartet. Allerdings hat das Statistische Bundesamt gleichzeitig die ersten beiden Quartale um ein bzw. zwei Zehntel Prozentpunkte auf jetzt 0,8 % bzw. 1,1 % nach oben revidiert. Wichtig ist, dass im 3. Quartal die Wachstumsimpulse aus dem Ausland und aus dem Inland, und hier sowohl vom privaten Konsum als auch von den Investitionen kamen.

Der wirtschaftliche Aufschwung ebenso wie die Verbesserung am Arbeitsmarkt tragen zu einer deutlichen Entspannung der öffentlichen Haushalte in diesem Jahr bei. So sind die Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober um 9,7 % gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen, kumuliert seit Jahresbeginn ergibt sich damit eine Zunahme von 8,0 %. Die beiden aufkommensstärksten Steuern, die Lohnsteuer und die Umsatzsteuer, die zugleich auch ein Indikator für die Binnennachfrage sind, wiesen in den ersten zehn Monaten dieses Jahres ein merkliches Plus im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum auf (+ 2,8 % und + 4,5 %). Der Rückgang der Arbeitslosigkeit hat darüber hinaus die Sozialversicherungen entlastet. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des kräftigen Überschusses der Bundesagentur für Arbeit hat die große Koalition eine weitere Reduktion des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung auf nunmehr 4,2 % beschlossen. Zudem soll der

Bundeszuschuss zur Gesetzlichen Krankenversicherung im kommenden Jahr höher als zunächst geplant ausfallen, finanziert mit einem Teil der Steuermehreinnahmen.

Genauere Angaben zur Wirtschaftsleistung im 3. Quartal wird das Statistische Bundesamt am 23. November 2006 und damit erst nach Redaktionsschluss veröffentlichen. Auf Grundlage der vorliegenden Indikatoren können aber bereits jetzt hierzu sowie auch zu den Aussichten für die weitere Entwicklung Rückschlüsse gezogen werden.

So hat der Außenhandel nach einem moderateren 2. Quartal im 3. Vierteljahr wieder deutlich an Stärke gewonnen. Die Ausfuhrtätigkeit gemessen an der Entwicklung des Warenhandels – hat sich in saisonbereinigter und nominaler Rechnung gegenüber dem Vorquartal erheblich beschleunigt (+5,0 % nach +1,2 %). Da zudem der Wert der eingeführten Waren saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal zwar auch deutlich, aber etwas weniger als derjenige der Warenausfuhr anstieg (+4,7% nach +1,1%), könnte der Außenbeitrag einen nicht unwesentlichen Impuls für die wirtschaftliche Dynamik im 3. Quartal geliefert haben. Im Zusammenhang mit der auch in diesem Jahr ausgeprägt dynamischen Entwicklung des Welthandels hat sich der Außenhandel gegenüber dem vergangenen Jahr, in dem er bereits außerordentliche Zuwächse aufgewiesen hatte, nochmals deutlich verstärkt. Dies zeigt der Vergleich mit dem 3. Quartal 2005: Während bei der Warenausfuhr das entsprechende Vorjahresergebnis um 12,5 %

## Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

2005							
	ggü. Vorj.	Vorpe	riode saisonbe	ereinigt		Vorjahresperiode	
Mrd. €	%	1.Q.06	2.Q.06	3.Q.06	1.Q.06	2.Q.06	3.Q.06
2 129				+ 0,6	+ 3,2	+ 1,3	+ 2,3
2 241	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,0	+ 3,4	+ 1,6	+ 2,8
					•	•	-
1 129	- 0,7	+ 0,5	+ 0,5	_	- 0,1	+ 0,5	-
E 4 6	1 63	. 44	2.6		1 10 4		
346	T 0,2	T 4,4	- 2,6	-	+ 10,4	+ 0,9	_
1.460	+ 17	+ 10	- 03	_	+ 29	+ 11	_
					•	•	_
				_			_
	. 3,3	0,0	.,5		,.	-,-	
2005				Veränderung i	in % gegenü	ber	
2000		Vorpe	riode saisonbe		,. 9-9	Vorjahresperiode	
				<sup>-</sup> 3-			3-
	( ) V						Monat
							durch
Index	%	Aug 06	Sep 06	scnnitt	Aug 06	Sep 06	schnit
700	. 75					1116	. 12.5
					- •	•	+ 12,5 + 16,5
	+ 0,7	- 0,1	⊤ 3,0	T 4,1	+ 12,3	т 17,5	+ 10,5
	+ 44	+ 15	+ 0.2	+ 18	+10.5	+ 8.3	+ 9,1
-				•	-	•	+ 7.3
123,6	+ 7,0	+ 2,3	- 0,4	+ 2,0	+13,4	+ 9,8	+11,3
74	- 5,7	+ 2,1	-	+ 9,7	-		+ 4,5
103,7	+ 2,8	+ 1,4	- 0,3	+ 2,0	+ 7,8	+ 6,3	+ 6,5
106,3	+ 3,7	+ 1,7	- 0,3	+ 1,9	+ 8,4	+ 6,4	+ 6,9
76,1	- 5,6	+ 0,1	- 0,1	+ 3,1	+ 7,1	+ 9,5	+ 7,9
00)							
-				•	-		+10,9
-							+ 9,1
-					-	+ 8,1	+12,5
-	- 2,7	- 1,9	-	- 0,0	- 0,9	-	+ 2,6
- 100)							
101.8	+ 06	+ 03	- 08	+ 02	+ 26	- 01	+ 1,1
-	•	-					+ 2,6
100,5	,,	. 5,5	. 0,5	, 0,5	, 5,5	. 1,1	. 2,0
2005			\	/eränderuna in	Tsd. gegeni	iber	
Dorson	aaü Vori	Vorpe				Vorjahresperiode	
		Aug 06	Sen 06	Okt 06	Aug 06	Sep 06	Okt 06
				OKL UD		•	OKLU6
30,02	- 0,1	i <sup>-</sup> 34	1 44	-	+ 330	r 334	_
4.86	+10.9	+ 2	- 23	- 67	- 426	- 409	- 471
.,50					120		
2005				Veränderung i	n % gegenül	per	
	ggü. Vorj.		Vorperiode			Vorjahresperiode	
Index	%	Aug 06	Sep 06	Okt 06	Aug 06	Sep 06	Okt 06
101,4	+ 4,3	+ 0,2	- 1,3	-	+ 5,5	+ 3,7	-
110,7	+ 4,6	+ 0,2	- 0,3	_	+ 5,9	+ 5,1	-
108,3	+ 2,0	- 0,1	- 0,4	+ 0,1	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,1
			saisonbereini	gte Salden			
NA 0.0	A 00	M-: 00	hum 00	1, 100	4	6 22	014.00
Mrz 06	Apr 06	Mai 06	Jun 06	Jul 06	Aug 06	Sep 06	Okt 06
Mrz 06 + 20,8 + 21,6	Apr 06 + 22,5 + 26,4	Mai 06 + 20,6 + 26,1	Jun 06 + 24,1 + 30,8	Jul 06 + 20,9 + 30,3	Aug 06 + 21,5 + 31,0	Sep 06 + 20,5 + 36,3	Okt 06 + 22,5 + 36,5
	Mrd. €  2 129 2 241  1 675 1 129  546  1 460 911 157  2005  Mrd. € bzw. Index  786 626 erbe 110,2 101,8 123,6 74  103,7 106,3 76,1  00) 108,7 98,2 121,7 72,5 =100) 101,8 106,3 2005 Personen Mio. 38,82 4,86  2005 Index 101,4 2 110,7	ggü. Vorj.  Mrd. €  2 129 2 241	Mrd. €	Mrd. €	ggü. Vorj.  Mrd. €  8	ggü. Vorj.  Mrd. € % 1.Q.06 2.Q.06 3.Q.06 1.Q.06  2129 + 0.9 + 0.8 + 1.1 + 0.6 + 3.2 2241 + 1.5 + 0.7 + 1.1 + 1.0 + 3.4  1675 + 1.5 + 1.8 - 0.5 - 4.3,4 1129 - 0.7 + 0.5 + 0.5 0.1  546 + 6.2 + 4.4 - 2.6 +10.4  1 460 + 1.7 + 1.0 - 0.3 - + 2.9 911 - 0.3 + 0.4 + 0.7 0.0  157 + 3.3 - 0.9 - 1.3 - + 1.4  2005  Werânderung in % gegenü  Vorperiode saisonbereinigt  Monats- bzw. Index	Mrd. €

Rechenstand: 24. August 2006.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen). Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

überschritten wurde, belief sich der Zuwachs der Warenimporte sogar auf 16,5 %. Überdurchschnittliche Ausfuhrsteigerungen waren dabei in den ersten neun Monaten dieses Jahres in die EU-Länder, die nicht dem Euroraum angehören, zu verzeichnen (+ 15,2 % im Vergleich zu + 10,8 % in den Euroraum und + 13,7 % in Drittländer, jeweils gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode). Die trendmäßig aufwärts gerichtete Entwicklung der Auslandsaufträge der Industrie (saisonbereinigt + 3,7 % ggü. dem Vorquartal) deutet ebenfalls auf auch in den nächsten Monaten anhaltende Auslandsimpulse hin, weiterhin verstärkt aus Ländern außerhalb des Euroraums (Auslandsaufträge außerhalb Euroraum +7,4% im Vergleich zu - 0,7% aus Euroraum). Die ohnehin optimistischen ifo-Exporterwartungen, die im Oktober weiter zugelegt haben, sprechen ebenso für eine weiterhin dynamische Exporttätigkeit. Angesichts der Aussichten einer sich weiter verbessernden Inlandsnachfrage sollten aber auch die Einfuhren in den nächsten Monaten, die besonders von den Vorzieheffekten gekennzeichnet sein dürften, weiter zunehmen.

Entstehungsseitig war die Wirtschaftsleistung im 3. Quartal von einer merklichen Zunahme der Industrieproduktion um saisonbereinigt 2,0 % gegenüber dem Vorquartal geprägt, die allerdings etwas unterhalb der Zuwachsrate des Vorquartals (+ 2,6 %) lag. Die Zunahme resultierte vor allem aus der spürbaren Ausweitung der Vorleistungsgüterherstellung (+3,0%), während die Produktion von Investitions- und Konsumgütern weniger stark zulegte (+1,6% und +0,4%). Der Industrieumsatz stieg im Durchschnitt des 3. Quartals in ähnlicher Größenordnung (saisonbereinigt + 1,8 % gegenüber dem Vorquartal), wobei die Zunahme im Ausland etwas stärker als im Inland war (+ 2,0 % gegenüber + 1,7 %). Die Umsätze der Vorleistungsgüterproduzenten verzeichneten im 3. Quartal mit + 3,6 % gegenüber dem vorangegangenen Quartal die größte Steigerung (Ausland: +4,0 %, Inland: +3,4 %). Der Umsatz von Investitionsgütern (In- und Ausland: + 0,7 %) und Konsumgütern (Ausland: + 2,6 %, Inland: + 0,6 %) legte dagegen nur relativ schwach zu. Die Auftragseingänge signalisieren allerdings, dass die Ausrüstungsinvestitionen sich weiter beschleunigen dürften. Denn ursächlich für den kräftigen Anstieg um 3,8 % gegenüber dem Vorquartal war die Zunahme der Order für Investitionsgüter, insbesondere im Inland (Inland: +7,6%, Ausland: +4,4%). Auch die Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe ist nahezu unverändert gut. Das ifo-Geschäftsklima für diesen Bereich erwärmte sich zuletzt vor allem aufgrund günstigerer Erwartungen, die nun bis April 2007 reichen. Die Industrie dürfte damit dafür sorgen, dass die Abschwächung der konjunkturellen Dynamik zu Anfang des nächsten Jahres durch die Umsatzsteuersatzerhöhung nur von kurzer Dauer ist.

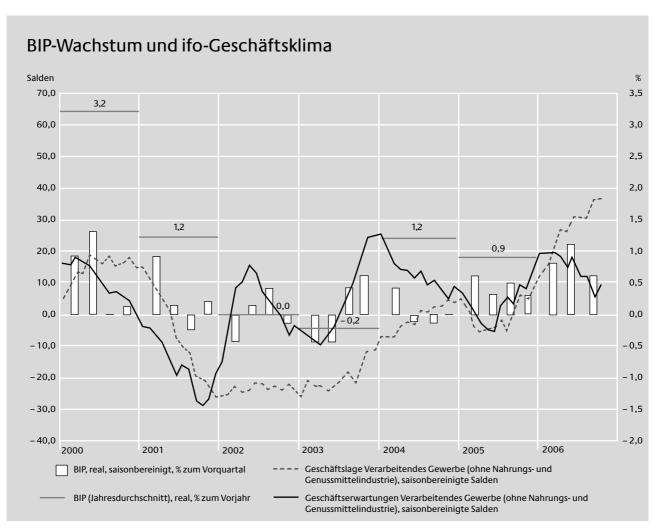
Neben der Industrieproduktion legte aber auch die Produktion im Bauhauptgewerbe mit saisonbereinigt 3,1% gegenüber dem Vorquartal kräftig zu. Damit scheint die Baubranche nach dem starken – durch den witterungsbedingten Aufholeffekt aber auch überzeichneten – 2. Quartal nun eine etwas solidere Gangart einzuschlagen. Zu Anfang nächsten Jahres könnte der Umsatzsteuersatzanstieg dort allerdings erneut zu einer schwächeren Entwicklung führen. Dies deuten zumindest die ifo-Geschäftserwartungen an, die in den letzten Monaten deutlich zurückgegangen waren, sich im Oktober (mit Sicht auf in sechs Monaten) aber stabilisierten.

Gemäß der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes wurde die Binnennachfrage im 3. Quartal sowohl von den Investitionen als auch vom privaten Konsum getragen. Diese Meldung hatte angesichts der Entwicklung der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Kfz-Handel und Tankstellen) überrascht, da sie im 3. Quartal mit saisonbereinigt 0,2 % nur geringfügig gegenüber dem Vorquartal zugenommen hatten. Der Anteil der Lieferbereiche Einzel- und Kfz-Handel macht aber zusammengenommen nur etwa 40% der Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland aus. Wichtige Ausgabenkategorien sind aber auch Mieten, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtendienstleistungen oder persönliche Dienstleistungen. Vor dem Hintergrund des gemeldeten Beitrags der Privaten Konsumausgaben, der deutlicher ausfiel, als es die Einzelhandelsumsätze hätten vermuten lassen, müsste es daher wesentliche Steigerungen in diesen Ausgabenkategorien gegeben haben. Im laufenden Quartal dürfte sich - im Hinblick auf die bevorstehende Umsatzsteuersatzanhebung - die

Belebung fortsetzen oder gar verstärken. Darauf weisen zumindest die Stimmungsindikatoren von Verbrauchern und Einzelhändlern hin: So hellte sich das GfK-Konsumklima zuletzt aufgrund einer nochmals höheren Anschaffungsneigung, aber auch einer Zunahme der Einkommenserwartungen weiter auf. Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt könnte bereits zu leichten Einkommensverbesserungen beigetragen haben, die das Weihnachtgeschäft beflügeln dürften. Auch der ifo-Geschäftsklimaindex im Einzelhandel zeigte im Oktober eine merkliche Verbesserung der Lageeinschätzung an, während die Geschäftsaussichten nochmals pessimistischer beurteilt wurden.

Den pessimistischen Erwartungen der Einzelhändler könnte allerdings eine weitere Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt entgegenwirken. Hier verdichten sich immer mehr die Anzeichen, dass der Aufschwung auch am Arbeitsmarkt angekommen ist und Fuß gefasst hat. So hat sich die Arbeitslosigkeit im Oktober gegen-

über September saisonbereinigt um 67000 Personen verringert, nach einer monatsdurchschnittlichen Abnahme im 3. Quartal von 38700. Damit beläuft sich der Rückgang seit Jahresbeginn kumuliert mittlerweile auf 366000 Personen. Zu dieser günstigen Entwicklung trugen sowohl der Rückgang der Zugänge in als auch die Zunahme der Abmeldungen aus Arbeitslosigkeit bei. Die Arbeitslosenguote ging gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Protentpunkte auf 9,8 % (West 8,2 %, Ost 15,7 %) zurück. Die Zahl der Erwerbstätigen im Inland erhöhte sich im September saisonbereinigt um 24000 Personen gegenüber dem Vormonat, von Januar bis September stieg sie damit um saisonbereinigt 324000 Personen. Positiv daran ist, dass immer mehr voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigte an der Arbeitsmarktbelebung teilhaben, auch wenn die Angaben am aktuellen Rand noch vorläufig und daher revisionsanfällig sind: Nach ersten Schätzungen ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im August



SEITE 26

saisonbereinigt um 22 000 Personen, im Durchschnitt der vorangegangenen sechs Monate um 47 000 Personen pro Monat gestiegen. Der Beschäftigungsaufbau vollzog sich vor allem im Bereich der Dienstleistungen und hier insbesondere bei den unternehmensnahen Dienstleistungen. Des Weiteren gab es im September 22 000 mehr ungeförderte Stellenangebote als einen Monat zuvor. Damit setzte sich auch dort die bereits seit Anfang des Jahres positive Aufwärtstendenz fort.

Unterstützt werden dürften die besseren Aussichten für den Konsum der privaten Haushalte auch von einem äußerst moderaten Preisklima. So hat sich der Verbraucherpreisindex im Oktober zwar um 0,1 % gegenüber dem Vormonat erhöht, nachdem es im Vormonat einen Rückgang gegeben hatte, gegenüber dem Vorjahr ist er allerdings lediglich um 1,1 % gestiegen. Dies ist vor allem auf die günstigere Entwicklung der Preise für Heizöl und Kraftstoffe zurückzuführen. Dämpfend auf die Jahresteuerungsrate wirkt auch, dass der Basiseffekt infolge der letz-

ten Stufe der Tabaksteuererhöhung im September 2005 mittlerweile ausgelaufen ist. Auf der Ebene der Einfuhrpreise sorgen dagegen die anhaltende Verteuerung der Nichteisenmetalle und deren Halbzeug um 51,4 % gegenüber September 2005 sowie die Preissteigerungen bei Energie, insbesondere Gas (+31,6%), nach wie vor für eine stärkere Verteuerung (Einfuhrpreisindex September: + 3,7 % im Vorjahresvergleich). Demgegenüber wurden Mineralölerzeugnisse billiger, so dass mittlerweile die Jahresteuerungsrate ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse mit 4,6 % höher als die alle Güter umfassende Rate liegt. Die Teuerung der Erzeugerpreise befindet sich ebenfalls noch auf hohem, wenngleich auch geringerem Niveau als noch in den Monaten zuvor. Der Erzeugerpreisindex stieg im September um 5,1 % gegenüber dem Vorjahr. Mindernd wirkten die rückläufigen Rohölpreise, während sich Strom, Gas, aber auch Nichteisenmetalle deutlich verteuerten. Ohne Energie stiegen die Erzeugerpreise gegenüber dem Vorjahr um 2,8 %.

### Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

#### Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 7. November 2006 in Brüssel

Steuern

#### Verbrauchsteuersätze auf Alkohol und alkoholische Getränke

Im September dieses Jahres hatte die EU-Kommission (KOM) einen Vorschlag vorgelegt, mit dem die Mindeststeuersätze auf Alkohol und alkoholische Getränke erhöht werden sollen. Die finnische Präsidentschaft hatte den Entwurf der KOM durch den Vorschlag längerer Übergangsfristen ergänzt. In der Sitzung des Rates wurde schnell deutlich, dass auch dieser modifizierte Entwurf nicht konsensfähig war.

Der Leiter der deutschen Delegation, Staatssekretär Dr. Mirow, machte deutlich, dass Deutschland keine Anhebung der Mindeststeuer für Bier akzeptieren werde, die zu einer Erhöhung der Biersteuer in Deutschland führen würde. Er forderte eine Ausnahme entsprechend den Schlussfolgerungen des Rates vom April 2005. Bei der damaligen ECOFIN-Ratssitzung hatte der Rat ausdrücklich die Möglichkeit von Ausnahmeregelungen für Mitgliedstaaten vorgesehen, die Schwierigkeiten mit der Anhebung der Sätze haben. Auch drei weitere Mitgliedstaaten forderten, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen und eine Ausnahmeregel für Bier vorzusehen.

Der finnische Vorsitz legte ein weiteres Kompromissangebot vor, wonach die Mindeststeuer für Bier nicht angehoben werden sollte. Zudem wurden Ausnahmen für zwei weitere alkoholhaltige Getränke vorgesehen. Dieser Kompromissvorschlag stieß bei einigen Mitgliedstaaten auf Widerstand. Die Präsidentschaft erklärte daraufhin, das Thema an diesem Tag nicht weiter zu behandeln und stattdessen in der nächsten Ratstagung am 28. November 2006 wieder aufzugreifen.

Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern: Richtlinie über Freimengen für Reisende

Die KOM hat am 24. Februar 2006 einen Vorschlag zur Modernisierung der Vorschriften zur Steuerbefreiung im internationalen Handel unterbreitet, mit dem die Schwellenwerte und Höchstgrenzen der geltenden Reisefreimengen angehoben werden sollen. Gegenwärtig können Waren aus Drittstaaten bis zu einem Wert von 175 € steuerfrei eingeführt werden, zudem gibt es für bestimmte Warengruppen Höchstmengen.

Im Rat zeigten sich die meisten Delegationen mit einer Anhebung der Schwelle auf einen Wert von 300 €, höchstenfalls 350 € einverstanden. Darüber hinausgehende Forderungen fanden im Rat keine Unterstützung. Da in der Sache keine Einigung erzielt werden konnte, schlug der finnische Vorsitz daraufhin die erneute Befassung bei der kommenden ECOFIN-Ratssitzung am 28. November 2006 vor.



Finanzkontrolle – Jahresbericht 2005 des Europäischen Rechnungshofes

Der Präsident des Europäischen Rechnungshofes (ERH) stellte dem ECOFIN-Rat den am 24. Oktober dieses Jahres veröffentlichten Jahresbericht über das Jahr 2005 vor. Darin wird der Vollzug des EU-Haushalts auf Recht- und Ordnungsmäßigkeit geprüft. Bei der Mittelverwendung stellt der ERH erneut Unregelmäßigkeiten im Bereich der Agrar- und Strukturpolitik fest. Der

Präsident des ERH wies darauf hin, dass dies nicht alleine ein Problem der Mitgliedstaaten, sondern auch der Europäischen Kommission sei. Aus diesem Grund habe der Rechnungshof keine uneingeschränkte Zuverlässigkeitserklärung erteilen können. Die KOM verwies auf ihren Aktionsplan zur Schaffung eines integrierten internen Kontrollrahmens, von dessen Umsetzung sie sich weitere Verbesserungen erwarte. Der ECOFIN-Rat nahm den Bericht zur Kenntnis und beauftragte den Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) mit dessen weiterer Prüfung sowie der Vorbereitung des Entlastungsverfahrens.



#### Statistik – Statusreport 2006 und Governance

Der ECOFIN-Rat hat die vom Wirtschafts- und Finanzausschuss vorbereiteten Schlussfolgerungen zum Sachstandsbericht zu EU-relevanten statistischen Fragen angenommen. In dem Bericht geht es um die Harmonisierung und Koordinierung statistischer Daten der Mitgliedstaaten mit Relevanz für die Gemeinschaft. Im Bereich der wichtigsten europäischen Wirtschaftsindikatoren besteht zwischen Eurostat und den nationalen Statistikämtern der Mitgliedstaaten eine enge Kooperation. Die Indikatoren bilden eine wesentliche Informationsgrundlage bei der Analyse der wirtschaftlichen Lage auf europäischer Ebene. Aus diesem Grund ist dem ECOFIN-Rat daran gelegen, die Indikatoren weiter zu verbessern und weiterzuentwickeln.

Kommissar Almunia bestätigte erhebliche Fortschritte seit der ersten Bilanz im Jahre 2003 bei der Aktualität der Daten und bei der Koordinierung der Aufbereitung sowie bei der Verbreitung der Indikatoren. Gleichwohl bestehe bei Dienstleistungs- und Arbeitsmarktstatistiken noch Verbesserungsbedarf. Bei der kommenden ECOFIN-Sitzung am 28. November wird

sich der Rat mit der Frage befassen, welche Statistiken im Lichte des gebotenen Abbaus von Bürokratiekosten entbehrlich erscheinen.

#### Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen

Die KOM stellte einen Bericht vor, der insbesondere den Einfluss der demografischen Entwicklung auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zum Gegenstand hat. Auf dieser Grundlage wird eine Bewertung über die Tragfähigkeit in den einzelnen Mitgliedstaaten vorgenommen. Deutschland wird in die mittlere Gruppe eingestuft, wobei die jüngsten Reformschritte in der Alterssicherung noch nicht berücksichtigt werden.

Der Bericht wurde von den Mitgliedstaaten einhellig als Fortschritt in Richtung der Erreichung nachhaltiger öffentlicher Haushalte begrüßt. Der ECOFIN-Rat verständigte sich auf Schlussfolgerungen, die der vereinbarten 3-Säulen-Strategie aus zügigem Schuldenabbau, Steigerung von Beschäftigung und Produktivität sowie Überprüfung und gegebenenfalls Reform von Altersvorsorge, Gesundheitsvorsorge und Langzeitpflege nochmals Nachdruck verleihen. Kommissar Almunia stellte darüber hinaus in Aussicht, dass der KOM-Bericht, der nun alle drei bis fünf Jahre aktualisiert werden soll, als Basis für die Beurteilung der Haushaltsentwicklung im Rahmen der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme dienen werde.

#### Verschiedenes

#### Ermäßigte Mehrwertsteuersätze bei Online-Presseprodukten

Frankreich stellte sein Anliegen vor, den ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf Presseerzeugnisse auch auf elektronische Presseerzeugnisse anzuwenden. Für Letztere gilt derzeit der volle Mehrwertsteuersatz, weil sie unter die Richtlinie zum elektronischen Geschäftsverkehr fallen.

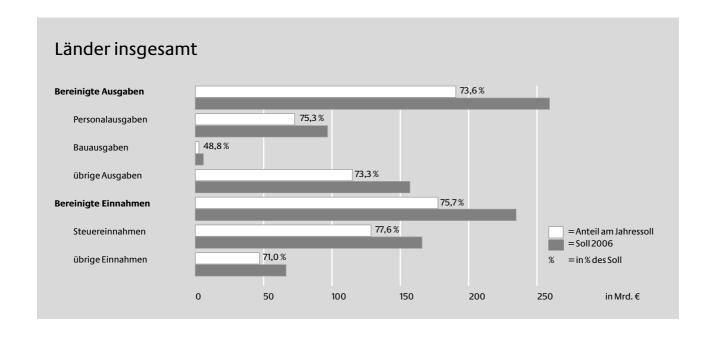
Der Rat nahm Kenntnis von dem französischen Anliegen. Die Kommission verwies auf ihren Bericht zur Wirkung ermäßigter Mehrwertsteuersätze, der Ende Juni 2007 vorgelegt werden soll.

## Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2006

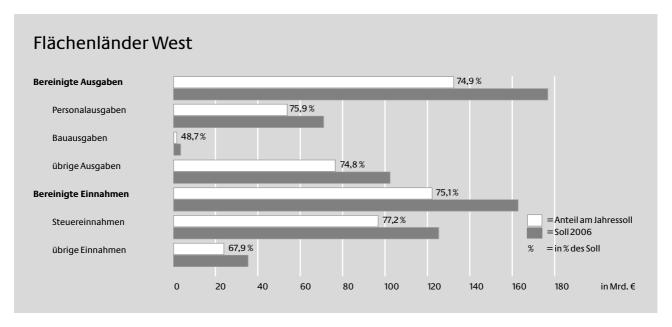
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich September vor.

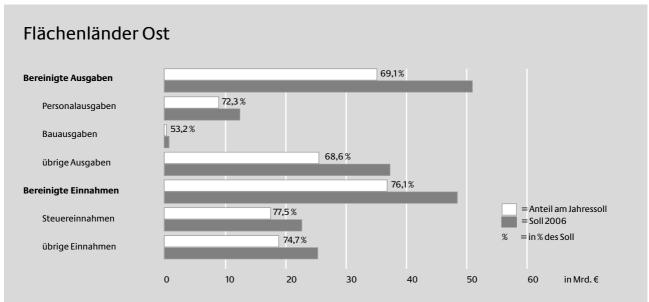
Bis zum Ende des 3. Quartals verringerten sich die Ausgaben der Länder insgesamt im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um – 0,1% auf rd. 190,2 Mrd. €, während die Einnahmen um + 5,0% auf rd. 178,3 Mrd. € anstiegen. Die positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen setzte sich auch bis September weiter fort mit einer Erhöhung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um + 9,4%. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit betrug rd. – 11,9 Mrd. € und lag damit rd. 8,8 Mrd. € unter dem Vorjahresniveau und rd. 11,0 Mrd. € unter den Haushaltsansätzen für 2006.

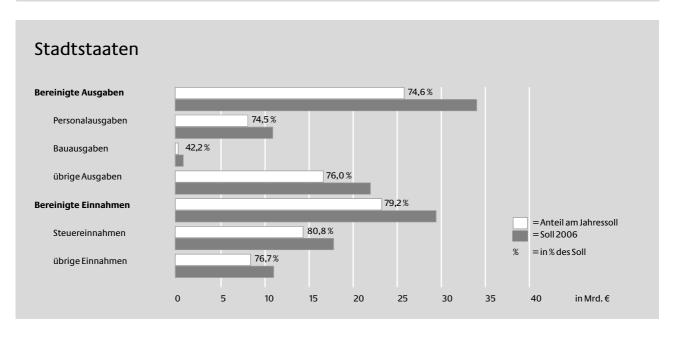
In den Flächenländern West stiegen die Einnahmen um + 5,2 % und die Steuereinnahmen um + 8,3%, während die Ausgaben sich um + 1,5% erhöhten. Das Finanzierungsdefizit der westdeutschen Flächenländer betrug Ende September rd. - 10,9 Mrd. €. In den ostdeutschen Flächenländern nahmen die Einnahmen um +7.2% und die Steuereinnahmen um + 11,4 % zu. Die Ausgaben wurden um - 1,5 % reduziert. Die ostdeutschen Flächenländer konnten am Ende des 3. Quartals 2006 einen positiven Finanzierungssaldo in Höhe von rd. 1,3 Mrd. € verbuchen. Bei den Stadtstaaten stiegen die Einnahmen um + 1,6 %, die Steuereinnahmen erhöhten sich um +14,8% und die Ausgaben verringerten sich um - 4,8 %. Das Finanzierungsdefizit der Stadtstaaten belief sich am Ende des Berichtszeitraums auf rd. - 2,3 Mrd. €











### **Termine**

### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

27./28. November 2006 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

14./15. Dezember 2006 – Europäischer Rat in Brüssel

25./26. Januar 2007 – World Economic Forum in Davos 29./30. Januar 2007 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

9./10. Februar 2007 - G7-Finanzministertreffen in Essen

#### Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

Klarsicht – Erbschaft- und Schenkungsteuer – Aktualisierung 2006 –

Diese und andere Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim

Bundesministerium der Finanzen
– Referat Bürgerangelegenheiten –
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

Zentraler Bestellservice:

telefonisch: 0 18 05 / 77 89 90 (0,12 €/Minute) per Telefax: 0 18 05 / 77 89 94 (0,12 €/Minute)

Internet: http://www.bundesfinanzministerium.de oder

http://www.bmf.bund.de

## Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Veröffentlichungszeitpunkt	Berichtszeitraum	natsbericht Ausgabe	Мо
21. Dezember 2006	November 2006	Dezember	2006
31. Januar 2007	Dezember 2006	Januar	2007
22. Februar 2007	Januar 2007	Februar	
22. März 2007	Februar 2007	März	
20. April 2007	März 2007	April	
23. Mai 2007	April 2007	Mai	
21. Juni 2007	Mai 2007	Juni	
19. Juli 2007	Juni 2007	Juli	
22. August 2007	Juli 2007	August	
20. September 2007	August 2007	September	
19. Oktober 2007	September 2007	Oktober	
22. November 2007	Oktober 2007	November	
20. Dezember 2007	November 2007	Dezember	

### Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2007

bis 23. Juni 2006 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen

29. Juni 2006 – Finanzplanungsrat

30. Juni 2006 – Zuleitung an Kabinett

5. Juli 2006 - Kabinettsbeschluss

11. August 2006 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat

5. bis 8. September 2006 – 1. Lesung Bundestag

22. September 2006 – 1. Beratung Bundesrat

20. September bis

8. November 2006 – Beratungen im Haushaltsausschuss

2./3. November 2006 - Steuerschätzung

9. November 2006 - Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss

21. bis 24. November 2006 - 2./3. Lesung Bundestag

15. Dezember 2006 – 2. Beratung Bundesrat

Ende Dezember 2006 – Verkündung im Bundesgesetzblatt



## Analysen und Berichte

Dritter Quartaisbericht zum Bundesnausnan 2000	55
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 3. November 2006	47
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2006	53
Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2008 (Sechster Existenzminimumbericht)	57
Hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit durch moderate Lohnstückkosten	65
Die Rolle des Zolls beim Schutz von Mensch und Umwelt	71



### Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2006

### Ausgaben und Einnahmen bis zum September 2006

1	Eckwerte des Bundeshaushalts 2006	.35
2	Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen	.42
3	Entwicklung der Einnahmen	45

- Unter den Einnahmen entwickeln sich die Steuereinnahmen auf Grund der konjunkturellen Entwicklung günstiger als erwartet.
- Nach derzeitiger Einschätzung zeichnet sich ab, dass sich das voraussichtliche Defizit ausgehend von eingeplanten 38,2 Mrd. € einer Größenordnung von 30 Mrd. € nähert.

### 1 Eckwerte des Bundeshaushalts 2006

Der Haushaltsentwurf 2006 wurde am 23. Juni 2006 vom Deutschen Bundestag beschlossen und am 24. Juli 2006 im Bundesgesetzblatt Teil I, S. 1634 verkündet.

Bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 2006 im Bundesgesetzblatt richtete sich die Haushaltsführung des Bundes nach den Vorschriften zur vorläufigen Haushaltsführung nach Artikel 111 Grundgesetz (GG).

Ausgaben. Mit 199,0 Mrd. € lagen die Ausgaben des Bundes in den ersten neun Monaten des Jahres 2006 um 4,9 Mrd. € (2,4 %) unter den Gesamtausgaben des vorjährigen Vergleichszeitraums von 203,8 Mrd. €. Diese günstige Ausgabenentwicklung ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Bundesagentur für Arbeit (BA)

Tabelle 1: Gesamtübersicht

Aufgabenbereich	Soll 2006	Januar bis September 2006	Januar bis September 2005		g gegenüber jahr
		in Mı	d. €¹		in%
Die Ermittlung des Finanzierungssaldos:					
1. Ausgaben	261,6	199,0	203,8	- 4,9	- 2,4
2. Einnahmen	223,2	164,0	160,0	+ 4,0	+ 2,5
- Steuereinnahmen	194,0	140,5	129,1	+11,4	+ 8,8
– Verwaltungseinnahmen	29,2	23,5	30,8	- 7,3	- 23,8
Einnahmen ./. Ausgaben =					
Finanzierungssaldo	- 38,4	- 34,9	- 43,8	+ 8,9	- 20,3
Die Deckung des Finanzierungssaldos:					
Nettokreditaufnahme/aktueller					
Kapitalmarktsaldo einschließlich					
Kassenmittel	38,2	17,8	23,1	- 5,3	- 23,0
Münzeinnahmen	0,2	0,2	0,1	+ 0,1	+ 62,7
nachrichtlich:					
Investitionen (inklusive Darlehen)	23,2	13,2	18,4	- 5,2	- 28,1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

im Gegensatz zum Vorjahr kein Betriebsmitteldarlehen des Bundes benötigte. Ohne Berücksichtigung dieses Sonderfaktors (BA-Darlehen zum Stand September 2005: 5,3 Mrd. €) lagen die Gesamtausgaben des Bundes um 0,4 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis.

Die investiven Ausgaben lagen mit 13,2 Mrd. € um 5,2 Mrd. € (28,1 %) unter dem Vorjahresergebnis von 18,4 Mrd. €. Auch diese Abweichung ist ausschließlich auf den Sonderfaktor Betriebsmitteldarlehen der BA zurückzuführen. Rechnet man auch hier diesen Sonderfaktor heraus, lagen die investiven Ausgaben trotz vorläufiger Haushaltsführung bis in die zweite Jahreshälfte 2006 hinein sogar leicht über Vorjahresniveau.

Einnahmen. Die Einnahmen des Bundes beliefen sich in den ersten drei Quartalen 2006 auf 164,0 Mrd. €. Gegenüber 160,0 Mrd. € im Jahr 2005 entspricht dies einer Zunahme von 4,0 Mrd. € oder 2,5 %. Während die Verwaltungseinnahmen bis September 2006 mit 23,5 Mrd. € gegenüber dem Vorjahrsergebnis von 30,8 Mrd. € um 7,3 Mrd. € (23,8 %), bedingt durch positive Einmaleffekte im Vorjahr, sanken, stiegen die Steuereinnahmen auf 140,5 Mrd. €. Dies entspricht einer Zunahme der Steuereinnahmen im Vergleich zum Vorjahresergebnis von 129,1 Mrd. € um 11,4 Mrd. € oder 8,8 %. Deutliche Anstiege gab

es bei der Körperschaftsteuer, der veranlagten Einkommensteuer, bei der Lohnsteuer und den Steuern vom Umsatz. Ferner trugen auch geringere EU-Abführungen zur positiven Entwicklung der Steuereinnahmen bei. Die aktuelle November-Steuerschätzung lässt für den Bund gegenüber der Veranschlagung 2006 Steuermehreinnahmen von 8,4 Mrd. € erwarten (Details s. gesonderter Bericht auf S. 47ff.).

**Defizit.** Mit 34,9 Mrd. € lag der Finanzierungssaldo des Bundes bis zum September 2006 um 8,9 Mrd. € (20,3 %) unter dem Vorjahreswert von 43,8 Mrd. €. Da im Jahresverlauf die Entwicklung der regelmäßigen Einnahmen- und Ausgaben nicht gleichmäßig verläuft und insbesondere Einmaleffekte zu Verzerrungen führen, können aus dem unterjährigen Saldo nur begrenzt Rückschlüsse auf das Jahresergebnis gezogen werden. Nach derzeitiger Einschätzung zeichnet sich vor dem Hintergrund der anhaltend positiven wirtschaftlichen Entwicklung und steigender Steuereinnahmen gleichwohl ab, dass sich die voraussichtliche Nettokreditaufnahme ausgehend von veranschlagten 38,2 Mrd. € einer Größenordnung von 30 Mrd. € nähert.

In der nachfolgenden Tabelle 2 werden die wesentlichen Differenzen zwischen dem Ergebnis bis zum September 2006 und dem des

Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen der Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Vorjahresergebnis

Aufgabenbereich	Soll 2006	Januar bis September 2006	Januar bis September 2005	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		in%			
Mehrausgaben ggü. Vorjahr					
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der					
Krankenkassen für versicherungsfremde Leis-					
tungen	4,2	2,1	1,3	+ 0,9	+ 68,0
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	4,0	3,3	3,1	+ 0,2	+ 6,2
Investitions programm  zur  Ausweitung  der  Zahl					
der Ganztagsschulen nach Art. 104a GG	0,8	0,5	0,4	+ 0,1	+ 34,0
Minderausgaben ggü. Vorjahr					
Arbeitsmarktpolitik	38,7	29,5	33,3	- 3,9	- 11,6
Leistungen an die Rentenversicherung	77,4	63,1	64,0	- 0,9	- 1,5
Wohnungswesen	1,1	0,7	1,0	- 0,3	- 27,5
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2,9	2,2	2,5	- 0,2	- 9,7
Regionale Förderungsmaßnahmen	0,9	0,4	0,6	- 0,2	- 34,8
Nachrichtlich Einnahmenänderungen:					
Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für					
Arbeit nach § 46 SGB II	4,0	2,7	3,8	- 1,1	- 29,7
Abführung Bundesbank	2,9	2,9	0,7	+ 2,2	+ 322,7

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

entsprechenden Vorjahrszeitraums dargestellt.

#### Erläuterungen zu den wesentlichen Einnahmen- und Ausgabenänderungen

Generell ist anzumerken, dass unterjährige Einnahmen-bzw. Ausgabenänderungen oftmals buchungstechnischer Art sind. Gründe hierfür sind ein späterer oder früherer Eingang der Buchungsbelege oder eine Verschiebung von Fälligkeitszeitpunkten.

Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen. Durch das Gesundheitsmodernisierungsgesetz wurde im Jahr 2004 die pauschale Abgeltung von Aufwendungen für versicherungsfremde Leistungen der Krankenkassen eingeführt und für 2006 auf 4,2 Mrd. € angesetzt. Da sich die ebenfalls vereinbarte Gegenfinanzierung durch die dreistufige Anhebung der Tabaksteuer als nicht belastbar erwiesen hat, wird die pauschale Abgeltung in dieser Form gemäß der Koalitionsvereinbarung schrittweise ab 2007 auf null zurückgeführt.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr ergeben sich insbesondere infolge beschleunigter Umsetzung von Vorhaben vor allem der bilateralen finanziellen Zusammenarbeit, die im Vorjahr wegen der vorläufigen Haushaltsführung verspätet begonnen wurden.

Investitionsprogramm Ganztagsschulen. Für ein Investitionsprogramm zur Ausweitung der Zahl der Ganztagsschulen gewährt der Bund den Ländern und Gemeinden seit 2003 Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 4,0 Mrd. €. Durch dieses Programm werden die Anstrengungen der Länder und Kommunen zur Verbesserung der Betreuungs- und Bildungsangebote vom Bund nachhaltig unterstützt.

Leistungen an die Rentenversicherung. Bei der Fortschreibung der Zuschüsse des Bundes an die Gesetzliche Rentenversicherung sind die den Bundeshaushalt entlastenden Maßnahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 – die Herabsetzung der Begrenzung der Sozialversicherungsfreiheit für Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge, die Anhebung des Pauschalbeitragssatzes für

geringfügig Beschäftigte und daraus folgend die Absenkung des allgemeinen Bundeszuschusses – berücksichtigt.

Arbeitsmarktpolitik. Die Arbeitsmarktausgaben sind von der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende ab 1. Januar 2005 geprägt. In diesem Bereich sind Vergleiche mit dem Vorjahr von geringer Aussagekraft, da das Jahr 2005 von organisatorischen Startschwierigkeiten geprägt war, die auch die Ausgabenentwicklungen beeinflussten. Zudem werden noch im Laufe des Jahres mehrere gesetzliche Maßnahmen umgesetzt, die zu einer Konsolidierung und Optimierung im Bereich der Grundsicherung führen.

Während sich bei den Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende ein Mehrbedarf zeigt, geht der im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) etatisierte Finanzbedarf für das Arbeitslosengeld I zurück.

Wohnungswesen. Die Minderausgaben resultieren aus dem Auslaufen der Zinszuschüsse an die Kreditanstalt für Wiederaufbau für das Gebäudesanierungsprogramm zur CO₂-Minderung aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm. Das im Rahmen des Gesetzes zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung ("25-Mrd.-€-Impulsprogramm") Anfang 2006 neu aufgelegte CO₂-Gebäudesanierungsprogramm wird erst in künftigen Jahren zu höheren Ausgaben führen.

Abführung Bundesbank. Gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz hat die Deutsche Bundesbank den Jahresüberschuss an den Bund abzuführen. Der Gewinnanstieg ist vor allem auf den höheren Netto-Zinsertrag und auf den deutlich niedrigeren Bedarf an Abschreibungen auf Devisen und Wertpapiere zurückzuführen, für den vor allem der niedrigere Eurokurs ursächlich war.

#### Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2006

Einzelplan 33 Versorgung. Bisher wurden die Versorgungsausgaben des Bundes zentral im Einzelplan 33 (Versorgung) veranschlagt. Dies bedeutete, dass die Personalausgaben für aktive Beamte im jeweiligen Ressort und für Beamte im Ruhestand im Einzelplan 33 veranschlagt und von dort gezahlt wurden. Um die Fach- und Finanzverantwortung zusammenzuführen,

wurde mit dem Haushalt 2006 die dezentrale Veranschlagung beschlossen. Ab 2006 werden die Versorgungsausgaben bei dem Ressort veranschlagt, aus dessen Dienst der Beamte in den Ruhestand getreten ist. Ziel ist es, das Bewusstsein für die Folgekosten von Personalentscheidungen beim zuständigen Ressort zu stärken.

Abschaffung der Eigenheimzulage für Neufälle. Mit der Abschaffung der Eigenheimzulage zum 1. Januar 2006 (Gesetz zur Abschaffung der Eigenheimzulage) wird der Abbau nicht mehr gerechtfertigter steuerlicher Subventionen fortgesetzt. Da diese Abschaffung jedoch nur Neufälle betrifft, führt sie erst sukzessive zu spürbaren finanziellen Entlastungen.

Steuerliches Sofortprogramm zur Stabilisierung der öffentlichen Haushalte. Ziel der Bundesregierung ist es, durch dieses Gesetz vom 22. Dezember 2005 ungerechtfertigte Steuervergünstigungen abzubauen. Ein ganzes Paket steuerlicher Änderungen trat am 1. Januar 2006 in Kraft. Die Maßnahmen verbreitern die Steuerbasis und konsolidieren die öffentlichen Haushalte. Sie tragen gleichzeitig zur Rechtsvereinfachung und zu mehr Steuergerechtigkeit bei. Das Sofortprogramm beinhaltet im Einzelnen folgende Maßnahmen, die teilweise Auswirkungen auf den Haushalt 2006 haben:

- Die Steuerbefreiung für Abfindungen wegen einer vom Arbeitgeber veranlassten oder gerichtlich ausgesprochenen Auflösung des Dienstverhältnisses wird aufgehoben. Die Abfindungszahlungen gelten künftig in vollem Umfang als steuerpflichtiger Arbeitslohn. Ebenso entfällt die Steuerfreiheit für Übergangsgelder und Übergangsbeihilfen auf Grund gesetzlicher Vorschriften, beispielsweise nach dem Beamten- oder Soldatenversorgungsgesetz.
- Für Arbeitnehmer entfällt der bisherige Steuerfreibetrag für Zahlungen des Arbeitgebers aus Anlass einer Heirat oder der Geburt eines Kindes in Höhe von jeweils 315 €.
- -Die degressive Abschreibung für Mietwohnungsneubau wird zurückgeführt. Hierbei handelt es sich ebenfalls um eine nicht mehr zeitgemäße Steuersubvention, da die Wohnraumversorgung in Deutschland inzwischen über dem eigentlichen Bedarf liegt.

- Der Abschreibungssatz wird einheitlich auf 2 % für den Abschreibungszeitraum von 50 Jahren festgelegt.
- Die Regelung zur Abziehbarkeit von Steuerberatungskosten als Sonderausgaben wurde aufgehoben. Steuerberatungskosten, die Betriebsausgaben oder Werbungskosten darstellen, können weiterhin geltend gemacht werden.



Beschränkung der Verlustverrechnung bei Steuersparmodellen. Immer mehr Steuerpflichtige mit höheren Einkommen versuchten, ihre Steuerbelastung durch Zeichnung von so genannten Steuerstundungsmodellen (zum Beispiel Medienfonds) zu reduzieren. Dabei handelt es sich um Fonds in Form von Personengesellschaften, die ihren Anlegern in der Anfangsphase hohe Verluste zuweisen. Diese Investitionen wurden häufig nur wegen des damit verbundenen steuerlichen Vorteils getätigt und führten damit nicht nur zu einer Fehlleitung des Kapitals, sondern auch zu erheblichen Steuerausfällen. Durch die Neuregelung der Verlustverrechnung im Rahmen des Gesetzes zur Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen vom 22. Dezember 2005 wird diese Förderung volkswirtschaftlich fragwürdiger Steuersparmodelle für nach dem 10. November 2005 gezeichnete Steuerfondsanteile beendet. Zukünftig können die Verluste nur noch mit späteren positiven Einkünften aus derselben Einkunftsquelle verrechnet werden.

Haushaltsbegleitgesetz 2006. Angesichts der außerordentlich ernsten Lage der öffentlichen Haushalte und des sich aus dieser Situation für den Bundeshaushalt ergebenden erheblichen strukturellen Handlungsbedarfs hat die Bundesregierung flankierend zur Aufstellung des Bundeshaushalts 2006 mit einem Haushaltsbegleitgesetz reagiert.

Das Haushaltsbegleitgesetz vom 29. Juni 2006 ist Teil eines umfassenden Sanierungskonzepts, das auf allen staatlichen Ebenen zu Mehreinnahmen und zu Einsparungen auf der Ausgabeseite führt. Mit einem Bündel von Gesetzen und Einzelmaßnahmen werden Bund, Länder und Gemeinden bereits im Zeitraum von 2006 bis 2009 in einem Umfang von fast 120 Mrd. € entlastet. Damit kann ab 2007 die Regelgrenze des Artikels 115 GG wieder dauerhaft eingehalten werden.

Wesentliche Eckpunkte des Haushaltsbegleitgesetzes:

- -Änderung des Bundessonderzahlungsgesetzes.
   Die jährliche Sonderzahlung des Bundes für Besoldungs- und Versorgungsempfänger wird für die Jahre 2006 bis 2010 halbiert; für die Mitglieder der Bundesregierung sowie Parlamentarischen Staatssekretäre wird die jährliche Sonderzahlung abgeschafft.
- Stufenweise Kürzung bzw. Abschaffung der Bankzulage bei der Deutschen Bundesbank.
- -Der allgemeine Umsatzsteuersatz und der Regelsatz der Versicherungsteuer werden zum
  1. Januar 2007 von 16 % auf 19 % angehoben.
- Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird zum 1. Januar 2007 um zwei Prozentpunkte auf 4,5 % gesenkt. Diese Absenkung wird vom Bund mit dem Aufkommen eines Mehrwertsteuerpunktes unterstützt. Zu diesem Zweck wird die Verteilung des Umsatzsteueraufkommens zwischen Bund und Ländern so geändert, dass dem Bund der entsprechende Anteil des Aufkommens vorab zur Verfügung gestellt wird. Die Bundesagentur für Arbeit erhält diesen Betrag als regelgebundenen Zuschuss. Gleichzeitig wird die bisherige Defizithaftung des Bundes auf ein zinsloses Darlehen umgestellt. Die übrige Absenkung des Beitragssatzes wird durch Einsparungen und Effizienzgewinne bei der Bundesagentur für Arbeit finanziert.
- -Die Sozialversicherungsfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen wird auf einen Grundlohn von 25 € pro Stunde begrenzt.
- Der Pauschalbeitragssatz für geringfügig Beschäftigte wird von derzeit 25 % auf 30 % angehoben.
- Der allgemeine Bundeszuschuss zur Rentenversicherung wird im Jahr 2006 um 170 Mio. € und ab dem Jahr 2007 um 340 Mio. € vermindert.

- -Die mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz eingeführten pauschalen Zuweisungen des Bundes an die Gesetzliche Krankenversicherung werden 2007 auf 1,5 Mrd. € abgesenkt und laufen danach aus. Von dieser im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes getroffenen Regelung unbenommen bleiben die von der Koalition vereinbarten und vom Bundeskabinett beschlossenen Eckpunkte zur Gesundheitsreform, die ab 2008 eine neue Form der Teilfinanzierung aus Bundesmitteln vorsehen.
- Die Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung für Bezieher von Arbeitslosengeld II werden herabgesetzt.
- Der schrittweise Übergang der der knappschaftlichen Rentenversicherung zu erstattenden Verwaltungskosten der knappschaftlichen Krankenversicherung vom Bund auf die knappschaftliche Krankenversicherung wird beschleunigt.
- -Die den Ländern aufgrund des Regionalisierungsgesetzes zustehenden Mittel werden neu festgesetzt.

Steueränderungsgesetz 2007. Dieses Gesetz vom 24. Juli 2006 setzt den Konsolidierungskurs der Bundesregierung fort und umfasst Maßnahmen zur Sanierung der öffentlichen Haushalte, die den Grundsätzen der individuellen Leistungsfähigkeit und der Verteilungsgerechtigkeit entsprechen und zugleich der Steuervereinfachung dienen.

Zum 1. Januar 2007 werden u. a. die folgenden Maßnahmen in Kraft treten:

- Absenkung der Altersgrenze für die Gewährung von Kindergeld bzw. kindbedingten Steuerfreibeträgen auf die Zeit vor Vollendung des 25. Lebensjahres,
- Beschränkung der Entfernungspauschale auf Fernpendler (ausschließliche Gewährung einer Entfernungspauschale ab dem 21. Entfernungskilometer),
- Absenkung des Sparerfreibetrags auf 750 € für Ledige bzw. 1500 € für zusammenveranlagte Ehegatten,
- Beschränkung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer auf Fälle, in denen die damit verbundene Tätigkeit den Mittelpunkt der

- gesamten betrieblichen und beruflichen Tätigkeit bildet,
- Anhebung des Spitzensteuersatzes im Einkommensteuertarif auf 45 % für Ledige bei zu versteuernden Einkünften von über 250 000 € bzw. für zusammenveranlagte Ehegatten von über 500 000 €. Im Hinblick auf die für 2008 vorgesehene Reform der Unternehmensbesteuerung werden Gewinneinkünfte bei der Zuschlagsregelung bis zum 31. Dezember 2007 nicht berücksichtigt.

25-Mrd.-€-Impulsprogramm. Zur Stärkung besonders zukunftsträchtiger Bereiche legte die Bundesregierung ein Sofortprogramm mit einem Gesamtvolumen von rund 25 Mrd. € bis 2009 auf. Folgende Bereiche werden gefördert:

- Förderung von Forschung und Entwicklung,
- Impulse für Mittelstand und Wirtschaft,
- Erhöhung der Verkehrsinvestitionen,
- Förderung der Familien,
- Haushalt als Arbeitgeber.

Arbeitsmarktreformen. Mit verschiedenen Arbeitsmarktreformgesetzen - insbesondere den so genannten Hartz-Gesetzen - wurden in den Jahren 2002 bis 2004 grundlegende Weichenstellungen auf dem Arbeitsmarkt vorgenommen. Am 1. Januar 2005 wurden die bisherige Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für Erwerbsfähige zu einer neuen Leistung - der Grundsicherung für Arbeitsuchende - zusammengeführt. Die Betreuung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger erfolgt jetzt ganzheitlich durch eine Stelle, entweder in einer aus Arbeitsagentur und Kommune errichteten Arbeitsgemeinschaft oder von einem der 69 zugelassenen kommunalen Träger. Damit werden die Betreuungs- und Integrationsmöglichkeiten gegenüber dem bisherigen System verbessert. Im Laufe des Jahres 2006 treten zum Teil im Koalitionsvertrag beschlossene gesetzliche Maßnahmen in Kraft, die zu einer Verbesserung und Fortentwicklung der Grundsicherung beitragen und zu einer Dämpfung der Ausgabenentwicklung führen werden. Die Neuregelung zur Existenzgründungsförderung der BA (Nachfolge Ich-AG) ist zum 1. August 2006 in Kraft getreten.

Kinderzuschlag für gering verdienende Eltern. Mit dem Hartz-IV-Gesetz wurde der Kinderzuschlag – eine gezielte Förderung gering verdienender Familien – eingeführt. Der seit dem 1. Januar 2005 eingeführte Kinderzuschlag ist eine neue familienpolitische Leistung in Höhe von monatlich bis zu 140 € je Kind. Er wird an Eltern gezahlt, die zwar mit ihren Einkünften ihren eigenen Unterhalt bestreiten können, nicht aber den ihrer Kinder. Sie wären ohne Kinderzuschlag auf Arbeitslosengeld II angewiesen, mit Kinderzuschlag kann die Familie von den eigenen Einkünften leben.

Wohngeld. Im Zusammenhang mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II wird seit 2005 das Wohngeld auf die Personengruppen konzentriert, die nicht Empfänger von Transferleistungen sind. Wohngeldberechtigt sind damit hauptsächlich Personen mit geringen eigenen Einkünften. An der Höhe des Wohngeldes hat sich nichts geändert. Für die Empfänger von staatlichen Transferleistungen einschließlich ihrer Bedarfsgemeinschaften (z.B. Ehegatten) werden die angemessenen Kosten der Unterkunft ausschließlich im Rahmen der jeweiligen Transferleistung berücksichtigt. Transferleistungen sind z.B. das Arbeitslosengeld II, die Sozialhilfe und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Diese Vereinfachung bewirkt auf Grund des Wegfalls der aufwendigen Erstattungs- und Verrechnungsverfahren zwischen den verschiedenen Trägern der Unterkunftskosten einen erheblichen Bürokratieabbau.

Nachhaltige Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung. Die Gesetzliche Rentenversicherung ist und bleibt die wichtigste Säule der Alterssicherung in Deutschland. Mit dem Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz wurden die Weichen gestellt, um die Gesetzliche Rentenversicherung langfristig finanzierbar zu halten.

Als wichtige Maßnahme wurde ein so genannter Nachhaltigkeitsfaktor in die Rentenanpassungsformel eingeführt. Er berücksichtigt bei der jährlichen Anpassung der Renten die zahlenmäßige Entwicklung des Verhältnisses von Beitragszahlern zu Rentnern. Ein Rückgang dieses Quotienten führt zu geringeren Rentenerhöhungen, ein Anstieg zu stärkeren Renten-

Analysen und Berichte

erhöhungen. Der Nachhaltigkeitsfaktor bezieht damit die Auswirkungen einer längeren Lebenserwartung, die Entwicklung der Geburten und der Erwerbstätigkeit in die Rentenanpassung ein. Ergänzend dazu hat das Bundeskabinett im Februar 2006 die schrittweise Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ab dem Jahre 2012 von 65 auf 67 Jahre und die Nachholung nicht realisierter Dämpfungen von Rentenanpassungen (Nachholfaktor) beschlossen. Dies stellt sicher, dass die Funktionsfähigkeit unseres Rentenversicherungssystems auch in Zukunft erhalten bleibt.

Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit. Mit dem neuen Sozialgesetzbuch (SGB) II ("Hartz IV") sind ab 1. Januar 2005 Leistungen zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt vom Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) in den Bundeshaushalt verlagert worden. Im Gegenzug hat die BA einen Aussteuerungsbetrag an den Bundeshaushalt zu entrichten. Die Höhe des Betrags richtet sich nach der Anzahl der Personen, die im Laufe eines Jahres vom Bezug des Arbeitslosengeldes nach dem SGB III (Haushalt der BA) in den Bezug des Arbeitslosengeldes II nach dem SGB II überwechseln, und nach den jahresdurchschnittlichen Aufwendungen pro Bedarfsgemeinschaft. Der Aussteuerungsbetrag schafft einen Anreiz für die BA, Arbeitslosigkeit noch während des Bezugs von Arbeitslosengeld nach dem SGB III zu beenden.



#### **Ausblick**

Das Bundeskabinett hat den Entwurf des Bundeshaushalts 2007 und den Finanzplan bis 2010 am 5. Juli 2006 beschlossen. Der Entwurf sieht eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 22,0 Mrd. € vor, die auf 20,5 Mrd. € im Finanzplanungszeitraum zurückgeführt werden soll. Die Eckwerte des Bundeshaushalts 2007 und des

Finanzplans bis 2010 dokumentieren, dass die Regelgrenze des Artikels 115 GG und das Maastricht-Defizitkriterium dauerhaft eingehalten werden. Im Rahmen der parlamentarischen Beratungen des Bundeshaushalts 2007 hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am 9. November 2006 beschlossen, die Nettokreditaufnahme auf 19,58 Mrd. € zu senken.

# 2 Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen

#### Soziale Sicherung

Tabelle 3 zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für die soziale Sicherung. Unter sozialer Sicherung werden alle sozialpolitischen Leistungen verstanden, die bestimmte wirtschaftliche und soziale Existenzrisiken absichern. Hierunter fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Die Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung sind

im Bundeshaushalt 2006 auf 134,4 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 51,4 % an den Gesamtausgaben.

#### **Allgemeine Dienste**

Tabelle 4 (siehe S. 43) zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für so genannte "allgemeine Dienste". Hierbei handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. Die Ausgaben für allgemeine Dienste sind im Bundeshaushalt 2006 auf 48,0 Mrd. € veran-

Tabelle 3: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung

Aufgabenbereich	Soll 2006	Januar bis September 2006	Januar bis September 2005	Veränderung Vorja	
		in M	rd.€¹		in%
Leistungen an die					
Rentenversicherung (RV)	77.4	63.1	64.0	- 0,9	- 1.5
– Bundeszuschuss an die allgemeine RV	37.4	31.2	31.8	- 0.6	- 1,9
– zusätzlicher Zuschuss	17,5	14,5	14,4	+ 0,1	+ 0,8
– Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,4	8,5	8,8	- 0,2	- 2,7
– Erstattung von einigungsbedingten					
Leistungen	0,5	0,4	0,5	- 0,05	- 9,8
– Bundeszuschuss an die knappschaftliche RV	6,8	5,3	5,6	- 0,3	- 5,3
– Überführung der Zusatzversorgungssys-					
teme in die RV	2,6	2,1	2,0	+ 0,1	+ 5,3
nachrichtlich:					
– Überführung der Sonderversorgungssys-					
teme in die RV	1,5	1,3	1,3	+ 0,1	+ 7,1
Pauschale Abgeltung der					
Aufwendungen der Krankenkassen für ver-					
sicherungsfremde Leistungen	4,2	2,1	1,3	+ 0,9	+ 68,0
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3,8	2,9	2,9	- 0,03	- 0,9
darunter:					
– Alterssicherung	2,4	1,8	1,8	- 0,001	- 0,04
– Krankenversicherung	1,1	0,9	0,9	+ 0,0003	+ 0,03
– Unfallversicherung	0,2	0,2	0,2	-	_
Arbeitsmarktpolitik	38,7	29,5	33,3	- 3,9	- 11,6
darunter:					
– Bundesagentur für Arbeit (BA)	-	-	5,3	- 5,3	- 100,0
– Arbeitslosenhilfe		- 0,04	1,6	- 1,6	- 102,7
– Anpassungsmaßnahmen, produktive					
Arbeitsförderung	0,6	0,7	0,6	+ 0,1	+ 13,4
– Leistungen der Grundsicherung für					
Arbeitsuchende	38,3	28,8	25,8	+ 3,0	+ 11,7
Erziehungsgeld	2,8	2,1	2,2	- 0,1	- 2,7
Kinderzuschlag nach § 6 a BKGG	0,2	0,1	0,1	+ 0,04	+ 52,9
Wohngeld	1,0	0,8	1,0	- 0,1	- 11,8
Wohnungsbau-Prämiengesetz	0,5	0,4	0,4	+ 0,01	+ 2,8
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2,9	2,2	2,5	- 0,2	- 9,7

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Tabelle 4: Allgemeine Dienste

Aufgabenbereich	Soll 2006	Januar bis September 2006	Januar bis September 2005	Veränderung gegenüb 05 Vorjahr	
		in Mı	rd.€¹		in%
Versorgung	6,4	5,1	5,1	- 0,003	- 0,1
– Ziviler Bereich	2,3	1,8	1,8	- 0,03	- 1,6
– Verteidigung, einschließlich militärischer					
Bereich	4,1	3,3	3,2	+ 0,03	+ 0,8
Verteidigung					
(Oberfunktion 03 ohne Versorgung)	23,6	16,4	16,4	+ 0,1	+ 0,4
– Militärische Beschaffungen, Forschung und					
Entwicklung, Materialerhaltung	8,3	5,0	4,8	+ 0,2	+ 4,1
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	4,0	3,3	3,1	+ 0,2	+ 6,2
– Bilaterale finanzielle und technische					
Zusammenarbeit	1,6	1,3	1,1	+ 0,2	+ 20,4
– Beteiligung an der Internationalen					
Entwicklungsorganisation	0,4	0,4	0,4	+ 0,01	+ 3,0
– Europäischer Entwicklungsfonds	0,6	0,6	0,6	+ 0,01	+ 2,1
Politische Führung und zentrale Verwaltung	4,1	2,7	2,9	- 0,2	- 6,5
– Zivildienst	0,6	0,4	0,4	- 0,04	- 10,0
Finanzverwaltung (ohne Versorgung s. o.)	2,6	1,5	1,5	+ 0,0	+ 3,0
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2,9	2,0	2,0	+ 0,1	+ 2,8

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

schlagt. Dies entspricht einem Anteil von 18,3 % an den Gesamtausgaben.

#### Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Tabelle 5 (siehe S. 44) zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für den Bereich Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Im Bundeshaushalt 2006 sind hierfür 12,3 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 4,7% an den Gesamtausgaben.

#### Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Tabelle 6 (siehe S. 44) zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen. Wesentliche Aufgabenbereiche sind der Bau und Betrieb der Bundesstraßen, Bundesautobahnen und Bundeswasserstraßen sowie der Aus- und Umbau der Schienenwege. Die Ausgaben für das Verkehrsund Nachrichtenwesen werden im Bundeshaushalt 2006 auf 10,9 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 4,1 % an den Gesamtausgaben. Mit 7,4 Mrd. € werden 31,8 % der inves-

tiven Ausgaben im Bereich des Verkehrs- und Nachrichtenwesens getätigt.

#### Wirtschaftsförderung

Tabelle 7 (siehe S. 45) zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für Wirtschaftsförderung in den Bereichen Landwirtschaft, Energie- und Wasserwirtschaft sowie für Gewerbe und Dienstleistungen. Die Ausgaben für Wirtschaftsförderung sind im Bundeshaushalt 2006 auf 6,3 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 2,4% an den Gesamtausgaben.

#### Übrige Ausgaben

Tabelle 8 (siehe S. 45) gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen des Bundes in den Aufgabenbereichen Gesundheit und Sport, Wohnungswesen, Wirtschaftsunternehmen und allgemeine Finanzwirtschaft einschließlich der Zinszahlungen.

Tabelle 5: Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Aufgabenbereich	Soll 2006	Januar bis September 2006	Januar bis September 2005	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		in M	rd. €¹		in%
Investitionsprogramm Ganztagsschulen	0,8	0,5	0,4	+ 0,1	+ 34,0
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen – gemeinsame Forschungsförderung von Bund	7,2	4,4	4,5	- 0,1	- 1,7
und Ländern  – Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-	2,7	1,7	1,6	+ 0,1	+ 6,0
Gesellschaft  - Forschungszentren der Helmholtz-	1,0	0,5	0,5	+ 0,1	+ 11,8
Gemeinschaft  - Mobilität und Infrastruktur im 21. Jahrhundert,	1,5	0,8	0,9	- 0,1	- 9,8
Weltraumforschung und -technik	1,0	0,7	-	+ 0,7	X
Leistungen nach dem Bundesausbildungs- förderungsgesetz (BAföG)	1,1	0,8	0,8	+ 0,01	+ 0,8
Hochschulen  - Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	<b>2,0</b> 0,9	<b>1,2</b> 0,6	<b>1,2</b> 0,6	+ <b>0,03</b> + 0,03	+ <b>2,4</b> + 4,5
– Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. Bonn	0,8	0,5	0,5	+ 0,01	+ 2,3
Berufliche Weiterbildung	0,2	0,1	0,1	- 0,01	- 9,7
Nachrichtlich: Kunst- und Kulturpflege inklusive kulturelle					
Angelegenheiten im Ausland	1,5	1,1	1,2	- 0,1	- 5,1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Tabelle 6: Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Aufgabenbereich	Soll 2006 Januar bis Januar bis Veränderung gegenü September 2006 September 2005 Vorjahr				
	in Mrd. €¹				
Straßen (ohne Gemeindeverkehrs-					
finanzierungsgesetz)	5,9	3,7	3,5	+ 0,2	+ 4,8
– Bundesautobahnen	3,2	2,3	2,6	- 0,2	- 8,5
– Bundesstraßen	2,3	1,3	0,9	+ 0,3	+ 36,0
Wasserstraßen und Häfen	1,4	0,8	0,8	- 0,02	- 2,3
Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz Nachrichtlich:	1,7	0,8	0,8	- 0,1	- 9,0
Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunter- nehmen im Verkehrsbereich aus Hauptfunktion 8 Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG Bundeseisenbahnvermögen	3,5 5,4	1,6 3,7	1,4 3,8	+ 0,2 - 0,1	+ 12,4 - 1,9

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Aufgabenbereich	Soll 2006	Januar bis September 2006	Januar bis September 2005	Veränderung Vorj	
		in Mı	rd. €¹		in%
Regionale Förderungsmaßnahmen  – Gemeinschaftsaufgabe "Regionale Wirt-	0,9 ²	0,4	0,6	- 0,2	- 34,8
schaftsstruktur" (Ist einschließlich EFRE-Mittel)	0,7	0,3	0,5	- 0,2	- 38,3
Förderung des Kohlenbergbaus	1,7	1,7	1,7	- 0,1	- 4,7
Mittelstandsförderung	1,0	0,6	0,6	+ 0,01	+ 2,0
Förderung erneuerbarer Energien	0,4	0,2	0,2	- 0,0004	- 0,2
Gewährleistungen	1,5	0,5	0,7	- 0,2	- 29,1
Landwirtschaft  - Gemeinschaftsaufgabe "Agrarstruktur und	1,0	0,4	0,4	- 0,05	- 11,1
Küstenschutz"	0,6	0,2	0,2	+ 0,003	+ 1,4

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Tabelle 8: Übrige Ausgaben

Aufgabenbereich	Soll 2006 Januar bis Januar bis Veränderung September 2006 September 2005 Vorja				, , ,
	in Mrd. €1				in%
Zinsen	37,6	33,5	33,5	+ 0,03	+ 0,1
Wohnungswesen – Soziale Wohnraumförderung – Wohnraummodernisierungsprogramme	<b>1,1</b> 0,3 0,6	<b>0,7</b> 0,2 0,4	<b>1,0</b> 0,2 0,6	- <b>0,3</b> - 0,05 - 0,2	- <b>27,5</b> - 19,5 - 31,3
Städtebauförderung	0,5	0,2	0,2	- 0,04	- 17,9
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	0,9	0,6	0,6	+ 0,0004	+ 0,1
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	0,3	0,2	0,2	- 0,04	- 15,9

 $<sup>^{1}\</sup>quad {\hbox{Differenzen durch Rundung der Zahlen m\"{o}glich.}}$ 

# 3 Entwicklung der Einnahmen

Tabelle 9 (siehe S. 46) gibt einen Überblick über die Entwicklung der Einnahmen des Bundes. Die Steuereinnahmen haben mit 194,0 Mrd. € oder 74,2% auf der Einnahmenseite den weitaus größ-

ten Anteil am Gesamtsoll des Bundeshaushalts mit 261,6 Mrd. €. Die Verwaltungseinnahmen des Bundes sind mit 29,2 Mrd. € (11,2 %) und die Münzeinnahmen mit 0,2 Mrd. € veranschlagt. Zur Deckung des Finanzierungssaldos aus Ausgaben und Einnahmen ist eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 38,2 Mrd. € (14,6 % des Gesamtsolls) vorgesehen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Soll ohne EFRE-Mittel.

Tabelle 9: Entwicklung der Einnahmen

Aufgabenbereich	Soll 2006	Januar bis September 2006	Januar bis September 2005	Veränderung Vorj	
			in%		
Einnahmen	223,2	164,0	160,0	+ 4,0	+ 2,5
darunter:					
Steuern	194,0	140,5	129,1	+ 11,4	+ 8,8
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern					
und Gewerbesteuerumlage	151,4	113,9	104,2	+ 9,6	+ 9,2
- Lohnsteuer	51,1	35,6	34,8	+ 0,9	+ 2,5
– Veranlagte Einkommensteuer	5,7	4,3	1,6	+ 2,7	+167,2
– Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	5,2	4,9	4,4	+ 0,5	+ 12,3
- Zinsabschlag	3,1	2,6	2,4	+ 0,2	+ 8,5
– Körperschaftsteuer	9,3	8,2	5,5	+ 2,8	+ 50,4
- Steuern vom Umsatz	75,5	57,4	54,8	+ 2,6	+ 4,7
- Gewerbesteuerumlage	1,4	0,8	0,8	+ 0,02	+ 2,2
Bundessteuern	83,5	56,8	56,0	+ 0,8	+ 1,4
– Mineralölsteuer	39,4	24,3	24,1	+ 0,2	+ 0,6
- Tabaksteuer	14,7	10,1	10,1	+ 0,03	+ 0,3
- Solidaritätszuschlag	10,5	8,2	7,4	+ 0,7	+ 9,9
- Versicherungsteuer	8,8	7,2	7,2	- 0,03	- 0,4
- Stromsteuer	6,6	4,7	4,8	- 0,1	- 2,5
- Branntweinsteuer	2,2	1,4	1,4	+ 0,03	+ 2,0
– Kaffeesteuer	1,0	0,7	0,7	- 0,01	- 1,6
- Schaumweinsteuer	0,5	0,3	0,3	- 0,003	- 1,0
– Sonstige Bundessteuern	0,002	0,002	0,001	0,001	+217,8
Abzugsbeträge	- 40,9	- 30,1	- 31,1	+ 0,9	- 3,0
– Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14,7	- 11,1	- 10,9	- 0,1	+ 1,3
– Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur					
Regionalisierung des ÖPNV aus dem Mine-					
ralölsteueraufkommen	- 7,2	- 5,3	- 5,3	0,0	0,0
– Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3,6	- 2,5	- 2,5	- 0,01	+ 0,5
– Zuweisungen an die EU nach BNE-Schlüssel	- 15,5	- 11,2	- 12,3	+ 1,1	- 8,9
Sonstige Einnahmen	29,2	23,5	30,8	- 7,3	- 23,8
darunter:					
– Abführung Bundesbank	2,9	2,9	0,7	+ 2,2	+322,7
– Darlehensrückflüsse (Beteiligungen)	11,2	8,7	17,4	- 8,7	- 50,1
– Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur					
für Arbeit	4,0	2,7	3,8	- 1,1	- 29,7

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

# Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 3. November 2006

1	Vorbemerkungen	47
2	Schätzergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen"	48
2.1	Ergebnis insgesamt	48
2.2	Abweichungen von der Mai-Schätzung	48
2.3	Entwicklung wichtiger Einzelsteuern	49
	Fazit	

- November-Schätzung korrigiert die Mai-Schätzung für dieses Jahr um 19,4 Mrd. € und für das kommende Jahr um 20,1 Mrd. € nach oben.
- Unerwartet dynamische Entwicklung der Unternehmensgewinne führt zu deutlich höheren Einnahmen bei Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer.
- Konjunkturaufschwung erreicht auch die Binnennachfrage mit der Folge höherer Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz und der Lohnsteuer.

#### 1 Vorbemerkungen

Die 128. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" fand vom 2. bis 3. November auf Einladung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen in Gmund/Tegernsee statt. Gegenstand der Schätzung waren die Steuereinnahmen der Jahre 2006 und 2007. Geschätzt wurde wie üblich auf der Grundlage des geltenden Steuerrechts. Gegenüber der vorangegangenen Schätzung vom Mai 2006 war für die Jahre 2006 und 2007 das Gesetz zur Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und zur Änderung des Stromsteuergesetzes einzubeziehen. Da die Anhebung der Steuersätze von Umsatz- und Versicherungsteuer ausnahmsweise bereits vor der endgültigen Verabschiedung des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 in der Mai-Schätzung berücksichtigt wurde, waren diesmal nur die finanziellen Auswirkungen der übrigen Maßnahmen dieses Gesetzes einzurechnen. Außerdem waren für 2007 die Auswirkungen des Steueränderungsgesetzes 2007, des Ersten Gesetzes zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft sowie das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol und von Verbrauchsteuergesetzen zu berücksichtigen.

#### Schätzergebnisse des 2 **Arbeitskreises** "Steuerschätzungen"

#### 2.1 Ergebnis insgesamt

Die konjunkturelle Dynamik hat sich als deutlich stärker erwiesen als noch im Frühjahr angenommen. Vor allem die überaus positive Gewinnentwicklung der Unternehmen hat zu kräftigen Zuwächsen bei den gewinnabhängigen Steuern geführt. Inzwischen greift der Aufschwung jedoch auch zunehmend auf die Binnenkonjunktur über, was steigende Einnahmen auch aus der Lohnsteuer und den Steuern vom Umsatz zur Folge hat.

Die für die Steuerschätzung maßgeblichen Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen - die Bruttolohn- und -gehaltssumme für die Lohnsteuer, die Unternehmens- und Vermögenseinkommen für die gewinnabhängigen Steuern und die modifizierte letzte inländische Verwendung für die Steuern vom Umsatz wurden im Vergleich zum Mai dieses Jahres vom interministeriellen Arbeitskreis "Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen" für beide Schätzjahre fast durchgehend deutlich nach oben korrigiert (vgl. Tabelle 1).

Nach dem Ergebnis der Steuerschätzung wird das Steueraufkommen insgesamt in diesem Jahr um 7,2 % auf 484,9 Mrd. € steigen. Im kommenden Jahr rechnet der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" mit einem weiteren Zuwachs von 6,0 % und einem Gesamtaufkommen von 514,1 Mrd. €. Alle vier Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden, EU) können in 2006 und 2007 mit Aufkommenszuwächsen rechnen (vgl. Tabelle 2, S. 49).

Da das nominale Bruttoinlandsprodukt weniger stark zunimmt (+ 2,9 % in 2006 und + 2,6 % in 2007) als die Steuereinnahmen, steigt die Steuerquote von 20,17 % im Jahr 2005 in diesem Jahr auf 21,03 % und im kommenden Jahr auf 21,73 %. Sie liegt dann wieder etwa auf dem Niveau der zweiten Hälfte der 90er Jahre.

#### 2.2 Abweichungen von der Mai-Schätzung

Da sich die Konjunktur in diesem Jahr besser entwickelt hat, als dies im Frühjahr angenommen wurde, konnten die Einnahmeerwartungen deutlich nach oben korrigiert werden. Der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" erwartet, dass die Steuereinnahmen in diesem Jahr um 19,4 Mrd. € und im kommenden Jahr um 20,1 Mrd. € über dem Mai-Ergebnis liegen werden (vgl. Tabelle 3, S. 50). Diese Abweichung wird

Tabelle 1: Gesamtwirtschaftliche Vorgaben des interministeriellen Arbeitskreises "Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen" für die Steuerschätzungen Mai 2006 und und November 2006

	20	06	2007		
	AK Mai 2006	AK Nov 2006	AK Mai 2006	AK Nov 2006	
BIP nominal					
in % gegenüber Vorjahr	+ 2,0	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,6	
Bruttolohn- und gehaltssumme					
in % gegenüber Vorjahr	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,4	
Unternehmens- und					
Vermögenseinkommen					
in % gegenüber Vorjahr	+ 6,0	+ 6,5	+ 3,2	+ 3,2	
Modifizierte letzte inländische					
Verwendung					
in % gegenüber Vorjahr	+ 1,8	+ 2,4	+ 1,2	+ 1,8	

nur im Jahr 2007 nennenswert durch Steuerrechtsänderungen beeinflusst (+1,7 Mrd. €).

Das Ergebnis für den Bund ist etwas positiver als das der Länder. Drei Ursachen lassen sich hierfür benennen:

- Die Abführungen des Bundes an die EU werden voraussichtlich nicht so hoch ausfallen, wie im Mai unterstellt.
- Die Bundessteuern entwickeln sich wegen des stark steigenden Solidaritätszuschlages etwas besser als die Ländersteuern.
- Die Zuweisung von Regionalisierungsmitteln an die Länder wurde durch das Haushaltsbegleitgesetz vermindert.

Bis auf die EU verzeichnen aber alle Ebenen deutliche Einnahmezuwächse im Vergleich zur Mai-Steuerschätzung.

# 2.3 Entwicklung wichtiger Einzelsteuern

Die Ansätze aller Gemeinschaftssteuern wurden für die Jahre 2006 und 2007 gegenüber der Mai-Schätzung deutlich nach oben korrigiert (vgl. Tabelle 4, S. 51). Besonders deutliche Verbesserungen gab es bei den Veranlagungssteuern. Die Aufwärtskorrekturen bei veranlagter Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer belaufen sich zusammengenommen auf 11,9 Mrd. € in 2006 und 10,4 Mrd. € in 2007 und sind somit für mehr als die Hälfte der Abweichung von der Mai-Schätzung verantwortlich.

Die Verbesserung des Beschäftigungsniveaus, verbunden mit moderaten Lohnzuwächsen führt vor allem im kommenden Jahr zu höheren Lohnsteuereinnahmen (+ 1,8 Mrd. € in 2006, + 4,8 Mrd. € in 2007). Die verbesserte Binnenkonjunktur belebt auch den privaten Verbrauch und führt dazu, dass das Aufkommen der Steuern vom Umsatz um 4 Mrd. € (2006) bzw. 3,3 Mrd. € (2007) über dem Ansatz der Mai-Steuerschätzung liegen dürfte.

Auch die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag haben ihren Anteil an der positiven Schätzabweichung mit + 0,6 Mrd. € in 2006 und + 0,5 Mrd. € in 2007. Gleiches gilt für das Aufkommen aus dem Zinsabschlag, das in diesem Jahr um 0,4 Mrd. € und im kommenden Jahr um 1 Mrd. € über dem Mai-Ansatz liegt.

Die höheren Schätzungen für die Einnahmen aus den Bundessteuern sind im Wesentlichen ein Reflex auf die höheren Gemeinschaftssteuern, denn maßgeblich für die Verbesserung

Tabelle 2: Ergebnisse der Steuerschätzung November 2006<sup>1</sup>

	Ist	Schä	tzung
	2005	2006	2007
1. Bund (Mrd. €)	190,2	202,4	219,4
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	1,7	6,4	8,4
2. Länder (Mrd. €)	180,4	193,4	202,7
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	0,3	7,2	4,8
3. Gemeinden (Mrd. €)	59,8	66,8	67,8
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	6,0	11,8	1,5
4. EU (Mrd. €)	21,7	22,2	24,1
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	10,5	2,3	8,6
5. Steuereinnahmen insgesamt (Mrd. €)	452,1	484,9	514,1
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	2,1	7,2	6,0

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

 $Bund\ und\ L\"{a}nder\ nach\ Erg\"{a}nzungszuweisungen,\ Umsatzsteuerverteilung\ und\ Finanzausgleich.$ 

 $L\"{a}nder\,ohne, Gemeinden\,mit\,Gemeindesteuereinnahmen\,der\,Stadtstaaten.$ 

 $\label{eq:Angaben} \textbf{Angaben in Mrd.} \, \textbf{\o} \, \textbf{gerundet;} \, \textbf{Ver\"{a}nder} \textbf{ungsraten aus Angaben in Mio.} \, \textbf{\o} \, \textbf{errechnet.}$ 

Die Aufteilung der geschätzten Steuereinnahmen auf Bund und Länder hat sich gegenüber der unmittelbar nach Ende der Steuerschätzung herausgegebenen Presseerklärung noch leicht geändert. Ursache ist die erforderliche Neuberechnung des Finanzausgleichs, die erst nach Vorliegen der Schätzergebnisse erfolgen kann und vom Finanzministerium Baden-Württemberg vorgenommen wird. Die vom Bund an die Länder zu zahlenden Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen fallen auf Basis des Schätzergebnisses in 2006 um 153 Mio. € und in 2007 um 189 Mio. € geringer aus.

Tabelle 3: Abweichung des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2006 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2006 – Ebenen - in Mrd. €-

2006	Ergebnis AK Mai 2006	Abweichung	Abweic		Ergebnis AK November 2006	
	7.11.11.11.11.11	insgesamt Steuerre	Steuerrechts- änderungen <sup>1</sup>	Änderung EU-Abführung	Schätzab- weichung <sup>2</sup>	AR HOVELIBEI 2000
Bund <sup>3</sup>	193,8	8,6	0,0	0,7	7,9	202,4
Länder <sup>3</sup>	186,0	7,4	0,0	-	7,4	193,4
Gemeinden <sup>3</sup>	62,9	3,9	0,0	-	3,9	66,8
EU	22,8	- 0,6	0,0	- 0,7	0,1	22,2
Steuereinn. insg.	465,5	19,4	0,0	0,0	19,3	484,9

2007	Ergebnis AK Mai 2006	Abweichung	Abweichungen davon:			Ergebnis AK November 2006		
		insgesamt	Steuerrechts- änderungen <sup>1</sup>	Änderung EU-Abführung	Schätzab- weichung <sup>2</sup>			
Bund <sup>3</sup>	210,2	9,2	0,7	0,6	8,0	219,4		
Länder <sup>3</sup>	195,3	7,4	0,7	-	6,7	202,7		
Gemeinden <sup>3</sup>	63,8	4,0	0,3	-	3,7	67,8		
EU	24,6	- 0,5	0,0	- 0,6	0,1	24,1		
Steuereinn. insg.	494,0	20,1	1,7	0,0	18,5	514,1		

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

 $Erstes\ Gesetz\ zum\ Abbau\ bürokratischer\ Hemmnisse\ insbesondere\ in\ der\ mittelständischen\ Wirtschaft.$  $Gesetz\,zur\,\ddot{A}nderung\,des\,Gesetzes\,\ddot{u}ber\,das\,Branntweinmonopol\,und\,von\,Verbrauchsteuergesetzen.$ 

ist der Zuwachs beim Solidaritätszuschlag (+ 0,8 Mrd. € in 2006 und + 0,9 Mrd. € in 2007), dessen Bemessungsgrundlagen kräftig steigen. Die übrigen Bundessteuern werden hingegen insgesamt schwächer eingeschätzt als im Mai.

Bei den Ländersteuern hat der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" seine Ansätze vom Mai 2006 grundsätzlich bestätigt. Gleiches gilt für die Gemeindesteuern.

<sup>2006</sup>ff.: Gesetz zur Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und zur Änderung des Stromsteuergesetzes.

<sup>2007</sup> ff: Haushalts begleit gesetz 2006 (Erhöhung der land- und forst wirts chaft lichen Vorsteuer paus chalen und Durchschnittssätze).Steueränderungsgesetz 2007.

Aus gesamtwirtschaftlichen Gründen und infolge unvorhergesehener Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

Tabelle 4: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2006 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2006 – Einzelsteuern

Steuerart	Abweichung (Beträge in Mio. €)			
	2006	2007		
Lohnsteuer	1 800	4 800		
veranlagte Einkommensteuer	3 800	3 450		
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	649	450		
Zinsabschlag	406	1 009		
Körperschaftsteuer	4 500	3 990		
Steuern vom Umsatz	4000	3 250		
Gewerbesteuer	3 550	2 950		
Bundessteuern zusammen	461	222		
Energiesteuer	400	650		
Stromsteuer	- 200	- 310		
Tabaksteuer	- 500	- 800		
Versicherungsteuer	0	0		
Solidaritätszuschlag	755	911		
sonstige Bundessteuern	6	- 229		
Ländersteuern zusammen	- 10	- 94		
Gemeindesteuern zusammen	48	58		
Zölle	150	50		
Steuereinnahmen insgesamt	19 354	20 135		

#### 3 Fazit

Das Wirtschaftswachstum erweist sich als deutlich kräftiger als im Frühjahr absehbar war. Daher konnten auch die Erwartungen für die Steuereinnahmen in den Jahren 2006 und 2007 erheblich nach oben korrigiert werden. Die Aufwärtskorrektur ist nicht zuletzt auch das Ergebnis einer vorsichtigen Schätzung, wie sie der Koalitionsvertrag für die Finanzplanung vorsieht.

Das Ergebnis der November-Steuerschätzung ist ein weiterer Beleg dafür, dass die These, die

Steuerschätzungen seien "immer" zu optimistisch, nicht stimmt. Vielmehr besteht eine Tendenz, das Steueraufkommen im Aufschwung zu unterschätzen, im Abschwung hingegen zu überschätzen. Über einen längeren Zeitraum betrachtet, gleichen sich positive und negative Schätzabweichungen somit aus. Ziel des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" bleibt es jedoch, durch methodische Verbesserungen und ausgefeiltere Schätzmodelle die Abweichungen in beide Richtungen weiter zu begrenzen.

SEITE 52

# Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2006

1	Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern) im 1. bis 3. Quartal 2006	.53
2	Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 3. Quartals 2006	.55
3	Verteilung der Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern) auf die Fhenen	56

- Steuereinnahmen von Bund und Ländern stiegen um + 7,8 %.
- Weiterhin sehr dynamische Entwicklung bei veranlagter Einkommensteuer und Körperschaftsteuer.
- Zuwächse bei Lohnsteuer und Steuern vom Umsatz signalisieren Übergreifen des Aufschwungs auf die Binnenkonjunktur.

# 1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern)<sup>1</sup> im 1. bis 3. Quartal 2006

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen betrugen im 1. bis 3. Quartal 2006 nach endgültigen Ergebnissen 317339 Mio. €, das sind + 22 909 Mio. € bzw. + 7,8 % mehr als im 1. bis 3. Quartal 2005.

Die Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal 2006 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie in Tabelle 1 dar.

Die **gemeinschaftlichen Steuern** nahmen im 1. bis 3. Quartal 2006 im Vorjahresvergleich

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal 2006

Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	<b>1. bis 3. Quartal</b> – in Mio. € –		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2006	2005	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern	241 157	220 464	20 693	9,4
Reine Bundessteuern	56 783	55 997	785	1,4
Reine Ländersteuern	16 547	15 545	1 001	6,4
Zölle	2 853	2 422	431	17,8
Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	317 339	294 429	22 909	7,8

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 "Finanzen und Steuern", Reihe 4 "Steuerhaushalt" im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

um + 9,4 % zu. Nachdem sich das Aufkommen aus diesen Steuern bereits im 2. Quartal mit + 12,6 % aufgrund sehr starker Zuwächse bei den Veranlagungsteuern erhöhte, stieg es auch im 3. Quartal 2006 mit +10.4% kräftig an.

Bei der Lohnsteuer ist als Folge der allmählichen Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt in Verbindung mit moderaten Lohnzuwächsen ein stetiger Anstieg des Aufkommens zu verzeichnen: Nach + 0,8 % im 1. Quartal stiegen die Einnahmen über + 2,6 % im 2. Quartal auf + 3,8 % im 3. Quartal 2006. Insgesamt ist die Lohnsteuer im 1. bis 3. Quartal 2006 um + 2,4 % gestiegen.

Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer hat sich im 1. bis 3. Quartal 2006 mit 10,0 Mrd. € gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum (3,7 Mrd. €) mehr als verdoppelt. Ausschlaggebend hierfür war insbesondere die außerordentlich dynamische Entwicklung bei den Unternehmensgewinnen. Großen Anteil hatte aber auch der durch Steuerrechtsänderungen hervorgerufene starke Rückgang der Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer im Berichtszeitraum um – 1,6 Mrd. € bzw. – 11,0 %.

Auch die Körperschaftsteuer verzeichnete zuletzt sehr starke Zuwächse. Die Einnahmen lagen im 2. Quartal 2006 um + 90,6 % und im 3. Quartal 2006 um + 50,1% über den Ergebnissen des 2. bzw. 3. Quartals 2005. Aufgrund des schwächeren 1. Quartals 2006 (+ 17,4 %) ergibt sich insgesamt für das 1. bis 3. Quartal 2006 eine Steigerung um +50,4%.

Die Entwicklung beim Zinsabschlag ist stetig aufwärts gerichtet. Nach einem Zuwachs von + 14,8 % im 2. Quartal 2006 stieg das Zinsabschlagsvolumen im 3. Quartal 2006 um + 19,9 %. Da das 1. Quartal 2006 mit + 2,1 % noch relativ schwach war, ergibt sich für das 1. bis 3. Quartal 2006 insgesamt ein Anstieg um + 8,8%. Hierin spiegelt sich die Aufwärtstendenz des Zinsniveaus wider.

Das Aufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag übertraf im 1. bis 3. Quartal 2006 das vergleichbare Vorjahresniveau um + 12,3 %. Nachdem noch im 1. Quartal 2006 ein Rückgang von – 16,7 % zu konstatieren war, lagen die Veränderungsraten im 2. und 3. Quartal 2006 bei + 27,5 % bzw. + 19,1 %. Die anhaltend gute Gewinnsituation der Kapitalgesellschaften führte zu höheren Dividendenzahlungen und somit höheren Einnahmen aus der Kapitalertragsteuer.

Die Kasseneinnahmen aus den Steuern vom Umsatz haben sich im 1. bis 3. Quartal 2006 im Vorjahresvergleich um + 4,8 % verbessert. Wie die steigenden Lohnsteuereinnahmen ist auch dies ist ein Indiz für eine sich positiv entwickelnde Binnenkonjunktur. Die Umsatzsteuer erhöhte sich um + 1,5 %, während die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer kräftig um + 16,8 % stiegen. Eine Ursache hierfür lag in den konjunkturell bedingten erhöhten Importen aus Nicht-EU-Staaten in Verbindung mit kräftig gestiegenen Öl- und Rohstoffpreisen.

Die Dynamik bei der Entwicklung der Energiepreise hat offensichtlich zu höheren Ausgaben für Energie geführt, gleichzeitig aber eine dämpfende Wirkung auf die verbrauchten Mengen gehabt. Dies schlägt sich im Aufkommen der mengenbezogenen Verbrauchsteuern nieder. So bewegte sich die Mineralölsteuer im 1. bis 3. Quartal 2006 mit + 0,6% etwa auf dem Niveau des Vorjahreszeitraumes, das Aufkommen der Stromsteuer lag um - 2,5 % unter dem Vorjahreswert.

Das Tabaksteueraufkommen stagnierte in den ersten neun Monaten 2006 auf dem Vorjahresniveau (+ 0,3 %). Nachdem im 1. Quartal 2006 im Vorjahresvergleich vor allem Vorzieheffekte in Verbindung mit dem "Aus" für den günstig besteuerten vorportionierten Feinschnitt durchschlugen (+ 11,5 %), gingen die Einnahmen im 2. Quartal um - 0,2 % und im 3. Quartal 2006 sogar um - 6,4% zurück. Der starke Rückgang des Zigarettenkonsums infolge der Tariferhöhungen wird durch den höheren Steuersatz nicht kompensiert.

Insgesamt sind die reinen Bundessteuern im 1. bis 3. Quartal 2006 um +1,4% gestiegen, was hauptsächlich auf den kräftigen Zuwachs des Solidaritätszuschlages (+ 9,9 %) zurückzuführen ist, der vom Anstieg seiner Bemessungsgrundlagen profitierte. Während im 1. Quartal 2006 ein Anstieg der Bundessteuern um + 4,5 % zu verzeichnen war, sanken die Einnahmen im 2. Quartal um - 0,6 % und stiegen im 3. Quartal 2006 um + 1.1%.

Die reinen Ländersteuern entwickelten sich im 1. bis 3. Quartal 2006 mit einer Zunahme um +6,4% positiv, wenngleich sich in den einzelnen Quartalen sehr unterschiedliche Ergebnisse zeigten: Nach einem Anstieg im 1. Quartal in Höhe von + 25,1 % (insbesondere aufgrund der Dynamik bei der Grunderwerbsteuer (+ 40,5 %) und der Kraftfahrzeugsteuer (+ 26,5 %)) gab es im 2. Quartal einen Rückgang von – 9,6 %, geprägt von einem Minus von – 37,6 % bei der Erbschaftsteuer. Im 3. Quartal 2006 erholte sich die Erbschaftsteuer wieder (+ 6,4 %) und die Grunderwerbsteuer stieg erneut mit + 26,7% kräftig an.



# 2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 3. Quartals 2006

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) wiesen im **Juli 2006** gegenüber dem Vorjahresmonat einen Zuwachs von + 11,5 % auf. Dabei verzeichneten die gemeinschaftlichen Steuern mit + 15,5 % den stärksten Zuwachs. Während die Ländersteuern mit + 5,4% ebenfalls zulegen konnten, gingen die Bundessteuern um - 0,9% zurück.

Im **August 2006** ergab sich mit + 5,6 % ebenfalls ein Anstieg der Steuereinnahmen von Bund und Ländern. Wie im Vormonat entwickelten sich die gemeinschaftlichen Steuern (+7,8 %) und die reinen Ländersteuern (+9,9 %) positiv, während die Bundessteuern das Vorjahresergebnis mit – 2,1% erneut unterboten.

Besonders erfreulich war das Ergebnis im aufkommensstarken Vorauszahlungsmonat **September 2006** mit + 7,9 %, zu dem alle drei Steuergruppen beitrugen: Die gemeinschaftlichen Steuern stiegen dank kräftiger Zuwächse bei den gewinnabhängigen Steuern um + 8,7 %. Die reinen Bundessteuern legten um insgesamt + 5,9 % zu, wobei jedoch ein kassentechnischer Sondereffekt bei der Mineralölsteuer zu lediglich temporären Mehreinnahmen führte. Die Ländersteuern (+ 2,4 %) profitierten insbesondere von den Einnahmeverbesserungen bei der Grunderwerbsteuer (+ 31,3 %).

# 3 Verteilung der Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern) auf die Ebenen

Die Verteilung der Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal 2006 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden<sup>2</sup> und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in der nachstehenden Tabelle dargestellt.

Im Berichtszeitraum konnten Bund, Länder und Gemeinden deutlich höhere Steuerein-

nahmen erzielen als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der Bund profitierte dabei auch von geringeren EU-Abführungen, die um – 3,8 % unter Vorjahresniveau lagen.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im 1. bis 3. Quartal 2006 und in den einzelnen Monaten finden sich im Internetangebot des BMF unter http://www.bundesfinanzministerium.de/ cln\_02/nn\_3380/DE/Steuern/Steuerschaetzung\_ \_einnahmen/node.htm

Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Steuereinnahmen nach Ebenen	<b>1. bis 3. Quartal</b> – in Mio. € –		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2006	2005	in Mio. €	in %
Bund <sup>1</sup>	141 904	130 554	11 350	8,7
EU	16 613	17 261	- 648	- 3,8
Länder <sup>1</sup>	141 289	130 487	10 801	8,3
Gemeinden <sup>2</sup>	17 533	16 127	1 406	8,7
Zusammen	317 339	294 429	22 909	7,8

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach Bundesergänzungszuweisungen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Lediglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und an den Steuern vom Umsatz.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Lediglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und an den Steuern vom Umsatz.

# Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2008 (Sechster Existenzminimumbericht)<sup>1</sup>

1	Anlass des Berichtes	57
2	Rechtliche Ausgangslage	
3	Ermittlung des Sozialhilfebedarfs	
4	Berechnungsmodus für das steuerfrei zu stellende Existenzminimum von Erwachsenen	60
5	Umfang und Höhe des Existenzminimums von Kindern	62
6	Übersicht der für das Jahr 2008 steuerfrei zu stellenden Existenzminima	64

- Der Existenzminimumbericht stellt die Entwicklung der Beträge dar, die den steuerlichen Freibeträgen (Grundfreibetrag, Kinderfreibetrag) zugrunde liegen.
- Im Ergebnis reichen die bestehenden Freibeträge zur steuerlichen Freistellung des Existenzminimums bis 2008 aus.
- Erstmals werden gesamtdeutsche Daten zugrunde gelegt.

#### 1 Anlass des Berichtes

Nach dem Beschluss des Deutschen Bundestags vom 2. Juni 1995 hat die Bundesregierung alle zwei Jahre einen Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern vorzulegen (vgl. Bundestagsdrucksache 13/1558 vom 31. Mai 1995 und Plenarprotokoll 13/42 vom 2. Juni 1995). Dem vorausgegangen war der Beschluss des Deutschen Bundestags vom 20. Januar 1994, wonach die Bundesregierung erstmalig über die entsprechenden Existenzminima zu berichten hatte (vgl. Bundestagsdrucksache 12/6329 vom 2. Dezember 1993 und Plenarprotokoll 12/205 vom 20. Januar 1994). Der Existenzminimumbericht ist prognostisch angelegt (Ex-ante-Berechnung). Gegenstand des Sechsten Existenzminimumberichts ist - wie bei den bisherigen Berichterstattungen (vgl. Übersicht 1) – die Darstellung der maßgebenden Beträge<sup>2</sup> für die Bemessung der steuerfrei zu stellenden Existenzminima.

#### Übersicht 1: Bisherige Existenzminimumberichte

Datum	Berichtsjahr	Bundestags- drucksache
2. Februar 1995	1996	13/381
17. Dezember 1997	1999	13/9561
4. Januar 2000	2001	14/1926, 14/2770
4. Dezember 2001	2003	14/7765 (neu)
5. Februar 2004	2005	15/2462

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Der Artikel ist inhaltsgleich mit der Bundestagsdrucksache 16/3265.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bei den Berechnungen wird, soweit gesetzlich nicht anders geregelt, von aufgerundeten monatlichen Euro-Beträgen ausgegangen.

#### 2 Rechtliche Ausgangslage

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (vgl. BVerfGE 87, 153 [169]) muss dem Steuerpflichtigen nach Erfüllung seiner Einkommensteuerschuld von seinem Erworbenen zumindest soviel verbleiben, wie er zur Bestreitung seines notwendigen Lebensunterhalts und – unter Berücksichtigung von Artikel 6 Abs. 1 Grundgesetz (GG) – desjenigen seiner Familie bedarf (Existenzminimum).

Die Höhe des steuerlich zu verschonenden Existenzminimums hängt von den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen und dem in der Rechtsgemeinschaft anerkannten Mindestbedarf ab; diesen einzuschätzen ist Aufgabe des Gesetzgebers. Soweit der Gesetzgeber jedoch im Sozialhilferecht den Mindestbedarf bestimmt hat, den der Staat bei einem mittellosen Bürger im Rahmen sozialstaatlicher Fürsorge durch Staatsleistungen zu decken hat, darf das von der Einkommensteuer zu verschonende Existenzminimum diesen Betrag jedenfalls nicht unterschreiten.

Demnach ist der im Sozialhilferecht aner-kannte Mindestbedarf die Maßgröße für das ein-kommensteuerliche Existenzminimum (vgl. BVerfGE 87, 153 [169 bis 171]). Das gilt sinngemäß auch für die Ermittlung des sächlichen Existenzminimums (Sachbedarf) eines Kindes (vgl. BVerfGE 82, 60 [93, 94]). Da die steuerliche Leistungsfähigkeit von Eltern über den existenziellen Sachbedarf und den erwerbsbedingten Betreuungsbedarf hinaus generell durch den Betreuungs- und Erziehungsbedarf eines Kindes gemindert wird, ist dieser Bedarf im Steuerrecht – zusätzlich zum sächlichen Existenzminimum – von der Einkommensteuer zu verschonen (vgl. BVerfGE 99, 216 [233 f., 240 ff.]).

Zum 1. Januar 2007 treten im Bereich des Sozialhilferechts Änderungen in Kraft, die sich auf die Erstellung des Existenzminimumberichts und dessen Berechnungsmethode auswirken. Gemäß § 28 Abs. 3 Satz 5 Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) wurde nach dem Vorliegen der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003 die Regelsatzbemessung in der Regelsatzverordnung (RSV – Verordnung zur Durchführung des § 28 SGB XII) überprüft mit dem Ergebnis, dass diese weiter-

entwickelt wird (vgl. Bundesratsdrucksachen 617/06, S. 9 und 635/06, S. 3 ff.): Die neue Regelsatzbemessung basiert künftig auf einer gesamtdeutschen Verbrauchsstruktur und berücksichtigt zudem Änderungen im Verbraucherverhalten. Damit wird für den Bereich des SGB XII – Sozialhilfe – grundsätzlich ein bundesweit einheitliches Leistungsniveau geregelt. Die Länder können aber weiterhin davon abweichende Regelsätze festsetzen, beispielsweise aufgrund der Berücksichtigung regionaler Unterschiede.

Diese Neubemessung des sozialhilferechtlichen Regelsatzes wird zum Anlass genommen, die bisherige Berechnungsmethode zur Ermittlung des steuerfrei zu stellenden sächlichen Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern anzupassen: Ab 2007 wird daher als Datenbasis nicht mehr das frühere Bundesgebiet, sondern Gesamtdeutschland zugrunde gelegt; eine weitere Änderung betrifft die Berücksichtigung von Unterkunftskosten (vgl. Punkt 4.2). Die genannten Modifikationen erfolgen unter Wahrung der bisherigen Methodik der Existenzminimumberichte und führen im Ergebnis nicht zu einer Verringerung der steuerfrei zu stellenden Existenzminima.

Die Sozialhilfe bildet mit ihren Leistungen das unterste soziale Netz. Die im SGB XII – Sozialhilfe – geregelte Hilfe zum Lebensunterhalt fungiert auch als Referenzsystem für Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts im Rahmen des SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Die Leistungen im Sozialhilferecht richten sich nach den Besonderheiten des Einzelfalls, insbesondere nach der Art des Bedarfes, den örtlichen Verhältnissen, den eigenen Kräften und Mitteln der Person oder des Haushalts bei der Hilfe zum Lebensunterhalt (vgl. § 9 Abs. 1 SGB XII). Hilfe zum Lebensunterhalt wird vor allem durch die Regelsätze bestimmt und umfasst auch - unter dem Vorbehalt der Angemessenheit - die jeweiligen tatsächlichen Kosten für Unterkunft und Heizung. Darüber hinaus können Leistungen zur Deckung eines einmaligen oder individuellen sozialhilferechtlich anerkannten Sonderbedarfs erbracht werden: Hierzu zählen insbesondere Leistungen für Erstausstattung der Wohnung, Erstausstattung mit Bekleidung, Erstausstattung bei Schwangerschaft und Geburt, mehrtägige Klassenfahrten sowie Mehrbedarfszuschläge für bestimmte Gruppen von Hilfesuchenden.

Im Einkommensteuerrecht wird hingegen der existenzsichernde - anders als der erwerbssichernde - Aufwand in typisierender Form berücksichtigt. Daher können die zuvor genannten einzelfall- bzw. gruppenbezogenen Sonderbedarfe auch nicht mitberücksichtigt werden. Die wegen der Abwicklung im Massenverfahren notwendige Generalisierung ist von Verfassungs wegen nicht zu beanstanden. Im Rahmen einer solchen Typisierung sind die zu berücksichtigenden Komponenten aber so zu bemessen, dass die steuerlichen Freibeträge in allen Fällen den existenznotwendigen Bedarf abdecken, kein Steuerpflichtiger also infolge der Besteuerung seines Einkommens darauf verwiesen wird, seinen existenznotwendigen Bedarf durch Inanspruchnahme von Staatsleistungen zu sichern (vgl. BVerfGE 99, 246 [261]).

Auf dem Wohnungsmarkt besteht ein beachtliches Preisgefälle für existenznotwendige Aufwendungen. Es ist dem Gesetzgeber nach der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung in diesem Sonderfall nicht verwehrt, sich bei der Bemessung des steuerfrei zu stellenden Betrages hinsichtlich der Wohnkosten an einem unteren Wert zu orientieren, wenn er zugleich zur ergänzenden Deckung des Bedarfes nach dem Einzelfall bemessene Sozialleistungen, wie etwa Wohngeld, zur Verfügung stellt (vgl. BVerfGE 87, 153 [172]).

Die steuerliche Freistellung des Kinderexistenzminimums kann durch Gewährung von Freibeträgen und/oder Zahlung von Kindergeld erfolgen. Entscheidend dabei ist, dass die Steuerpflichtigen im Ergebnis mindestens so gestellt sind, wie sie es wären, wenn die kindbedingte Verminderung der steuerlichen Leistungsfähigkeit allein durch einen von der steuerlichen Bemessungsgrundlage abzuziehenden Freibetrag Berücksichtigung fände – aus Gründen der horizontalen Steuergerechtigkeit im Sinne von Artikel 3 Abs. 1 GG (vgl. BVerfGE 99, 246 [263 ff.]).

# 3 Ermittlung des Sozialhilfebedarfs

Grundlage der Bemessung des steuerfrei zu stellenden Existenzminimums ist nach den oben genannten Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts der sozialhilferechtliche Mindestbedarf.

Der notwendige Lebensunterhalt im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII – Sozialhilfe – setzt sich (ohne Sonderbedarfe) aus den folgenden Komponenten zusammen:

- Regelsätze, die insbesondere Leistungen für Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Haushaltsenergie ohne die auf die Heizung entfallenden Anteile sowie für persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens umfassen,
- Kosten der Unterkunft (Bruttokaltmiete und vergleichbare Aufwendungen für Haus- oder Wohnungseigentum) sowie
- Heizkosten (ohne die im Regelsatz enthaltenen Kosten für Warmwasserbereitung).



# 4 Berechnungsmodus für das steuerfrei zu stellende Existenzminimum von Erwachsenen

4.1 Die sozialhilferechtlichen Regelsätze, und damit auch der Eckregelsatz für den Haushaltsvorstand bzw. den Alleinstehenden, werden von den Landesregierungen festgesetzt. Ausgehend vom Eckregelsatz werden, unter Anwendung der in § 3 Abs. 2 und 3 RSV festgelegten prozentualen Relationen, die Regelsätze für sonstige Haushaltsangehörige abgeleitet. Bei Paaren beispielsweise erhält jeder künftig 90 % des Eckregelsatzes.

Zum Zeitpunkt der Berichterstellung liegen die für die Berechnungsmethode maßgeblichen Eckregelsätze der Länder zum 1. Januar 2007 noch nicht vor. Daher wird für die Zwecke dieses Berichtes hilfsweise der arithmetische Mittelwert der in 2006 gültigen Eckregelsätze im früheren Bundesgebiet als Rechengröße in Ansatz gebracht; dieser Betrag entspricht dem auf der Grundlage der Neubemessung zum 1. Januar 2007 sich rechnerisch ergebenden einheitlichen Regelsatz. Ausgegangen wird demnach von einem durchschnittlichen Betrag zum 1. Januar 2007 von 345 €/Monat für Alleinstehende und von 622 €/Monat für Ehepaare.

Jeweils zum 1. Juli eines Jahres erhöhen sich die Regelsätze um den Vomhundertsatz, um den sich der aktuelle Rentenwert in der Rentenversicherung verändert (vgl. § 4 RSV). Ob sich eine Rentenerhöhung zum 1. Juli 2007 bzw. 1. Juli 2008 ergeben wird, hängt wesentlich von der Entwicklung der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter ab. Nach bisherigen Annahmen ist eine Rentenerhöhung zu diesen Zeitpunkten nicht absehbar.

Daher wird für 2008 ein Regelsatzniveau bei Alleinstehenden von 4140 € (345 €/Monat) und bei Ehepaaren von 7464 € (622 €/Monat) in Ansatz gebracht.

4.2 Die Maßstäbe für die berücksichtigungsfähigen Kosten der Unterkunft sind entsprechend der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Existenzminimum vom Gesetzgeber zu bestimmen. Dies ist im Sozialhilfe-

recht geschehen: Nach § 29 Abs. 1 SGB XII werden Leistungen für die Unterkunft in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht. Soweit die Aufwendungen für die Unterkunft den der Besonderheit des Einzelfalls angemessenen Umfang übersteigen, sind sie als Bedarf so lange anzuerkennen, als es nicht möglich oder nicht zuzumuten ist, durch einen Wohnungswechsel, durch Vermieten oder auf andere Weise die Aufwendungen zu senken, in der Regel jedoch längstens für sechs Monate. Das Sozialhilferecht reagiert insofern auf vorübergehende Sondersituationen, die kein Maßstab für die steuerliche Berücksichtigung angemessener Wohnkosten bei der Bemessung des Existenzminimums sein können. Die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft beurteilt sich einerseits nach den individuellen Verhältnissen des Einzelfalls, insbesondere nach der Anzahl der Familienangehörigen, ihrem Alter, Geschlecht und Gesundheitszustand, sowie andererseits nach der Zahl der vorhandenen Räume, dem örtlichen Mietenniveau und den Möglichkeiten auf dem örtlichen Wohnungsmarkt.



Auf dieser Grundlage wird für die steuerliche Bemessung des Existenzminimums, unter Berücksichtigung der im Steuerrecht notwendigen Typisierung, für Alleinstehende eine Wohnung mit einer Wohnfläche von 30 m² und für Ehepaare ohne Kinder eine Wohnung mit einer Wohnfläche von 60 m² als angemessen angesehen. Neben dem gesamtdeutschen Mietenniveau wird anstelle der einfachen Wohnungsausstattung der sich über alle Ausstattungen für die Mietenstufen I bis IV ergebende gewichtete Durchschnittswert zugrunde gelegt.

Die hierfür maßgeblichen Quadratmetermieten - Mietzuschuss an Hauptmieter - werden aus der Wohngeldstatistik 2004 abgeleitet.3 Danach betrug die durchschnittliche monatliche Bruttokaltmiete pro Quadratmeter Wohnfläche für Wohnungen bis 40 m² 6,21 € und für Wohnungen von 60 bis 80 m² 5,29 €. Diese Quadratmetermieten werden mit einer jährlichen Mietsteigerung von 1,2 % für 2005 und 2006 sowie von 1,3 % für 2007 und 2008 fortgeschrieben. Die Auswirkung der ab 2007 beschlossenen Erhöhung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes auf die kalten Mietnebenkosten wird mit monatlich 0,02 € pro Quadratmeter berücksichtigt. Die Quadratmetermieten betragen somit in 2008 monatlich 6,55 € bzw. 5,58 €.

Für 2008 ergeben sich folglich Bruttokaltmieten von 2364 € (197 €/Monat) für Alleinstehende und von 4020 € (335 €/Monat) für Ehepaare.

Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass Bezieher niedriger Erwerbseinkommen zur Verringerung ihrer Wohnkosten nach Maßgabe des Wohngeldgesetzes (WoGG) Anspruch auf Wohngeld haben, soweit sie nicht Anspruch auf ergänzende Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII – Sozialhilfe – haben. Wohnkosten, die die im steuerlichen Existenzminimum berücksichtigten Beträge übersteigen, werden durch Wohngeld abgedeckt, soweit Höchstbeträge, die in Abhängigkeit von Haushaltsgröße, Ausstattung, Mietenstufe und Baualter festgelegt sind, nicht überschritten werden (vgl. § 8 WoGG).

**4.3** Die Heizkosten berechnen sich auf der Basis der in der EVS 2003 ausgewiesenen Aufwendungen für Heizung und Warmwasser im gesamten Bundesgebiet. Danach betrugen die monatlichen durchschnittlichen Ausgaben für Heizung und Warmwasser von Alleinstehenden 49 € und von kinderlosen Paaren 61 €. Da aber die Kosten für die Warmwasserbereitung schon in den Leistungen enthalten sind, die mit den Regelsätzen abgegolten werden, wird eine Pauschale von 25 % in Abzug gebracht. Somit verbleiben monatliche Beträge von 37 € für Alleinstehende und 46 € für Ehepaare.

Diese Werte werden für den Zeitraum von 2004 bis 2008 mit einer jahresdurchschnittlichen Erhöhung von rund 7,5 % fortgeschrieben.

Auch hier ist die ab 2007 beschlossene Erhöhung der Umsatzsteuer berücksichtigt.

Demzufolge ergeben sich für 2008 Heizkosten von 636 € (53 €/Monat) für Alleinstehende und von 792 € (66 €/Monat) für Ehepaare.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Sozialleistungen, Fachserie 13, Reihe 4, Wohngeld, Hrsg. Statistisches Bundesamt.

# 5 Umfang und Höhe des Existenzminimums von Kindern

5.1 Dem sächlichen Existenzminimum von Kindern liegen die gleichen Komponenten zugrunde wie dem Existenzminimum von Erwachsenen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts muss dem Gesetzgeber zugestanden werden, die steuerliche Entlastung für einen Einkommensbetrag in Höhe des sächlichen Existenzminimums der Kinder für alle Altersstufen und im ganzen Bundesgebiet einheitlich festzulegen (vgl. BVerfGE 91,93 [111 f.]). Für jedes Kind einer Familie wird daher das Existenzminimum gleich hoch angesetzt.

**5.1.1** Der sozialhilferechtliche Regelsatz für Kinder ist altersabhängig und kann regional verschieden sein. Daher werden die altersabhängigen Unterschiede für die Ermittlung des steuerfrei zu stellenden Betrages durch die Berechnung eines gewichteten durchschnittlichen Regelsatzes berücksichtigt. Den möglichen regionalen Unterschieden wird durch die Ableitung von dem für Alleinstehende angesetzten Betrag Rechnung getragen (vgl. Punkt 4.1).

Entsprechend der nachfolgenden Übersicht 2 wird der durchschnittliche Regelsatz für ein Kind mit 64,44 % des Eckregelsatzes eines Haushaltsvorstands ermittelt. Dieser Anteil wurde als gewichteter Durchschnitt der in § 3 Abs. 2 RSV nach Alter gestaffelten Regelsätze für Kinder errechnet, d.h. es wurde ein Durchschnittswert von 18 Kindern gebildet, die je einem Jahrgang von unter 1 Jahr bis unter 18 Jahren angehören.

Übersicht 2:
Berechnung des gewichteten
durchschnittlichen Regelsatzes
eines Kindes

14 Kinder	bis unter 14 Jahren	x 60 %	=	840	%
4 Kinder	von 14 bis unter 18 Jahren	x 80 %	=	320	%
18 Kinder z	zusammen		= 1	I 160	%
Durchschnittssatz je Kind		=	64,44	%	

Der so gebildete Durchschnittsregelsatz für Kinder entspricht trotz einer geringeren Zahl von Altersstufen methodisch auch der Berechnung der Bund-/Länder-Kommission, die das Bundesverfassungsgericht im Beschluss vom 29. Mai 1990 (vgl. BVerfGE 82, 60 [94 ff.]) herangezogen hat. Der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geht ebenfalls von dieser Rechenmethode aus (vgl. Schriftenreihe Bd. 15, 1992, S. 10, Rz. 4.).

Dieser Ansatz geht im Übrigen auch mit § 32 Einkommensteuergesetz (EStG) konform – wonach im Regelfall lediglich Kinder bis unter 18 Jahren berücksichtigt werden – und gewährleistet dadurch eine typisierende Betrachtung.

Folglich wird für 2008 bei Kindern ein durchschnittlicher Regelsatz von 2676 € (223 €/Monat) in Ansatz gebracht.

**5.1.2** Bei der Berechnung der Kosten der Unterkunft wird für ein Kind im Rahmen der steuerrechtlichen Typisierung eine Wohnfläche von 12 m<sup>2</sup> als angemessen angesehen. Der statistisch ermittelte individuelle Wohnflächenbedarf von Kindern in Wohnungen von allen Familienhaushalten (Mietern und Eigentümern) beträgt nach einer Sondererhebung des Statistischen Bundesamts aus dem Jahr 1988 pro Kind bei einer 1-Kind-Familie 15 m² sowie bei einer 2und 3-Kind-Familie jeweils 11 m<sup>2</sup>. Auch die Untersuchungsergebnisse einer Studie der Universität Kiel vom Juni 2001 zur Erarbeitung von Aufteilungsschlüsseln der Wohnungsmiete auf Kinder bestätigen die Angemessenheit des gewählten Ansatzes.

Die bei kinderlosen Ehepaaren berücksichtigte monatliche Bruttokaltmiete von 5,58 € pro Quadratmeter Wohnfläche wird auch für Kinder zugrunde gelegt (vgl. Punkt 4.2). Auf diese Weise wird sichergestellt, dass Alleinerziehende mit einem Kind nicht schlechter gestellt werden als 2-Personen-Haushalte.

Dadurch ergibt sich für 2008 bei Kindern ein Betrag für die Bruttokaltmiete von 804 € (67 €/Monat).

**5.1.3** Die Heizkosten für Kinder werden als Relation zu deren Bruttokaltmiete entsprechend dem Verhältnis der Heizkosten eines kinderlosen Ehepaars zu dessen Bruttokaltmiete in Ansatz gebracht, da in der EVS die Heizkosten

nicht kindbezogen erfasst sind (vgl. Punkte 4.2 und 4.3).

Hieraus ergeben sich für 2008 bei Kindern zu berücksichtigende Heizkosten von 168  $\in$  (14  $\in$ /Monat).

5.2 Im Rahmen des Kinderexistenzminimums ist zusätzlich zum Sachbedarf auch der Betreuungs- und Erziehungsbedarf zu berücksichtigen. Dies gilt nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (vgl. BVerfGE 99, 216 [233 f., 240 ff.]) unabhängig von der Art der Betreuung und von konkreten Aufwendungen bzw. vom Familienstand. Beim Erziehungsbedarf sind die allgemeinen Kosten zu berücksichtigen, die Eltern aufzubringen haben, um ihrem Kind eine Entwicklung zu ermöglichen, die es zu einem verantwortlichen Leben in dieser Gesellschaft befähigt. Der Gesetzgeber orientierte sich dabei an Beträgen, die im Steuerrecht verankert waren (vgl. Bundestagsdrucksachen 14/1513, S. 14 und 14/6160, S. 13).

Entsprechend der zeitlichen Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts hat der Gesetzgeber zum 1. Januar 2000 im Rahmen der ersten Stufe der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs die steuerliche Berücksichtigung des Kinderbetreuungsbedarfs geändert. Dabei wurde ein Betreuungsfreibetrag von jährlich 1546 € für jedes Kind bis zur Vollendung des 16. Lebensjahrs eingeführt (vgl. Gesetz zur Familienförderung vom 22. Dezember 1999, BGBl. I S. 2552).

Zum 1. Januar 2002 erfolgte dann die fristgerechte Umsetzung der verfassungsgerichtlichen Entscheidung zur Berücksichtigung des Erziehungsbedarfs eines Kindes. Hierbei wurde der bisherige Betreuungsfreibetrag um eine Erziehungskomponente erweitert. An die Stelle des Betreuungs- und Erziehungsbedarfs tritt bei volljährigen Kindern der Ausbildungsbedarf, so dass dieser Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf von jährlich 2160 € sowohl für minderjährige als auch für volljährige Kinder in Anspruch genommen werden kann (vgl. Zweites Gesetz zur Familienförderung vom 16. August 2001, BGBl. I S. 2074).

Darüber hinaus können (außerhalb des Existenzminimums; vgl. BVerfGE 112, 268 [282]) seit 2002 erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten steuerlich geltend gemacht werden. Mit

Wirkung ab dem 1. Januar 2006 wurde diese Abziehbarkeit neu geregelt. Erwerbstätige mit Kindern unter 14 Jahren oder behinderten Kindern können zwei Drittel der nachgewiesenen Betreuungskosten von höchstens 6000 € (maximal also 4000 €) wie Betriebsausgaben oder Werbungskosten steuerlich geltend machen. Damit wird der geminderten steuerlichen Leistungsfähigkeit von erwerbstätigen Eltern noch stärker als bisher Rechnung getragen. Daneben kann für nicht erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten ein Sonderausgabenabzug in Betracht kommen (vgl. Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung vom 26. April 2006, BGBl. I S. 1091). Zur Abgeltung des Sonderbedarfs volljähriger Kinder, die sich in Berufsausbildung befinden und auswärtig untergebracht sind, kann außerhalb des Familienleistungsausgleichs ein Freibetrag von jährlich 924 € abgezogen werden; dieser Freibetrag vermindert sich jedoch um die eigenen Einkünfte und Bezüge des Kindes, soweit diese 1848 € übersteigen, sowie um die von dem Kind als Ausbildungshilfe aus öffentlichen Mitteln oder Förderungseinrichtungen, die hierfür öffentliche Mittel erhalten, bezogenen Zuschüsse (vgl. Zweites Gesetz zur Familienförderung vom 16. August 2001, BGBl. I S. 2074).

# 6 Übersicht der für das Jahr 2008 steuerfrei zu stellenden Existenzminima

6.1 Die in diesem Bericht für das Veranlagungsjahr 2008 errechneten Beträge für das sächliche Existenzminimum von Alleinstehenden, Ehepaaren und Kindern werden in der nachfolgenden Übersicht 3 zusammengefasst dargestellt. Gleichzeitig erfolgt eine Gegenüberstellung mit den im Einkommensteuerrecht geltenden Freibeträgen.

#### Übersicht 3: Darstellung der in 2008 steuerfrei zu stellenden sächlichen Existenzminima und der entsprechenden einkommensteuerlichen Freibeträge (in €)

	Allein- stehende	Ehepaare	Kinder
Regelsatz	4 140	7 464	2 676
Kosten der Unter- kunft	2 364	4020	804
Heizkosten	636	792	168
sächliches Exis- tenzminimum	7 140	12 276	3 648
steuerlicher Freibetrag	7 664¹	15 329	3 648¹

1 Grundfreibetrag für Alleinstehende: vgl. Haushaltsbegleitgesetz 2004 vom 29. Dezember 2003, BGBI. I S. 3076; Freibetrag für das sächliche Existenzminimum eines Kindes: val. Zweites Gesetz zur Familienförderung vom 16. August 2001, BGBL LS, 2074.

Die vorgenannten Existenzminima stellen statistisch belegte Mindestbeträge dar. Höhere steuerliche Freibeträge sind im Wege politischer Entscheidungen möglich. Für zusammen veranlagte Ehepaare ergibt sich die Freibetragshöhe aus § 32a Abs. 5 EStG.

**6.2** Die steuerliche Freistellung eines Einkommensbetrags in Höhe des sächlichen Existenzminimums zuzüglich des Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarfs eines Kindes wird im Rahmen des Familienleistungsausgleichs entweder durch die Freibeträge nach § 32 Abs. 6 EStG oder durch das als Steuervergütung monatlich vorab gezahlte Kindergeld bewirkt (vgl. § 31 EStG). Die Summe der steuerlichen Freibeträge beträgt derzeit für ein Kind jährlich 5808 € (vgl. Übersicht 4).

## Übersicht 4: Freibeträge für das sächliche Existenzminimum sowie den Betreuungs- und Erziehungsoder Ausbildungsbedarf eines Kindes (in €)

Summe der steuerlichen Freibeträge	5 808
Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf	2 160
Freibetrag für das sächliche Existenzminimum	3 648

6.3 Abschließend kann festgestellt werden, dass mit den geltenden steuerlichen Freibeträgen auch im Jahr 2008 den verfassungsrechtlichen Anforderungen hinsichtlich der steuerfrei zu stellenden Existenzminima von Erwachsenen und Kindern entsprochen wird.

## Hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit durch moderate Lohnstückkosten

1	Einleitung	65
2	Entwicklung der Lohnkosten im internationalen Vergleich	66
3	Sind Niveauvergleiche von Lohnstückkosten und Arbeitskosten sinnvoll?	68
4	Ist eine fortdauernde Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit geeignet	
	für mehr Wachstum und Beschäftigung?	69
5	Resijmee	

- Moderate Arbeitskostenentwicklung und starker Produktivitätsfortschritt haben internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erheblich verbessert.
- Lohnstückkostenentwicklung verläuft moderater als in den meisten Konkurrenzländern.
- Daher konnten überdurchschnittlich starke außenwirtschaftliche Impulse die konjunkturelle Entwicklung in Zeiten binnenwirtschaftlicher Schwäche stabilisieren.
- Niveauvergleiche von Arbeitskosten und Lohnstückkosten sind fachlich sehr umstritten.

#### 1 Einleitung

Die deutsche Exportwirtschaft war nicht nur Impulsgeber für den Aufschwung in Deutschland, sondern boomt weiterhin neben der mittlerweile auch erstarkten Inlandsnachfrage. Dabei profitierten deutsche Exporteure viel mehr von der seit nun bereits drei Jahren außerordentlich robusten weltwirtschaftlichen Dynamik als die meisten anderen Industrieländer. Deshalb sind in den letzten Jahren die deutschen Exporte stärker gestiegen als das Marktwachstum in den Handelspartnerländern, so dass die deutsche Wirtschaft ihre ohnehin hohen Marktanteile im Welthandel bei zunehmendem internationalem Wettbewerb gut verteidigen konnte (nach OECD-Angaben lag der Anteil der deutschen Exporte an den weltweiten Exporten im vergangenen Jahr mit 8,8 % auf Platz 2 hinter den USA mit 10,3 %).

Die Gründe für die Exporterfolge Deutschlands sind vielfältig: Sie sind zum einen im Produktsortiment der deutschen Exportwirtschaft und in der Regionalstruktur des weltwirtschaftlichen Wachstums begründet. Die deutschen Exporteure sind besonders wettbewerbsstark im Investitionsgüterbereich, und zwar durch hoch spezialisierte und qualitativ hochwertige Güter. Daher ist die deutsche Exportdynamik vor allem dann besonders kräftig, wenn – wie es in den letzten Jahren der Fall war – die weltwirtschaftliche Aufwärtsentwicklung von Ländern mit einer starken Investitionsdynamik getragen wird.

Neben der Güter- und Regionalstruktur schlagen zum anderen und in besonders starkem Maße Vorteile durch die Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zu Buche. Bereits seit Mitte der 90er Jahre ist die Lohnentwicklung in Deutschland durch ein hohes Maß an Zurückhaltung gekennzeichnet, die allerdings auch als Korrektur der Übersteigerungen im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung zu bewerten ist (schnelles Aufholen der ostdeutschen Löhne an westdeutsche Niveaus). Hierdurch hat sich die Wettbewerbsposition der deutschen Exportwirtschaft erheblich verbessert. Dies hat in der langen Phase der binnenwirtschaftlichen Schwäche in Deutschland stabilisierend gewirkt.

# 2 Entwicklung der Lohnkosten im internationalen Vergleich

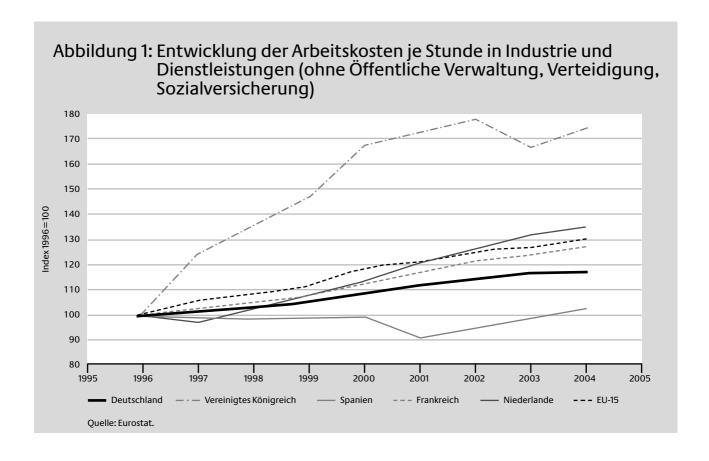
Die deutliche Verbesserung der Wettbewerbsposition Deutschlands zeigt die Entwicklung der Arbeitskosten im internationalen Vergleich. So sind die Arbeitskosten je Stunde in den für den internationalen Vergleich besonders relevanten Wirtschaftsbereichen Industrie und Dienstleistungen (ohne Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung) seit Mitte der 90er Jahre in Deutschland viel geringer angestiegen als in den meisten Ländern der EU (s. Abbildung 1).

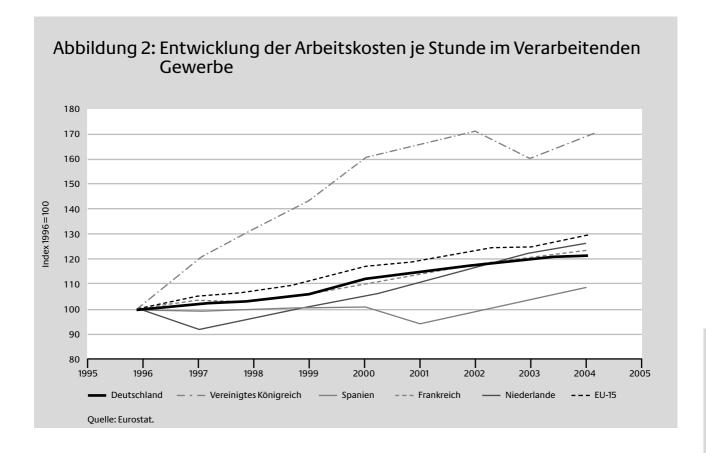
Das Verarbeitende Gewerbe muss sich dem internationalen Wettbewerb in besonderem Maße stellen. Auch in diesem Wirtschaftsbereich ist die Arbeitskostenentwicklung in Deutschland vergleichsweise moderat verlaufen (s. Abbildung 2, S. 67).

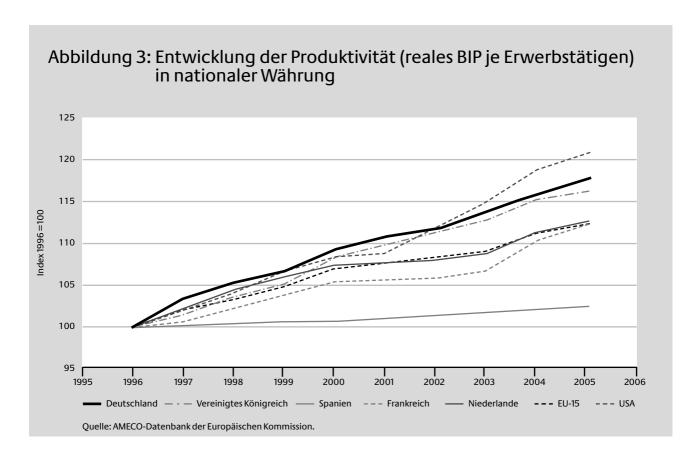
Die isolierte Betrachtung der Arbeitskosten greift unter Wettbewerbsgesichtspunkten aller-

dings viel zu kurz. Denn neben den Kosten, die der Faktor Arbeit verursacht, spielt auch eine Rolle, wie produktiv er ist. Daher muss auch die Produktivitätsentwicklung mit in den Blick genommen werden. Sie hat sich in Deutschland seit Mitte der 90er Jahre viel günstiger entwickelt als in den meisten anderen Industrieländern (s. Abbildung 3, S. 67).

Ein geeignetes Maß zur Beurteilung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ist daher die Entwicklung der Lohnstückkosten (Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer in Relation zum realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen), die den Produktivitätsfortschritt mit berücksichtigt. Die Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in der letzten Dekade tritt jetzt deutlich zu Tage. Die Lohnstückkostenentwicklung verlief im betrachteten Zeitraum in der Gesamtwirtschaft viel moderater als in den meisten Vergleichsländern (s. Abbildung 4, S. 68).







# 3 Sind Niveauvergleiche von Lohnstückkosten und Arbeitskosten sinnvoll?

Oft wird behauptet, in Deutschland sei das Niveau der Lohnkosten im Vergleich zu anderen Ländern, mit denen Deutschland im Wettbewerb steht, zu hoch. Die Folge seien Produktionsund Beschäftigungsverlagerungen ins Ausland (z.B. "Basarökonomie"-Behauptung von Prof. Sinn).

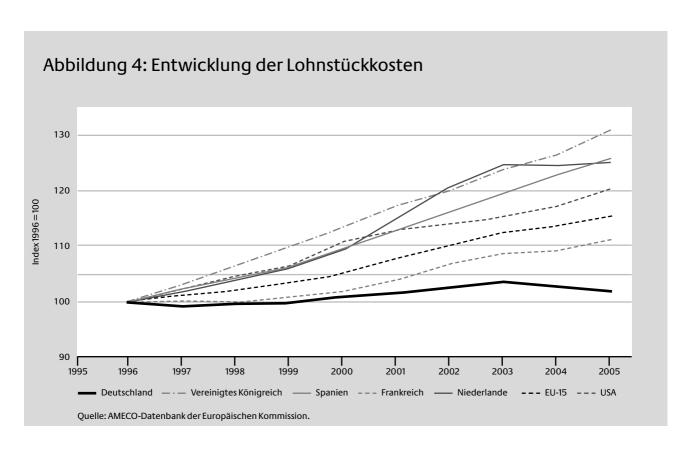
Niveauvergleiche mit anderen Ländern sind aber mit großen Vorbehalten versehen. Dies gilt sowohl für eine isolierte Betrachtung der Arbeitskosten als auch für den im Vergleich zu den reinen Arbeitskosten geeigneteren Lohnstückkosten.

Absolute Lohnstückkosten stellen im Prinzip nichts anderes dar als den Anteil der Entlohnung des Faktors Arbeit am Bruttoinlandsprodukt. Es handelt sich dabei um eine Art gesamtwirtschaftliche Lohnquote, nicht nur am Volkseinkommen, sondern am umfassenderen Bruttoinlandsprodukt gemessen. Die Höhe dieser Relation hängt im Wesentlichen von der Erwerbs-

tätigenstruktur (der Relation von Selbstständigen und Arbeitnehmern) und vom Steuer-/Transfersystem, insbesondere der Art der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme (Sozialversicherungsbeiträge versus Steuerfinanzierung), ab.

Ein vergleichsweise hohes Lohnstückkostenniveau ist keinesfalls per se als Wettbewerbsnachteil zu werten: Hochentwickelte Volkswirtschaften weisen typischerweise, im Gegensatz zu weniger stark entwickelten Volkswirtschaften, einen hohen Kostenanteil des Faktors Arbeit am gesamten Wertschöpfungsprozess aus. Eine hohe Lohnquote ist Ausdruck eines stark entwickelten arbeitsteiligen und damit effizienten Wirtschaftssystems. Deshalb ist auch der Anteil der Kosten des Faktors Arbeit am Bruttoinlandsprodukt in den USA deutlich höher, während er in Griechenland oder Portugal wesentlich niedriger liegt als in Deutschland. Die Relationen der Lohnstückkosten im internationalen Vergleich geben also lediglich einen Hinweis auf die relative Bedeutung der Lohnkosten im Produktionsprozess.

Noch problematischer sind Niveauvergleiche, die nur auf Arbeitskosten – noch dazu für einzelne Wirtschaftsbereiche – abstellen, da sie,



wie bereits ausgeführt, die zugrunde liegende Produktivität und damit auch die Rechtfertigung für eine bestimmte Höhe der Arbeitskosten vernachlässigen. Ein Vergleich der absoluten Arbeitskosten ist für die Beurteilung des "Standorts Deutschland" und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ungeeignet und irreführend.

Zuweilen wird der Blick auch nur auf die Arbeitskosten der Industrie gerichtet, weil Deutschland besonders bei industriellen Erzeugnissen im internationalen Wettbewerb steht. Diese Vorgehensweise kann zu Fehlschlüssen führen, weil hierdurch Vorleistungen anderer Wirtschaftsbereiche nicht berücksichtigt werden. Der in den meisten Industrieprodukten enthaltene Dienstleistungsanteil - wie Schulung, Wartung, Servicedienstleistungen etc. - muss berücksichtigt werden. Wird dies unterlassen, dann führt dies zu einer Überzeichnung des Lohnniveaus im internationalen Vergleich, weil die Lohnkosten für viele Dienstleistungen in Deutschland deutlich niedriger liegen als in anderen Ländern. Das gesamtwirtschaftliche Lohnniveau, mit dem solche Zusammenhänge erfasst werden, rangiert im Vergleich mit anderen Ländern in Deutschland im oberen Mittelfeld.

Unzulässig sind vor allem Niveauvergleiche der Lohnkosten von Ländern mit unterschiedlichen Währungen. Wegen der hohen Volatilität der bei Vergleichen (in einheitlicher Währung) zugrunde zu legenden Wechselkursrelationen können die Ergebnisse stark verzerrt werden. Im Zeitablauf kann sich dann auch die ermittelte Rangfolge mitunter schnell und nicht unerheblich ändern. Dieser Einwand gilt auch für Lohnstückkostenvergleiche.

# 4 Ist eine fortdauernde Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit geeignet für mehr Wachstum und Beschäftigung?

Oft scheint die wirtschaftspolitische Diskussion von der Vorstellung geprägt zu sein, dass eine fortwährende Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit – z.B. durch Lohnzurückhaltung – notwendig sei für mehr Wachstum und Beschäftigung, weil durch die Erzielung hoher Exportzuwächse die wirtschaftliche Entwicklung begünstigt würde. In der Diskussion entsteht oft der Eindruck, als sei die Erzielung möglichst hoher Exportzuwächse der Sinn des Wirtschaftens. Diese Auffassung ist kritisch zu hinterfragen.

Für eine nachhaltig günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung kommt es wesentlich auf die Inlandsnachfrage an. So war die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland in den letzten Jahren durch eine ausgeprägte, lang andauernde Schwäche der Binnenkonjunktur gekennzeichnet, trotz gleichzeitig starker außenwirtschaftlicher Impulse. Die Erwartungen eines Überspringens der außenwirtschaftlichen Impulse auf die Binnennachfrage waren lange Zeit enttäuscht worden. Starker Exportzuwachs durch hohe weltwirtschaftliche Dynamik und verbesserte Wettbewerbsfähigkeit sind keine hinreichende Bedingung für ein nachhaltig hohes Wirtschaftswachstum.

In den letzten Jahren standen den außenwirtschaftlichen Vorteilen, die die im Vergleich zu den anderen Ländern des Euroraums niedrigere deutsche Inflationsrate und die Lohnmoderation mit sich brachten, negative Wirkungen auf die Binnennachfrage gegenüber. Zum einen bedeutet die deutlich unterproportionale Preisentwicklung in Deutschland höhere Realzinsen in Relation zu den anderen Ländern des Euroraums, auch wenn sie absolut auf historisch niedrigem Niveau liegen. Der vergleichsweise höhere Realzins wirkt für sich genommen dämpfend auf die gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten. Stärker noch als durch höhere Realzinsen wird

die gesamtwirtschaftliche Aktivität zum anderen dadurch beeinträchtigt, dass das hohe Maß an Lohnmoderation die Kaufkraftzuwächse dämpft und damit die Entwicklung der Inlandsnachfrage belastet.

Gleichwohl muss allerdings berücksichtigt werden, dass die schwache Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte in den letzten Jahren auch auf die insgesamt angespannte Lage am Arbeitsmarkt zurückzuführen war. Lohnmoderation dämpft zwar einerseits die Kaufkraftzuwächse bzw. im Falle eines Reallohnrückgangs verringert sie die Kaufkraft. Andererseits erhöht sie aber für die Unternehmen den Anreiz, überhaupt zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen, und ist somit ein beschäftigungsförderndes Instrument. Welcher Effekt stärker war in den letzten Jahren, kann nicht mit Sicherheit beantwortet werden.

Die starke Lohnzurückhaltung und die hohe Arbeitslosigkeit bewirkten in den letzten Jahren in Deutschland eine drastische Verschiebung der funktionalen Einkommensverteilung zu Ungunsten des Faktors Arbeit bzw. zu Gunsten des Faktors Kapital. Die Verbesserung der Gewinnsituation der Unternehmen hat erst mit großer Verzögerung die Investitionstätigkeit im Inland angeregt. Gleichzeitig führte die gedämpfte Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte zu einer Beeinträchtigung der Entwicklung der verfügbaren Einkommen bzw. der Kaufkraft der privaten Haushalte und schwächte damit die Entwicklung des privaten Konsums.

Die kontraktiven Einflüsse von hoher Arbeitslosigkeit und Lohnmoderation wiegen wegen des bei weitem höheren Gewichts der Binnennachfrage im Verhältnis zum Außenbeitrag – stärker als die positiven Impulse von der Außenwirtschaft. Dies könnte erklären, warum der oft postulierte Zusammenhang - außenwirtschaftliche Impulse, Investitionen, Beschäftigung/Einkommen, privater Konsum - lockerer geworden ist und damit die Binnenkonjunktur in Deutschland - trotz starker Auslandsnachfrage lange Zeit zur Schwäche geneigt hat.

#### 5 Resümee

- -Niveauvergleiche von Arbeitskosten stellen den Wirtschaftsstandort Deutschland oft schlechter dar, als er tatsächlich ist. Der Vergleich der Arbeitskostenentwicklung ergibt ein viel günstigeres Bild. Gleichwohl ist allerdings die moderate Arbeitskostenentwicklung auch vor dem Hintergrund des Ausgangsniveaus zu sehen.
- Die relevante Größe für Analysen zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit sind die Lohnstückkosten, die die Produktivitätsentwicklung mit berücksichtigen. Die Lohnstückkostenentwicklung verläuft seit Mitte der 90er Jahre viel moderater als in den meisten Konkurrenzländern.
- Deshalb ist die Exportperformance sehr günstig. Die deutsche Exportwirtschaft konnte damit ihre Marktanteile bei zunehmendem internationalem Wettbewerb auf einem hohen Niveau sichern.
- Die Kehrseite der Medaille ist aber die seit Jahren schwache Inlandsnachfrage. Sie scheint sich - zumindest was die Investitionen anbelangt – in diesem Jahr deutlich zu beleben. Die chronische Schwäche des privaten Konsums ist gleichwohl noch nicht überwunden.

### Die Rolle des Zolls beim Schutz von Mensch und Umwelt

# Die Überwachung gesetzlicher Schutzvorschriften in Deutschland

1	Einführung	71
	Begriffsbestimmung	
	Zollamtliche Überwachung	
	Schutzbereiche	
	Rechtsgrundlagen	
	Vollzug der Schutzvorschriften und Zusammenarbeit mit anderen Behörden	
	Ausblick	

- Die deutsche Zollverwaltung leistet neben der Erhebung der Ein- und Ausfuhrabgaben einen wichtigen Beitrag zum Schutz von Mensch, Umwelt und Wirtschaft.
- Der Überwachung gesetzlicher Schutzvorschriften der so genannten "Verbote und Beschränkungen" kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.
- Der deutsche Zoll arbeitet hierbei eng mit anderen Bundes- und Landesbehörden sowie mit den Zollverwaltungen der anderen EU-Mitgliedstaaten zusammen.

## 1 Einführung

"Vogelgrippe gefährdet Geflügelwirtschaft", "Harter Schlag gegen Produktpiraten", "Drei Festnahmen nach Kokainschmuggel", "Erdnüsse mit Aflatoxinen belastet", "Verbotene Weichmacher im Baby-Spielzeug", "UNESCO fordert Schutz der Kulturgüter", "Soft-Air-Waffen sichergestellt"...

Oft finden sich unter diesen Schlagzeilen Berichte über die Tätigkeit des Zolls, denn immer stärker wird die Zollverwaltung in die Überwachung der Einhaltung von gesetzlichen Schutzvorschriften, im zöllnerischen Sprachgebrauch als "Verbote und Beschränkungen (VuB)" bezeichnet, einbezogen. Die Bekämpfung des Drogen- und Waffenschmuggels sowie des illegalen Handels mit seltenen Tier- und Pflanzenarten gehört schon lange zu den klassischen Tätigkeiten der Zöllner. Der Schutz der öffentlichen Ordnung und der Schutz gefährdeter Arten sind aber nur zwei Bereiche, in denen eine besondere Überwachung des grenzüberschrei-

tenden Warenverkehrs stattfindet. Fortlaufend treten neue gesetzliche Schutzvorschriften in Kraft, welche die Zuständigkeiten der Zollbehörden erweitern.

#### 2 Begriffsbestimmung

Verbote und Beschränkungen für den Warenverkehr über die Grenze sind alle gemeinschaftsrechtlichen und nationalen Vorschriften, die das Verbringen von Waren in den, durch den und aus dem Geltungsbereich des Zollverwaltungsgesetzes verbieten oder beschränken. Diese Regelungen sind aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, zum Schutze der Gesundheit und des Lebens von Menschen ("Verbraucherschutz"), von Tieren und Pflanzen, zum Schutz der Umwelt, gegen die Abwanderung von Kulturgütern oder zum Schutz des gewerblichen und kommerziellen Eigentums erlassen worden und greifen zu diesem Zweck in den freien Warenverkehr ein.

# 3 Zollamtliche Überwachung

Das Zollverwaltungsgesetz (§ 1 Absatz 3 ZVG) weist der Zollverwaltung die Aufgabe zu, die Einhaltung der VuB zu sichern. Die zollamtliche Überwachung des Warenverkehrs – die primär der Erhebung der Ein- und Ausfuhrabgaben und der Einhaltung des Zollrechts dient – gewährleistet somit auch, dass die auf nationaler, europäischer oder internationaler Ebene als schützenswert erachteten Rechtsgüter durch den Außenhandel nicht gefährdet oder beeinträchtigt werden.

Die originäre Zuständigkeit für die Überwachung der VuB liegt in aller Regel bei Behörden der Länder, wobei die VuB-Rechtsvorschriften die Zollverwaltung in den Vollzug mit einbinden. Diese Aufgabenzuweisung ist international üblich und sinnvoll, weil der grenzüberschreitende Warenverkehr nur auf den von den Zollbehörden bezeichneten Verkehrswegen und über die von ihnen zugelassenen Orte stattfinden darf. Damit wird erreicht, dass die ein- und auszuführenden Waren in vollem Unfang den auf sie anzuwendenden Rechtsvorschriften unterworfen werden können. Eine Beeinträchtigung des inländischen oder mit anderen Staaten vereinbarten Schutzniveaus durch Im- oder Exportwaren wird somit verhindert.

In besonderen Bereichen wird der grenzüberschreitende Warenstrom noch weiter kanalisiert, indem er nur über besonders befugte Zollstellen geleitet wird. Solche Zollstellen gibt es zum Beispiel auf dem Gebiet des Artenschutzes, des sanitären Pflanzenschutzes oder im Tierseuchenrecht. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass der erforderliche fachspezifische Sachverstand (z. B. bei der Bestimmung von Tierund Pflanzenarten) bei den Zollkontrollen zur Verfügung steht oder durch die enge Zusammenarbeit dieser Zollstelle mit der jeweiligen Fachbehörde (z. B. der tierseuchenrechtlichen Grenzkontrollstelle) garantiert wird.

#### 3.1 Schutzbereiche

Einen beispielhaften, nicht abschließenden Überblick über die Vielzahl der geschützten Rechtsgüter gibt die nachfolgende Tabelle: Durch risikoorientierte Prüfungen der Angaben in den Zollanmeldungen sowie der die Sendungen begleitenden Unterlagen und durch gezielte Kontrollen der Waren filtern die Zollstellen aus den Import- und Exportwarenströmen

Schutzbereich	Rechtsgebiete	Warenkreis <b>(Beispiele)</b>	
Öffentliche Ordnung	Waffenrecht	Schusswaffen, Munition, Messer, Nun-Chakus, Reizstoffgeräte	
	Kriegswaffenrecht	Kampffahrzeuge, ABC-Kampfmittel, automatische Waffen, Waffensysteme	
	Sprengstoffrecht	Explosivstoffe, Feuerwerkskörper	
	Jugendschutzrecht	Schriften, Ton-, Bild- und Datenträger mit pornografischem oder Gewalt verherrlichendem Inhalt	
	Staats- und Verfassungsschutzrecht	NS-Propagandamittel, Waren (z.B. Uniformmützen) mit Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	
Umwelt	Abfallrecht	Schrott, Altkleider und -schuhe, Rückstände au der Müllverbrennung, Hausmüll	
	Chemikalienrecht	Ozonschadstoffe, gefährliche Industrie- und Haushaltschemikalien	
enschliche Gesundheit	Arzneimittelrecht	Arzneimittel, pharmazeutische Wirkstoffe, Dopingpräparate	
	Betäubungsmittelrecht	Heroin, LSD, Kokain, Marihuana, Amphetamine Grundstoffe zu deren Herstellung	
	Produktsicherheitsrecht	Spielzeug, Elektrogeräte	
	Lebensmittelrecht	tierische und pflanzliche Lebensmittel, Milch- und Milcherzeugnisse, Wein, Fisch	
Tierwelt	Futtermittelrecht	Fisch- und Tiermehl, Sojaschrot, Mischfuttermittel	
	Tierseuchenrecht	Heimtiere, Nutz-, Zucht- und Schlachttiere, Erzeugnisse tierischen Ursprungs	
	Tierschutzrecht	lebende Tiere	
Pflanzenwelt	Artenschutzrecht	seltene Pflanzen und Tiere sowie daraus hergestellte Waren (z. B. Lederwaren)	
	Saatgutrecht	Samen, Pflanzgut und Vermehrungsmaterial	
	Sanitäres Pflanzenschutzrecht	Pflanzen, Pflanzenerzeugnisse, Verpackungsholz	
Gewerblicher Rechtsschutz <sup>1</sup>	Recht zum Schutz des geistigen Eigentums	alle Waren, für die Marken-, Patent-, Geschmacksmuster- und Urheberrechte gelter gemacht werden	
	Abkommen und Verträge zum Schutz geografischer Herkunftsangaben	Lebensmittel aus bestimmten Ländern, kubanische Zigarren	
Weitere Bereiche	Kulturgutrecht	archäologische Gegenstände, Sammlungsstücke, Kunstwerke, Archive	
	Rechtsvorschriften zum ökologischen Landbau	Erzeugnisse aus ökologischem Landbau mit entsprechender Kennzeichnung	
	Textilkennzeichnungsgesetz	textile Bekleidung, Vor- und Halberzeugnisse	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Siehe Monatsbericht des BMF, Februar 2006, S. 87 ff.

die Sendungen heraus, die den oben genannten VuB-Vorschriften unterliegen. Dies gilt sowohl im gewerblichen Warenverkehr als auch bei nicht kommerziellen Ein- und Ausfuhren im Post- und Reiseverkehr.

Stellt der Zoll oder die zuständige Fachbehörde einen Verstoß gegen die VuB-Vorschriften fest, können die betroffenen Waren sichergestellt oder vernichtet werden. Bußgeld- oder strafrechtliche Verfolgungsmaßnahmen können sich anschließen.

#### 3.2 Rechtsgrundlagen

Rechtsgrundlagen für Verbote und Beschränkungen finden sich auf völkerrechtlicher Ebene (internationale und zwischenstaatliche Abkommen und Verträge), im Gemeinschaftsrecht (Verordnungen, Entscheidungen und Richtlinien der Europäischen Union) und auf nationaler Ebene (Gesetze und Verordnungen).

Im Zuge der Schaffung eines europäischen Binnenmarktes und der damit verbundenen Harmonisierung der Rechtsvorschriften verlagert sich die Gesetzgebungskompetenz auch im Bereich der VuB immer mehr zum Europäischen Parlament, zum Rat und zur Kommission der Europäischen Union. So sind inzwischen in vielen VuB-Bereichen gemeinschaftsrechtliche Verordnungen unmittelbar anzuwenden. Als Beispiele aus dem Verbraucherschutz seien hier die Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 des Rates über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel und die Verordnung (EWG) Nr. 339/93 des Rates über die Kontrolle der Übereinstimmung von aus Drittländern eingeführten Erzeugnissen mit den geltenden Produktsicherheitsvorschriften genannt.

Darüber hinaus beeinflusst die EU durch harmonisierende Richtlinien und Entscheidungen die Rechtslage ihrer Mitgliedstaaten. So sorgt z.B. die Richtlinie 2002/29/EG des Rates dafür, dass die Mitgliedstaaten einheitliche Vorschriften gegen die Einschleppung von Pflanzenschädlingen in die Gemeinschaft erlassen. Deutschland ist dieser Verpflichtung u.a. mit dem Erlass der Pflanzenbeschauverordnung nachgekommen. Diese schreibt vor, dass unter-

suchungspflichtige Pflanzen nur über Zollstellen eingeführt werden dürfen, bei denen der Pflanzenschutzdienst des zuständigen Bundeslandes eine Pflanzengesundheitskontrolle durchführt. Im vergangenen Jahr haben die Medien öfter über eine Reihe von Entscheidungen der Kommission der Europäischen Union berichtet, die die Ausbreitung der Vogelgrippe verhindern sollen. Diese Entscheidungen untersagen die Einfuhr bestimmter Waren (z. B. lebende Vögel, Geflügelfleisch, Eier, Federn) und mussten von den tierseuchenrechtlich zuständigen Behörden aller Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene umgesetzt werden.

Im Bereich der öffentlichen Ordnung liegt die Gesetzgebungskompetenz dagegen überwiegend noch bei den Mitgliedstaaten. So werden der Umgang und der grenzüberschreitende Verkehr mit Waffen und Sprengstoff durch das deutsche Waffen- bzw. Sprengstoffgesetz geregelt. Eine Besonderheit existiert zum Schutz vor "Kampfhunden", bei denen über ein entsprechendes Bundesgesetz die nach den Gesetzen der Länder als "gefährlich" eingestuften Hunde ebenfalls den VuB unterworfen werden.



#### 3.3 Vollzug der Schutzvorschriften und Zusammenarbeit mit anderen Behörden

Die Zollverwaltung ist bei ihrer Mitwirkung im VuB-Bereich Partner einer Vielzahl unterschiedlicher Bundes- und Landesbehörden. Bedingt durch die föderale Struktur Deutschlands kann sie nur in wenigen Fällen mit zentralen, flächendeckend zuständigen Bundesbehörden zusammenarbeiten. Dies ist unter anderem der Fall bei der Einstufung von verbotenen Waffen nach dem Waffengesetz (Bundeskriminalamt) oder bei Genehmigungen für die Ein-, Aus- oder Durchfuhr von Grundstoffen, die für die Herstellung von Chemiewaffen verwendet werden könnten (Bundesausfuhramt).

Regelmäßig obliegt der Vollzug der VuB-Vorschriften jedoch den Länderverwaltungen mit ihren unterschiedlichen Strukturen und Organisationsabläufen. Als Beispiel sei hier das Tierseuchenrecht erwähnt. Hier zeigen die aktuellen Erfahrungen, die bei der Durchsetzung der im Zusammenhang mit der Vogelgrippe erlassenen Einfuhrverbote gemacht wurden, dass in den Bundesländern unterschiedliche Vorgaben existieren und auch die Ahndung von Verstößen nicht immer einheitlich erfolgt.

Nur in wenigen Bereichen ist der Vollzug der VuB-Regelungen weitgehend den Behörden der Zollverwaltung übertragen worden. So erfolgt die sog. "Grenzbeschlagnahme" im Bereich der Produkt- und Markenpiraterie unmittelbar durch die überwachende Zollstelle. Die Zentralstelle Gewerblicher Rechtsschutz der Oberfinanzdirektion Nürnberg entscheidet über die vorausgehenden Anträge der Inhaber gewerblicher Schutzrechte. Sie koordiniert das Vorgehen der deutschen Zollstellen auf diesem Gebiet und arbeitet eng mit den Zollverwaltungen der anderen EU-Mitgliedstaaten zusammen. Auch bei der Überwachung des Verkehrs mit Grundstoffen, die für die unerlaubte Herstellung von Betäubungsmitteln missbraucht werden können, wird eine Behörde der Zollverwaltung (Zollkriminalamt) als zentrale Koordinierungsstelle tätig. Es liegt auf der Hand, dass der Vollzug gesetzlicher Regelungen durch Behörden innerhalb eines einzigen Verwaltungszweiges effizienter erfolgen kann als durch Behörden unterschiedlicher Verwaltungen.

#### 4 Ausblick

Wie nur wenig andere Bereiche des gesetzgeberischen Handelns unterliegt der VuB-Bereich ständigen Veränderungen. Neue Gefahren (in jüngster Zeit die Vogelgrippe oder die Gentechnologie) haben häufig weitere Gesetze oder Gesetzesreformen zur Folge. In den letzten Jahren hat insbesondere im Chemikalienbereich eine stetige Ausweitung des von der Zollverwaltung besonders zu überwachenden Warenkreises stattgefunden. Mit der in den Medien viel zitierten REACH-VO (Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien), die frühestens im Jahr 2007 in Kraft treten und sodann das europäische Chemikalienrecht reformieren wird, kommen erneut weitgehende Änderungen des Überwachungsbereichs auf die Zollverwaltung zu.

Die weltweite Reduzierung der Zollsätze und die fortschreitende Globalisierung des Handels werden die finanz- und wirtschaftspolitischen Motive der zollamtlichen Überwachung weiter in den Hintergrund treten lassen. Das Schutzbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinschaft – und damit die Bedeutung der VuB für die europäischen Zollverwaltungen – wird aber auch künftig zunehmen.

SEITE 76



## Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	80
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	103
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	107

## Statistiken und Dokumentationen

Übe	ersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	80
1	Kreditmarktmittel nach Eingliederung der Sondervermögen	80
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2005 bis 2010	81
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010	82
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen Soll 2006	
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007	88
7	Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007	90
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	92
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	93
10	Entwicklung der Staatsquote	94
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	95
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	96
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	97
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	98
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	99
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	100
17	Staatsquote im internationalen Vergleich	101
18	Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006	102
Übe	ersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	103
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2006 im Vergleich zum Jahressoll 2006	103
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2006	
3	Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und	00
J	der Länder bis September 2006	104
4	Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2006	
Ken	ınzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	107
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	
4	Einkommensverteilung	
5	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	
7	Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern	
9	Entwicklung von DAX und Dow Jones	
10	Übersicht Weltfinanzmärkte	
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	114
11	(BIP, Verbraucherpreise, Arbeitslosenquote)	115
12	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	113
14	(Haushaltssaldo, Staatsschuldenquote, Leistungsbilanzsaldo)	110
	(Haushanssando, Staatssenundenquote, Leistungsbilanzsando)	10

## Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

#### 1 Kreditmarktmittel nach Eingliederung der Sondervermögen<sup>1</sup>

#### I. Schuldenart

Kredite aus Wertpapierpensionsgeschäften  Gesamte umlaufende Schuld	925 966	0	0	936 776
Medium Term Notes Treuhand	266	0	26	240
Schuldscheindarlehen	25 540	34	372	25 201
Finanzierungsschätze	2 751	215	80	2 887
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 659	5 897	5 915	35 642
Bundesschatzanweisungen	111 000	6 000	0	117 000
Bundesschatzbriefe	10 252	94	39	10 307
Bundesobligationen	176 949	5 000	0	181 949
Anleihen	563 550	0	0	563 550
	Stand: 30. September 2006 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 31. Oktober 2006 Mio. €

#### II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 30. September 2006 Mio. €	Stand: 31. Oktober 2006² Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	171 958	176 024
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	288 083	306 807
langfristig (mehr als 4 Jahre)	465 926	453 945
Gesamte umlaufende Schuld	925 966	936 776

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Vorläufig.

## 2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2006 in Mrd. €	Belegung am 30. September 2006 in Mrd. €	Belegung am 30. September 2005 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	107,7	105,9
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirt- schaftsbereich einschließlich Mitfinanzie- rung bilateraler FZ-Vorhaben	42,0	29,3	27,8
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,9	61,7	62,1

#### 3 Bundeshaushalt 2005 bis 2010 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	lst	Soll	Reg.		Finanzplanung	
	Mrd.€	Mrd.€	Entwurf Mrd. €	Mrd.€	Mrd.€	Mrd.
1. Ausgaben	259,8	261,1	267,6	274,3	274,9	276,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,3	0,7	2,3	2,5	0,2	0,
2. Einnahmen	228,4	223,2	245,4	252,6	253,7	256,
Veränderung gegen Vorjahr in % darunter:	7,8	- 2,3	9,9	2,9	0,4	0,9
Steuereinnahmen	190,1	194,0	214,5	218,2	226,0	231,
Veränderung gegen Vorjahr in %	1,7	2,0	10,6	1,7	3,6	2,
3. Finanzierungssaldo	- 31,4	- 38,4	- 22,2	- 21,7	- 21,2	- 20,
in % der Ausgaben	12,1	14,7	8,3	7,9	7,7	7,
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme (–) <sup>1</sup>	224,0	230,2	237,8	242,5	242,0	239,
5. sonstige Einnahmen und haushalterische						
Umbuchungen	0,2	3,6				
6. Tilgungen (+)²	193,0	195,8	215,9	221,1	221,0	219,
7. Nettokreditaufnahme	- 31,2	- 38,2	- 22,0	- 21,5	- 21,0	- 20,
8. Münzeinnahmen	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,
nachrichtlich:	- 31,4	- 38,4	- 22,2	- 21,7	- 21,2	- 20,
Investive Ausgaben	23,8	23,2	23,5	23,4	23,6	23,
Veränderung gegen Vorjahr in %	6,2	- 2,3	1,4	- 0,5	0,8	- 1,
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,7	2,9	3,5	3,5	3,5	3,

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Juli 2006

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Inkl. Eigenbestandsveränderung.

# 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

Ausgabeart	2005 Ist	2006 Soll	2007 RegEntw.	2008	2009 Finanzplanung	2010
	Mio.€	Mio. €	Mio. €	Mio.€	Mio.€	Mio. €
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 372	26 237	26 209	26 127	26 179	26 168
Aktivitätsbezüge	19891	19819	19 765	19617	19611	1952
Ziviler Bereich	8 5 3 7	8 523	8 5 5 4	8 593	8 624	8 64
Militärischer Bereich	11353	11 296	11 211	11 024	10987	10880
Versorgung	6481	6418	6 443	6510	6 5 6 8	6 6 4 2
Ziviler Bereich	2 434	2337	2 320	2 3 0 3	2 290	2 28:
Militärischer Bereich	4047	4081	4124	4207	4278	435
Laufender Sachaufwand	17 712	17 990	18 632	18 783	19 030	19 383
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 596	1 474	1518	1 497	1 509	151
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7992	8 426	8 746	9 2 5 9	9 604	9 98
Sonstiger laufender Sachaufwand	8124	8 090	8 3 6 8	8 0 2 7	7917	7 880
Zinsausgaben	37 371	37 557	39 235	41 498	42 488	44 778
an andere Bereiche	37371 37371	37 557	39 235 39 235	41 498 41 498	42 488 42 488	44 778
Sonstige	42	37 557 42	39 235	41 498	42 488	44 778
für Ausgleichsforderungen an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37326	37513	39 190	41 454	42 445	44 73!
an Ausland	37 320	2	4	2	2	44 73
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	154 274	156 896	159 730	163 834	162 802	163 00
an Verwaltungen	13921	13 759	12 320	12 477	12 833	12 70
Länder	8381	8 2 8 9	6 692	6 5 7 3	6 585	641
Gemeinden	66	39	26	24	22	20
Sondervermögen	5 473	5 430	5 601	5 8 7 9	6 2 2 5	626
Zweckverbände	2	1	1	1	1	
an andere Bereiche	140 353	143 137	147 410	151 357	149 969	150 30
Unternehmen	13 474	16 649	18 661	23 741	23 863	23 632
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	32 747	30386	27 841	27 112	25 225	24899
an Sozialversicherung	90219	92 079	96 691	96 271	96 648	97 534
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	767	801	832	825	817	81
an Ausland	3 140	3 2 1 7	3 380	3 403	3 411	3 41
an Sonstige	5	5	5	5	5	
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	235 728	238 680	243 806	250 242	250 499	253 33!
Ausgaben der Kapitalrechnung <sup>1</sup>						
Sachinvestitionen	7 246	6 945	6 689	6 730	6 750	6 64
Baumaßnahmen	5 7 7 9	5 487	5 179	5 290	5 3 2 5	5 232
Erwerb von beweglichen Sachen	961	922	1 005	945	937	928
Grunderwerb	506	536	505	495	488	48
Vermögensübertragungen	12 977	13 073	13 799	13 721	13 332	13 02
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12617	12 679	13 429	13 366	12 998	12 70
an Verwaltungen	5 587 5 527	5 540 5 459	5 831 5 759	5 272 5 201	5 243 5 161	488
Länder Gemeinden und Gemeindeverbände	5527 60	5 459 74	5 759	5 20 I 65	77	4 79! 82
Sondervermögen	- 60	6	6	6	6	8.
an andere Bereiche	7030	7139	7 598	8 094	7 755	7 824
Sonstige – Inland	4933	4989	5 3 0 8	5716	5334	5370
Ausland	2 0 9 6	2 150	2 290	2378	2 421	2 454
	360	395	370	355	333	320
Sonstide vermodenslibertradiinden	500				333	320
Sonstige Vermögensübertragungen an andere Bereiche	360	395	370			
an andere Bereiche	360 -0	395 -	370	355 -	-	320
	360 -0 160	395 - 175		- 155	- 148	145

# 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

Ausgaben zusammen	259 849	261 600	267 600	274 300	274 900	276 80
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	- 699	- 119	278	463	- 164
<sup>1</sup> Darunter: Investive Ausgaben	23 761	23 225	23 543	23 425	23 604	23 30
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung <sup>1</sup>	24 121	23 619	23 913	23 779	23 938	23 628
Ausland	558	588	633	759	874	74
Inland	0	0	28	16	13	1
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	588	661	775	888	76
Ausland	882	984	1 096	1 140	1145	134
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 505	1 991	1 668	1413	1823	184
Sozialversicherungen	900					
an andere Bereiche	3 287	2974	2 764	2 553	2968	319
Länder	53	38	1	1	1	
an Verwaltungen	53	38	1	1	1	
Darlehensgewährung	3 3 4 0	3 0 1 3	2 765	2 554	2969	3 19
Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 899	3 601	3 425	3 329	3 856	3 95
Darlehensgewährung, Erwerb von						
	Mio.€	Mio.€	Mio.€	Mio.€	Mio.€	Mio.
	130	3011	RegLiitw.		anzplanding	
Ausgabeait	lst	Soll	RegEntw.		anzplanung	201
Ausgabeart	2005	2006	2007	2008	2009	2010

# 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2006

– in Mio. € –

Auso	gabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüsse
<b>0</b>	Allgemeine Dienste Politische Führung und zentrale	49 037	44 206	23 760	14 355	-	6 09
٠.	Verwaltung	7 629	7 3 4 3	3 748	1226	_	236
02	Auswärtige Angelegenheiten	6514	3 066	445	165	_	2 45
	Verteidigung	28 229	27778	15 335	11 637	_	80
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 950	2 609	1 801	706	_	10
05	Rechtsschutz	334	318	220	82	_	1
06	Finanzverwaltung	3 381	3 092	2 2 1 0	539	-	34
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle						
	Angelegenheiten	13 118	9 355	452	657	_	8 24
13	Hochschulen	2 272	1 278	7	4	-	1 26
14	Förderung von Schülern, Studenten	1 505	1 505	-	-	-	1 50
15 16	Sonstiges Bildungswesen Wissenschaft, Forschung, Entwicklung	498	436	9	62	-	36
10	außerhalb der Hochschulen	7 3 2 0	5 659	436	584	_	463
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion1	1 522	477	1	7	_	47
2	Soziale Sicherung, soziale	. 322			·		
22	Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung Sozialversicherung einschl.	134 757	133 959	194	545	-	133 22
	Arbeitslosenversicherung Familien-, Sozialhilfe, Förderung der	90 762	90 762	35	0	-	9072
	Wohlfahrtspflege u. Ä. Soziale Leistungen für Folgen von Krieg	5 160	5 159	-	-	-	5 1 5
	und politischen Ereignissen	3 409	3 193	_	146	-	3 04
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	34 158	34025	45	339	-	33 64
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	105	105	_	-	-	10
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 164	715	114	59	-	54
<b>3</b> 31	<b>Gesundheit und Sport</b> Einrichtungen und Maßnahmen des	919	682	224	236		22
	Gesundheitswesens	362	310	124	137	-	4
	Krankenhäuser und Heilstätten	_	-	_	-	-	
	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	362	310	124	137	-	4
	Sport	108	83	_	2	-	8
33	Umwelt- und Naturschutz Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	186	150	64	45	-	4 5
34 <b>4</b>	Wohnungswesen, Städtebau, Raum-	263	139	37	53		5
	ordnung und kommunale						
	Gemeinschaftsdienste	1 983	782	2	4	-	77
	Wohnungswesen	1 444	779	-	3	-	77
42	Raumordnung, Landesplanung,	_					
42	Vermessungswesen	1	1	-	1	-	
	Kommunale Gemeinschaftsdienste	4	2	2	-	-	
	Städtebauförderung	534	-	-	-		
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	997	529	27	131	_	37
52	Verbesserung der Agrarstruktur	632	244	-	1	_	24
	Einkommensstabilisierende	032	244	_	'	-	24
	Maßnahmen	125	125	_	53	_	7
533	Gasölverbilligung	-	-	_	-	_	
	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	125	125	_	53	_	7
	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	241	160	27	77	_	5

# 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2006

– in Mio. € –

Aus	gabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
<b>0</b> 01	Allgemeine Dienste Politische Führung und zentrale	986	1 891	1 954	4 831	4 796
O1	Verwaltung	283	3	0	286	286
02	Auswärtige Angelegenheiten	48	1672	1729	3 449	3 447
	Verteidigung	296	97	58	451	418
	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	222	119	_	341	341
	Rechtsschutz	16	_	_	16	16
06	Finanzverwaltung	121	1	166	289	289
1	Bildungswesen, Wissenschaft,					
	Forschung, kulturelle	145	3 618	_	3 763	3 763
	Angelegenheiten	1	993	_	994	994
13	Hochschulen	-	-	_	-	-
14 15	Förderung von Schülern, Studenten Sonstiges Bildungswesen	0	62	_	63	63
15 16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung	140	1521	_	1661	1661
10	außerhalb der Hochschulen					
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	4	1041	-	1045	1045
2	Soziale Sicherung, soziale					
	Kriegsfolgeaufgaben,	11	787	1	799	463
22	Wiedergutmachung	•••		•	.55	405
22	Sozialversicherung einschl.	_	_	_	_	_
23	Arbeitslosenversicherung Familien-, Sozialhilfe, Förderung der					
23	Wohlfahrtspflege u. Ä.	_	1	_	1	1
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg					
	und politischen Ereignissen	2	214	1	217	6
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	127	-	133	8
	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	_
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	445	-	449	449
3	Gesundheit und Sport	164	73	-	237	237
31	Einrichtungen und Maßnahmen des					
212	Gesundheitswesens	40	12	-	52	52
	Krankenhäuser und Heilstätten	- 40	- 13	-	- 52	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31 Sport	40	12 25	_	52 25	52 25
33	Umwelt- und Naturschutz	- 6	30	<u>-</u>	36	36
34		118	7	_	124	124
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raum-				<del>,-</del> ·	
	ordnung und kommunale					
	Gemeinschaftsdienste	=	1196	5	1201	1201
41	Wohnungswesen	-	660	5	664	664
42	3.					
12	Vermessungswesen Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	-	_	-	_
43 44	Städtebauförderung	-	2 534	_	2 534	2 534
5	Ernährung, Landwirtschaft und					
	Forsten	36	432	2	469	469
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	388	1	388	388
53	Einkommensstabilisierende					
	Maßnahmen	-	-	-	-	_
	Gasölverbilligung	-	-	-	-	_
	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	-	-	-	_
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	36	44	1	81	81

# 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
6 Energie- und Wasserwirtschaft,						
Gewerbe, Dienstleistungen	5 118	3 269	46	360	-	2 863
62 Energie- und Wasserwirtschaft,	400	420		204		225
Kulturbau	489	438	_	204	-	235
621 Kernenergie	223	223	-	-	-	223
622 Erneuerbare Energieformen	39	13	-	4	-	9
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	226	202	_	199	_	3
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe				_		
und Baugewerbe	2 2 1 5	2 195	_	5	-	2 190
64 Handel	100	100	_	54	-	46
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	692	65	_	12	_	52
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 623	471	46	85	_	340
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 728	3 634	973	2 010	-	650
72 Straßen	6911	958	-	848	-	110
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung						
der Schifffahrt	1 509	779	467	246	-	65
74 Eisenbahnen und öffentlicher						
Personennahverkehr	337	4	_	-	-	4
75 Luftfahrt	203	202	45	16	-	141
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 768	1 691	461	900	-	330
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemei- nes Grund- und Kapitalvermögen,						
Sondervermögen	10 762	7 128	_	19	_	7 109
81 Wirtschaftsunternehmen	5321	1687	_	19	_	1 668
832 Eisenbahnen	3 473	83	_	5	_	78
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	1848	1 604	_	14	_	1 590
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermö-	1 0-10	1004	_	1-4	_	1 390
gen, Sondervermögen	5 441	5 441	_	_	_	5 441
873 Sondervermögen	5 421	5 421	_	_	_	5 421
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	20	20	_	_		20
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	40 180	40 261	530	314	39 235	182
91 Steuern und allgemeine Finanz-						
zuweisungen	218	180	_		_	180
92 Schulden	39 275	39 275		40	39 235	-
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	687	806	530	274		2
Summe aller Hauptfunktionen	267 600	243 806	26 209	18 632	39 235	159 730

# 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2006

– in Mio. € –

Aus	gabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	698	1 150	1 849	1 849
62	Energie- und Wasserwirtschaft,		636	1 150	1 045	1 049
02	Kulturbau	_	51	_	51	51
621	Kernenergie	_	-	_	_	-
	Erneuerbare Energieformen	_	26	_	26	26
	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	_	25	_	25	25
63	Bergbau und verarbeitendes Gewerbe					
	und Baugewerbe	_	20	_	20	20
64	Handel	_	_	_	_	_
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	_	627	_	627	627
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	-	1 150	1 151	1 151
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 346	1 748	0	7 094	7 094
	Straßen	4 5 4 6	1 407	_	5 953	5 953
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung					
	der Schifffahrt	730	-	-	730	730
74	Eisenbahnen und öffentlicher					
	Personennahverkehr	-	333	-	333	333
	Luftfahrt	1	_	0	1	1
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	69	8	-	77	77
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemei-					
	nes Grund- und Kapitalvermögen,					
01	Sondervermögen	=	3 3 1 9	314	3 634	3 634
	Wirtschaftsunternehmen Eisenbahnen	_	3319 3113	314 277	3 634 3 389	3 634 3 389
	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	_	206		3 389 244	3 389 244
	Allgemeines Grund- und Kapitalvermö-	_	206	38	244	244
01	gen, Sondervermögen	_	_	_		_
272	Sondervermögen	_	_	_	_	_
	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	_	_	_	_	_
9	Allgemeine Finanzwirtschaft		38	_	38	38
_	Steuern und allgemeine Finanz-	_	36	_	30	36
٥,	zuweisungen	_	38	_	38	38
92	Schulden	_	-	_	-	-
	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	_	_	-
Sur	nme aller Hauptfunktionen	6 689	13 799	3 425	23 913	23 543

#### 6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1998	1999
					Ist-Ergebni	sse			
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	233,6	246,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1		- 1,4	3,4	5,7
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	204,7	220,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	•	- 1,5	5,8	7,8
Finanzierungssaldo darunter:	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 28,9	- 26,2
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2		0,2	-	0,2	-	0,
Deckung kassenmäßiger	wird.e		- 1,2						
Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	_	_	_	_	_	_	
II. Finanzwirtschaftliche									
Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,7	27,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,7	1,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,4	10,9
Anteil an den Personalausgaben			,	,	,	,	,	•	
des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1		14,4	16,1	16,
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	28,7	41,
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	5,2	43,
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	12,3	16,6
Anteil an den Zinsausgaben									
des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,1	35,9	47,6	52,3		38,7	42,1	58,9
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	29,2	28,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	1,3	- 2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	12,5	11,0
Anteil an den investiven Ausgaben									
des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	•	37,0	35,5	35,
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	174,6	192,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	3,1	10,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,7	77,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	85,3	87,2
Anteil am gesamten Steuer-									
aufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2		44,9	41,0	42,
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	12,4	10,6
Anteil an den investiven Ausgaben									
des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0		75,3	98,8	91,2
Anteil an der Nettokreditaufnahme									
des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3, 4</sup>	%	0,0	55,8	50,4	55,3	٠	51,2	88,6	82,3
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>									
öffentliche Haushalte²	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1010,4	1153,4	1183,
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	488,0	708,3

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

 $<sup>^3</sup> Stand \ Finanz planungs rat \ Februar \ 2006; 2003 \ bis \ 2005 \ vorl\"{a}ufiges \ lst, 2006 \ und \ 2007 = Sch\"{a}tzung.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

## 6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

244,4 - 1,0 220,5 - 0,1 - 23,9 - 23,8 - 0,1 	243,1 - 0,5 220,2 - 0,1 - 22,9 - 22,8 - 0,1 	249,3 2,5 216,6 - 1,6 - 32,7 - 31,9 - 0,9 	256,7 3,0 217,5 0,4 - 39,2 - 38,6 - 0,6 	251,6 - 2,0 211,8 - 2,6 - 39,8 - 39,5 - 0,3 	259,8 3,3 228,4 7,8 - 31,4 - 31,2 - 0,2 	261,6 0,7 223,2 - 2,3 - 38,4 - 38,2 - 0,2 	267,6 2,3 245,4 9,9 - 22,2 - 22,0 - 0,2
- 1,0  220,5 - 0,1 - 23,9 - 23,8 - 0,1	- 0,5  220,2 - 0,1 - 22,9 - 22,8 - 0,1	2,5  216,6 - 1,6 - 32,7 - 31,9 - 0,9	3,0 217,5 0,4 - 39,2 - 38,6 - 0,6	- 2,0  211,8 - 2,6 - 39,8 - 39,5 - 0,3 -	3,3  228,4 7,8  - 31,4  - 31,2 - 0,2 -	0,7  223,2 - 2,3 - 38,4 - 38,2 - 0,2	2,3  245,4 9,9  - 22,2  - 22,0 - 0,2 -
- 1,0  220,5 - 0,1 - 23,9 - 23,8 - 0,1	- 0,5  220,2 - 0,1 - 22,9 - 22,8 - 0,1	2,5  216,6 - 1,6 - 32,7 - 31,9 - 0,9	3,0 217,5 0,4 - 39,2 - 38,6 - 0,6	- 2,0  211,8 - 2,6 - 39,8 - 39,5 - 0,3 -	3,3  228,4 7,8  - 31,4  - 31,2 - 0,2 -	0,7  223,2 - 2,3 - 38,4 - 38,2 - 0,2	2,3  245,4 9,9  - 22,2  - 22,0 - 0,2 -
220,5 - 0,1 - 23,9 - 23,8 - 0,1 	220,2 - 0,1 - 22,9 - 22,8 - 0,1 	216,6 - 1,6 - 32,7 - 31,9 - 0,9 	217,5 0,4 - 39,2 - 38,6 - 0,6 	211,8 - 2,6 - 39,8 - 39,5 - 0,3 -	228,4 7,8 - 31,4 - 31,2 - 0,2 -	223,2 - 2,3 - 38,4 - 38,2 - 0,2 -	245,4 9,9 - 22,2 - 22,0 - 0,2
- 0,1 - 23,9 - 23,8 - 0,1 	- 0,1 - 22,9 - 22,8 - 0,1	- 1,6 - 32,7 - 31,9 - 0,9 	0,4 - <b>39,2</b> - 38,6 - 0,6 	- 2,6 - <b>39,8</b> - 39,5 - 0,3	7,8  - <b>31,4</b> - 31,2  - 0,2  -	- 2,3 - <b>38,4</b> - 38,2 - 0,2	9,9 - <b>22,2</b> - 22,0 - 0,2
- 23,9 - 23,8 - 0,1	- 22,9 - 22,8 - 0,1	- <b>32,7</b> - 31,9 - 0,9 -	- <b>39,2</b> - 38,6 - 0,6	- <b>39,8</b> - <b>39,5</b> - <b>0,3</b> -	- <b>31,4</b> - 31,2 - 0,2 -	- <b>38,4</b> - 38,2 - 0,2	- <b>22,2</b> - 22,0 - 0,2
- 23,8 - 0,1  - - <b>26,5</b> - 1,7	- 22,8 - 0,1 	- 31,9 - 0,9 -	- 38,6 - 0,6 	- 39,5 - 0,3 -	- 31,2 - 0,2 -	- 38,2 - 0,2 -	- 22,0 - 0,2 -
- 0,1   <b>26,5</b> - 1,7	- 0,1 26,8 1,1	- 0,9 - -	- 0,6 - -	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2
- 0,1   <b>26,5</b> - 1,7	- 0,1 26,8 1,1	- 0,9 - -	- 0,6 - -	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2
<b>26,5</b> – 1,7	<b>26,8</b> 1,1	-	-	-	_	_	-
<b>26,5</b> – 1,7	<b>26,8</b> 1,1			-	-	-	-
<b>26,5</b> – 1,7	<b>26,8</b> 1,1			-	-	_	-
<b>26,5</b> – 1,7	<b>26,8</b> 1,1			-	_	-	-
- 1,7	1,1	27.0					
- 1,7	1,1	27.0					
- 1,7	1,1		27,2	26,8	26.4	26.2	26,2
-		•	-		26,4	26,2	
10,8		0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 0,5	
	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,8
4	45.0	45.5	45.0	45.0	45.5	45.4	45.
15,7	15,9	15,7	15,8	15,6	15,5	15,4	15,6
39,1	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4	37,6	39,2
- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,5	4,5
16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,7
58,0	56,8	56,3	56,4	56,2	58,6	58,2	59,4
28,1	27,3	24,1	25,7	22,4	23,8	23,2	23,5
- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 2,3	1,4
11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,9	8,8
35,0	34,2	33,2	36,6	33,9	34,8	37,2	37,
198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	194,0	214,5
3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	2,0	10,6
81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	74,2	80,2
90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	86,9	87,4
55,.	00,0	00,.	00,2	00,5	00,2	00,0	0.,
42,5	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	41,7	43,0
- 23.8	- 22,8	- 31.9	- 38,6	- 39.5	- 31.2	- 38.2	- 22.0
9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	14,6	8,2
3,1	3,4	12,0	13,1	13,7	12,0	14,0	0,2
8/1/	83.7	132 /	150.2	176.7	131 2	164.4	93,4
04,4	03,7	132,4	130,2	170,7	131,3	104,4	33,2
	57,8	61,6	56,4	59,5	58,9	70,1	57,1
62,0	, ,				.,.		,
62,0		1253.2	1 325.7	1395.0	1 447.5	15032/5	1 541
	1 203 9	-	-			,	9324/
		62,0 57,8 1198,2 1203,9	62,0 57,8 61,6 1198,2 1203,9 1253,2	62,0 57,8 61,6 56,4 1198,2 1203,9 1253,2 1325,7	62,0 57,8 61,6 56,4 59,5	62,0 57,8 61,6 56,4 59,5 58,9 1198,2 1203,9 1253,2 1325,7 1395,0 1447,5	62,0 57,8 61,6 56,4 59,5 58,9 70,1 1198,2 1203,9 1253,2 1325,7 1395,0 1447,5 1503 <sup>2</sup> / <sub>5</sub>

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

 $<sup>^3 \</sup>quad Stand \ Finanz planungs rat \ Februar \ 2006; 2003 \ bis \ 2005 \ vorl\"{a}ufiges \ lst, 2006 \ und \ 2007 = Sch\"{a}tzung.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

#### 7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002	2003²	2004²	2005 <sup>2</sup>	2006 <sup>2</sup>	20072
				Mrd.€			
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup>							
Ausgaben	603,6	609,7	618,4	612,5	625,9	627	636
Einnahmen	556,3	552,4	550,9	547,2	572,9	572 1/2	597 1/
Finanzierungssaldo	- 47,2	- 57,3	- 67,5	- 65,3	- 53,0	- 54 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	- 38 <sup>1</sup> /
darunter:							
Bund							
Ausgaben	243,3	249,3	256,7	251,6	259,9	261 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	267 ¹/
Einnahmen	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	223	245 ¹/
Finanzierungssaldo	- 23,0	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 38 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	- 22
Länder							
Ausgaben	255,1	257,0	258,7	256,1	259,3	256	258
Einnahmen	229,4	227,6	226,2	231,7	235,3	237 1/2	243 ¹
Finanzierungssaldo	- 25,7	- 29,4	- 30,5	- 24,4	- 24,1	- 18 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	- 14 ¹/
Gemeinden							
Ausgaben	147,9	149,2	149,9	149,2	153,3	155 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	155 ¹/
Einnahmen	144,0	144,5	141,3	145,3	151,1	153 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	153 ¹/
Finanzierungssaldo	- 3,9	- 4,6	- 8,6	- 3,8	- 2,2	- 1 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	- 2
			Veränderung	en gegenüber (	dem Vorjahr i	า%	
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	0,8	1,0	1,4	- 0,9	2,2	0	1 1
Einnahmen	- 1,6	- 0,7	- 0,3	- 0,7	4,7	- 0	4 1
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	1/2	2 1
Einnahmen	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	- 2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	10
Länder							
Ausgaben	1,8	0,7	0,7	- 1,0	1,3	- 1 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	1
Einnahmen	- 4,6	- 0,8	- 0,6	2,4	1,6	1	2 1
Gemeinden							
Ausgaben	1,3	0,9	0,5	- 0,5	2,8	1 1/2	1
Einnahmen	- 2,7	0,4	- 2,2	2,9	3,9	1 1/2	- 0

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> 2003, 2004, 2005: vorläufiges IST; 2006, 2007: Schätzung.

 $<sup>^3</sup>$  Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP. Stand: Finanzplan Bund 2010.

# Statistiken und Dokumentationen

#### 7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002	2003²	20042	2005 <sup>2</sup>	2006 <sup>2</sup>	20072
				Anteile in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 2,2	- 2,7	- 3,1	- 2,9	- 2,4	- 2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	- 1
darunter:							
Bund	- 1,1	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	<b>- 1</b> 1/2	- 1
Länder	- 1,2	- 1,4	- 1,4	- 1,1	- 1,1	- 1	-
Gemeinden	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,1	- 0	- 0
(2) in % der Ausgaben	- 7,8	- 9,4	- 10.9	- 10,7	- 8,5	- 8 1/2	- 6
Öffentlicher Gesamthaushalt	,				,	,	
darunter:							
Bund	- 9,5	- 13,1	- 15,3	- 15,8	- 12,1	-14 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	- 8
Länder	- 10,1	- 11,4	- 11,8	- 9,5	- 9,3	- 7 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	- 5
Gemeinden	- 2,6	- 3,1	- 5,7	- 2,5	- 1,4	- 1	- 1
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,4	28,6	27,6	27,9	27 1/2	27
darunter:							
Bund	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11 1/2	11
Länder	12,1	12,0	12,0	11,6	11,5	11	11
Gemeinden	7,0	7,0	6,9	6,7	6,8	7	6
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote <sup>3</sup>	21,1	20,6	20,4	20,0	20,1	20 1/2	21

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.
2 2003, 2004, 2005: vorläufiges IST; 2006, 2007: Schätzung.

 $<sup>^3</sup>$   $\,$  Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP. Stand: Finanzplan Bund 2010.

#### 8 Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

			Steueraufkommen		
	insgesamt		davo	n	
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr	Mrd.€	Mrd.€	Mrd.€	%	%
	Geb	oiet der Bundesrepublik Deuts	schland nach dem Stand bis z	um 3. Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80.9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bunde	srepublik Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006 <sup>2</sup>	484,9	244,1	240,7	50,4	49,6
2007 <sup>2</sup>	514,1	249,4	264,7	48,5	51,5

 $<sup>^{1}\ \ \</sup>text{Die}\ \ddot{\text{U}} bersicht\ enthält\ auch\ Steuerarten,\ die\ zwischenzeitlich\ ausgelaufen\ oder\ abgeschafft\ worden\ sind:$  $Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.9.1956) und für K\"{o}rperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Vertpapiersteuer (31.12.1964); Ve$ Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.3.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.1.1983); Kuponsteuer (31.7.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.6.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer ((31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe (kapital) steuer (31.12.1997).

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Steuerschätzung vom 2. bis 3. November 2006.

# 9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

lahr	Abgrenzung der Volkswirtscha	ıftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>	Abgrenzung der	Finanzstatistik
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
		Anteile am B	IPin%	
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
20023	22,3	40,4	20,6	37,8
2003 <sup>3</sup>	22,3	40,5	20,4	37,6
20043	21,7	39,6	20,0	36,8
2005 <sup>3</sup>	21,9	39,5	20,1	36,7
20064	22	39 1/2	201/2	36 1/2
20074	23	39 1/2	21	37

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Vorläufige Ergebnisse; Stand: Februar 2006.

<sup>4</sup> Schätzung; Stand: Juni 2006.

## 10 Entwicklung der Staatsquote<sup>1, 2</sup>

		Ausgaben des Staates	
	insgesamt	daru	nter
		Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Sozialversicherungen <sup>3</sup>
ahr		Anteile am BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	39,1	26,5	12,6
1975	49,9	31,8	18,1
1976	49,1	31,0	18,1
1977	48,7	30,6	18,1
1978	47,5	29,7	17,8
1979	47,2	29,7	17,5
1980	47,9	30,1	17,8
1981	48,8	30,4	18,4
1982	48,9	30,2	18,7
1983	47,7	29,5	18,2
1984	46,9	28,8	18,1
1985	46,3	28,4	17,9
1986	45,4	27,9	17,5
1987	45,8	28,0	17,8
1988	45,3	27,3	18,0
1989	44,0	26,9	17,1
1990	44,5	27,8	16,7
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
20004	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
20025	48,1	26,3	21,7
20035	48,4	26,4	22,0
20045	46,9	25,7	21,2
20055	46,7	25,9	20,8
20066	46	25 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	20 1/2
20076	45 1/2	25	20

- <sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.
- <sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.
- <sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).
- <sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.
- <sup>5</sup> Vorläufige Ergebnisse; Stand: Februar 2006.
- <sup>6</sup> Schätzung; Stand: Juni 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

#### 11 Schulden der öffentlichen Haushalte

	2001	2002	2003	2004	2005
			Schulden in Mio. €¹		
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 203 887	1 253 195	1 325 733	1 394 955	1 447 505
Bund	697 290	719 397	760 453	802 994	872 653
Sonderrechnungen Bund	59 084	59210	58 830	57 250	15 367
Länder	357 684	384773	414952	442 922	468 214
Gemeinden					
Zweckverbände	82 669	82 662	84 069	84 258	83 804
Zweckverbande	7 160	7 153	7 429	7 531	7 467
nachrichtlich:					
Bund + SR	756374	778 607	819 283	860 244	888 020
Länder + Gemeinden	440 353	467 435	499 021	527 180	552 018
nachrichtlich:					
Länder (West) <sup>2</sup>	299 759	322 899	348 111	372 352	394 148
•					
Länder (Ost)	57 925	61 874	66 841	70 570	74 066
Gemeinden (West)	67 041	67 155	68 726	68 981	69 030
Gemeinden (Ost)	15 628	15 507	15 343	15 277	14774
Länder und Gemeinden (West)	366 800	390 054	416 837	441 333	463 178
Länder und Gemeinden (Ost)	73 553	77 381	82 184	85 847	88 840
nachrichtlich:					
Sonderrechnungen Bund	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367
ERP	19 161	19 400	19 261	18 200	15 066
Fonds Deutsche Einheit					
	39 638	39 441	39 099	38 650	0
Entschädigungsfonds	285	369	469 der Schulden am Bl	400	301
Öffentlicher Gesamthaushalt	-7.0				64.4
	57,0	58,4	61,3	63,0	64,4
Bund	33,0	33,5	35,2	36,2	38,8
Sonderrechnungen Bund	2,8	2,8	2,7	2,6	0,7
Länder	16,9	17,9	19,2	20,0	20,8
Gemeinden	3,9	3,9	3,9	3,8	3,7
nachrichtlich:					
Bund + SR	35,8	36,3	37,9	38,8	39,5
Länder + Gemeinden	20,8	21,8	23,1	23,8	24,6
nachrichtlich:					
Länder (West) <sup>2</sup>	14,2	15,1	16,1	16,8	17,5
Länder (Ost)	2,7	2,9	3,1	3,2	3,3
Gemeinden (West)	3,2	3,1	3,2	3,1	3,1
Gemeinden (Ost)	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Länder und Gemeinden (West)	17,4	18,2	19,3	19,9	20,6
Länder und Gemeinden (Ost)	3,5	3,6	3,8	3,9	4,0
nachrichtlich:					
Maastricht-Schuldenstand <sup>3</sup>	58,8	60,3	63,8	65,5	67,7
	30,0		chulden insgesamt (		01,1
je Einwohner	14603	15 183	16 063	16908	17 552
je Erwerbstätigen	30 621	32 054	34 237	35 890	37 323
nachrichtlich					
nachrichtlich:	24422	2445.0	24624	2245.7	224-
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 113,2	2 145,0	2 163,4	2 215,7	2 247,4
Einwohner (in Mio.) (30.6.)	82,440	82,537	82,532	82,501	82,4
Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt, in Mio.)	39,316	39,096	38,722	38,868	38,7

 $<sup>^{1} \</sup>quad \text{Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.} \\$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> West- und Ost-Berlin.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Schuldenstand in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

#### 12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

		Abgrenzung	der Volkswirtsch	aftlichen Gesam	trechnungen²		Abgrenzung de	er Finanzstatisti
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher G	esamthaushalt <sup>3</sup>
Jahr		Mrd.€			Anteile am BIP in	<u> </u>	Mrd.€	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9		
1965	- 1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,7	- 1,2	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,2
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,8	- 5,4	- 0,4	- 32,6	- 6,1
1976	- 20,5	- 20,2	- 0,3	- 3,5	- 3,5	- 0,1	- 24,6	- 4,2
1977	- 16,0	- 13,2	- 2,8	- 2,6	- 2,1	- 0,4	- 15,9	- 2,6
1978	- 17,5	- 15,8	- 1,7	- 2,6	- 2,4	- 0,3	- 20,3	- 3,0
1979	- 19,2	- 18,5	- 0,7	- 2,7	- 2,6	- 0,1	- 23,8	- 3,3
1980	- 22,5	- 23,6	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,8
1981	- 32,0	- 34,2	2,2	- 4,0	- 4,3	0,3	- 38,7	- 4,8
1982	- 29,3	- 32,2	2,8	- 3,5	- 3,9	0,3	- 35,8	- 4,3
1983	- 25,5	- 24,8	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,2
1984	- 18,3	- 17,5	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,6
1985	- 10,9	- 12,8	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,1
1986	- 11,6	- 15,7	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,0	- 21,6	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,3	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	0,8	- 7,4	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 25,1	- 34,9	9,8	- 2,0	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,8
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 3 <del>4</del> ,7	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 70,5 - 59,5	- 4,2
1995	- 59,1	- 42,9 - 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,4	- 0,4	- 55,9	- 3,3
1995	- 62,5	- 51,4 - 56,1	- 7,7 - 6,4		- 3,0	- 0,4	- 62,3	- 3,0
1996	- 62,5 - 50,6	- 50,1 - 52,1	1,5	•		0,1	- 62,3 - 48,1	-
	- 50,6 - 42,7						- 48,1 - 28,8	
1998		- 45,7	3,0	- 2,2		0,2	- 28,8 - 26,9	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3		- 1,4
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
20004	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0		-
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 47,1	- 2,2
20025	- 79,6	- 72,7	- 6,9	- 3,7	- 3,4	- 0,3	- 57,1	- 2,7
20035	- 86,6	- 78,6	- 8,0	- 4,0	- 3,6	- 0,4	- 68,5	- 3,2
20045	- 81,2	- 79,9	- 1,3	- 3,7	- 3,6	- 0,1	- 65,3	- 2,9
20055	- 74,5	- 71,2	- 3,4	- 3,3	- 3,2	- 0,1	- 53	- 2,4
2006 <sup>6</sup>	- 70 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>			- 3			- 54 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	- 2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
20076	- 58 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>			- 2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>			- 38 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	- 1 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2006.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Schätzung; Stand: Juni 2006.

## 13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land						in % des BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	- 2,9	- 1,1	- 2,0	- 3,2	- 1,2	- 4,0	- 3,7	- 3,2	- 2,3	- 1,6	- 1,2
Belgien	- 9,2	-10,0	- 6,6	- 4,4	0,1	0,0	0,0	- 2,3	- 0,2	- 0,5	- 0,5
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,0	3,2	1,1	2,7	4,9	4,0	4,3	4,2
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,0	- 6,1	- 7,8	- 5,2	- 2,6	- 2,6	- 2,4
Spanien	-	-	-	- 6,5	- 1,0	0,0	- 0,2	1,1	1,5	1,1	0,9
Frankreich	0,2	- 2,9	- 2,3	- 5,5	- 1,5	- 4,2	- 3,7	- 2,9	- 2,7	- 2,6	- 2,2
Irland	-	-10,7	- 2,8	- 2,0	4,6	0,3	1,5	1,1	1,2	0,9	0,4
Italien	- 7,0	-12,4	-11,4	- 7,4	- 2,0	- 3,5	- 3,4	- 4,1	- 4,7	- 2,9	- 3,1
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,3	- 1,1	- 1,0	- 1,5	- 0,5	- 0,3
Niederlande	- 3,9	- 3,5	- 5,3	- 4,3	1,3	- 3,1	- 1,8	- 0,3	0,0	0,1	0,3
Österreich	- 1,6	- 2,7	- 2,4	- 5,6	- 1,9	- 1,6	- 1,2	- 1,5	- 1,3	- 1,2	- 1,0
Portugal	- 7,2	- 8,6	- 6,3	- 5,2	- 3,2	- 2,9	- 3,2	- 6,0	- 4,6	- 4,0	- 3,9
Finnland	3,8	3,5	5,4	- 6,2	6,9	2,5	2,3	2,7	2,9	2,9	2,9
Schweden	-	-	_	-7,0	5,0	0,1	1,8	3,0	2,8	2,4	2,5
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,8	- 1,6	- 5,7	1,5	- 3,3	- 3,2	- 3,3	- 2,9	- 2,8	- 2,5
Euroraum	-	-	_	- 5,0	- 1,1	- 3,1	- 2,8	- 2,4	- 2,0	- 1,5	- 1,3
EU-15	-	-	-	- 5,1	- 0,2	- 2,9	- 2,6	- 2,3	- 1,9	- 1,5	- 1,3
Estland	-	-	_	0,4	- 0,2	2,0	2,3	2,3	2,5	1,6	1,3
Lettland	-	-	6,8	- 2,0	- 2,8	- 1,2	- 0,9	0,1	- 1,0	- 1,2	- 1,2
Litauen	-	-	_	- 1,6	- 3,2	- 1,3	- 1,5	- 0,5	- 1,0	- 1,2	- 1,3
Malta	-	-	-	-	- 6,1	-10,0	- 5,0	- 3,2	- 2,9	- 2,7	- 2,9
Polen	-	-	-	- 4,4	- 1,5	- 4,7	- 3,9	- 2,5	- 2,2	- 2,0	- 1,8
Slowakei	-	-	-	- 1,8	-11,8	- 3,7	- 3,0	- 3,1	- 3,4	- 3,0	- 2,9
Slowenien	-	-	-	-	- 3,9	- 2,8	- 2,3	- 1,4	- 1,6	- 1,6	- 1,5
Tschechien	-	-	_	-13,4	- 3,7	- 6,6	- 2,9	- 3,6	- 3,5	- 3,6	- 3,2
Ungarn	-	-	-	-	- 2,3	- 7,2	- 6,5	- 7,8	-10,1	- 7,4	- 5,6
Zypern	-	-	-	-	- 2,3	- 6,3	- 4,1	- 2,3	- 1,9	- 1,7	- 1,7
EU-25	-	-	-	-	0,8	- 3,0	- 2,7	- 2,3	- 2,0	- 1,6	- 1,4
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 4,9	- 4,6	- 3,7	- 2,2	- 2,4	- 2,8
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,7	- 8,0	- 6,3	- 6,5	- 5,6	- 5,1	- 4,7

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

 $Quellen: F\"{u}r\ d\~{i}e\ Jahre\ 1980\ bis\ 2000: EU-Kommission, \\ \\ _{u}Europ\"{a}ische\ Wirtschaft", Statistischer\ Anhang, November\ 2006.$ 

Für die Jahre 2003 bis 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2006. EU-15 für alle Jahre: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2006.

(alle Angaben ohne UMTS-Erlöse)

#### 14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land						in % des BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	31,2	40,7	42,3	55,6	59,7	63,9	65,7	67,9	67,8	67,7	67,3
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,7	107,7	98,6	94,3	93,2	89,4	86,3	83,2
Dänemark	39,1	75,0	62,0	72,5	51,7	44,4	42,6	35,9	28,5	24,5	22,0
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	111,6	107,8	108,5	107,5	104,8	101,0	96,4
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	48,7	46,2	43,1	39,7	37,0	34,7
Frankreich	20,8	30,3	35,3	55,1	56,7	62,4	64,4	66,6	64,7	63,9	63,3
Irland	69,0	100,6	93,2	81,1	37,8	31,1	29,7	27,4	25,8	24,4	23,6
Italien	56,9	80,5	94,7	121,2	109,1	104,3	103,9	106,6	107,2	105,9	105,7
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,6	6,0	7,4	7,3	7,1
Niederlande	45,5	69,6	76,1	76,1	53,8	52,0	52,6	52,7	50,5	47,8	45,4
Österreich	35,4	48,1	56,1	67,9	65,5	64,6	63,8	63,4	62,1	60,9	59,8
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	57,0	58,6	64,0	67,4	69,4	70,7
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,3	44,3	41,3	38,8	37,3	35,8
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,0	52,3	51,8	50,5	50,4	46,7	42,6	38,7
Vereinigtes Königreich	52,4	51,9	33,4	50,9	41,2	38,9	40,4	42,4	43,2	44,1	44,7
Euroraum	33,8	50,7	57,1	72,4	69,2	69,2	69,7	70,6	69,4	68,0	66,9
EU-15	-	-	-	69,6	63,1	63,0	63,3	64,5	63,3	62,2	61,2
Estland	-	-	-	8,8	5,2	5,7	5,2	4,5	4,0	2,7	2,1
Lettland	-	-	-	-	12,3	14,4	14,5	12,1	11,1	10,6	10,3
Litauen	-	-	-	11,9	23,7	21,2	19,4	18,7	18,9	19,6	19,8
Malta	-	-	-	-	55,4	70,2	74,9	74,2	69,6	69,0	68,6
Polen	-	-	-	-	35,9	43,9	41,8	42,0	42,4	43,1	42,7
Slowakei	-	-	-	22,0	50,2	42,7	41,6	34,5	33,0	31,6	31,0
Slowenien	-	-	_	-	27,6	28,5	28,7	28,0	28,4	28,0	27,6
Tschechien	-	-	_	14,6	18,5	30,1	30,7	30,4	30,9	30,8	31,0
Ungarn	-	-	_	-	53,4	58,0	59,4	61,7	67,6	70,9	72,7
Zypern	-	-	-	-	59,5	69,1	70,3	69,2	64,8	62,2	59,6
EU-25	-	-	-	-	62,0	62,0	62,4	63,3	62,5	61,4	60,4
USA	45,7	59,5	67,2	74,8	58,5	63,8	64,5	64,6	61,7	61,2	61,7
Japan	55,0	72,2	68,6	87,7	137,1	160,2	157,3	158,9	161,5	163,7	165,3

 $Quellen: F\"{u}rdie \textit{ Jahre ab 2003: EU-Kommission}, Herbstprognose, November 2006.$ 

Für die Jahre 1980 bis 1995: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2006. Für EU-15, USA und Japan (alle Jahre): EU-Komission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2006. Stand: November 2006.

#### 15 Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land				Steuerr	n in % des BIP			
	1970	1980	1990	1995	2000	2003	2004	2005
Deutschland <sup>2,3</sup>	22,5	24,6	22,3	22,7	22,7	21,1	20,6	20,8
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	30,3	31,0	31,5
Dänemark	37,0	42,4	45,6	47,7	47,6	46,5	47,7	48,6
Finnland	28,9	27,5	32,7	31,6	35,7	32,7	32,3	32,4
Frankreich	21,5	23,1	23,6	24,5	28,4	26,8	27,3	28,0
Griechenland	15,3	15,9	20,0	21,4	25,8	23,3	22,8	
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,6	24,5	25,5	26,0
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	29,4	28,7	28,4
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,6	15,8	16,5	16,8
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,3	28,4	28,6
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,4	27,1	27,0
Niederlande	22,1	25,9	25,8	23,4	24,1	23,5	23,7	26,0
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,0	33,1	34,5	36,0
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	28,4	28,2	27,5
Polen	-	-	-	25,8	23,0	20,4	20,3	
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	23,8	23,5	
Schweden	32,5	33,4	38,4	34,8	38,7	35,6	36,1	36,8
Schweiz	16,6	19,4	19,9	20,3	23,1	22,0	22,0	22,9
Slowakei	-	-	-	-	19,9	18,5	18,4	18,4
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,2	22,2	22,7	23,8
Tschechien	-	-	-	22,0	20,1	21,2	22,2	22,1
Ungarn	-	-	-	27,1	27,4	26,5	26,6	25,4
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,8	30,9	28,9	29,3	30,2
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	18,9	18,8	20,2

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2005, Paris 2006.

Stand: Oktober 2006.

 $<sup>^2\ \</sup> Nicht vergleichbar\ mit\ Quoten\ in\ der\ Abgrenzung\ der\ Volkswirtschaftlichen\ Gesamtrechnung\ oder\ der\ deutschen\ Finanzstatistik\ .$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

#### 16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land			Ste	uern und Soziala	bgaben in % de	es BIP		
	1970	1980	1990	1995	2000	2003	2004	2005
Deutschland <sup>2,3</sup>	32,3	37,5	35,7	37,2	37,2	35,5	34,7	34,7
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,7	45,0	45,4
Dänemark	38,5	43,1	46,5	48,8	49,4	47,7	48,8	49,7
Finnland	31,7	35,9	43,9	45,6	47,7	44,6	44,2	44,5
Frankreich	33,7	40,2	42,2	42,9	44,4	43,1	43,4	44,3
Griechenland	21,9	23,6	28,7	31,7	37,3	36,3	35,0	
Irland	28,4	31,0	33,1	32,5	31,7	28,7	30,1	30,5
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	41,8	41,1	41,0
Japan	19,6	25,4	29,1	26,9	27,1	25,7	26,4	
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,6	33,5	33,5
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,0	39,1	38,2	37,8	37,6
Niederlande	34,1	41,8	41,1	40,2	39,5	37,0	37,5	
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,0	42,9	44,0	45,0
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	42,9	42,6	41,9
Polen	-	-	-	37,0	32,5	34,9	34,4	
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	35,0	34,5	
Schweden	38,2	46,9	52,7	48,1	53,4	50,1	50,4	51,1
Schweiz	19,8	25,3	26,0	27,8	30,5	29,4	29,2	30,0
Slowakei	-	-	-	-	33,1	31,2	30,3	29,4
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	34,3	34,8	35,8
Tschechien	-	-	-	37,5	36,0	37,6	38,4	38,5
Ungarn	-	-	-	42,1	38,7	38,1	38,1	37,1
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,0	37,2	35,4	36,0	37,2
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	25,7	25,5	26,8

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2005, Paris 2006.

Stand: Oktober 2006.

Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.
 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

#### 17 Staatsquote im internationalen Vergleich

Land			Gesamtaus	gaben des Staates	s in % des BIP		
	1990	2000	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland <sup>1</sup>	44,5	45,1	48,3	47,0	46,8	45,7	45,0
Belgien	51,9	48,6	50,1	48,7	49,1	49,0	48,9
Dänemark	55,9	53,9	55,2	55,1	54,0	53,0	52,1
Finnland	48,3	48,8	50,7	50,8	50,9	50,6	50,6
Frankreich	49,3	51,6	53,6	53,5	53,9	53,6	53,0
Griechenland	50,2	52,1	49,9	49,8	47,7	47,1	46,9
Irland	42,9	31,5	33,5	33,7	35,8	35,2	35,2
Italien	54,4	46,9	49,3	48,7	49,2	48,5	49,0
Japan	31,8	38,3	37,6	37,5	37,4	37,6	37,8
Kanada	48,8	41,1	40,9	39,9	39,5	39,6	40,0
Luxemburg	43,3	38,6	45,0	45,2	46,1	45,4	44,7
Niederlande	52,5	43,4	47,1	46,6	47,7	48,1	46,6
Norwegen	54,0	42,7	48,9	46,7	46,1	46,3	46,5
Österreich	51,5	51,4	50,6	49,9	49,5	48,6	48,2
Polen	-	44,9	45,8	44,7	42,8	43,0	42,4
Portugal	40,6	43,7	46,2	46,5	47,6	47,5	47,1
Schweden	61,9	57,4	58,7	57,3	57,2	57,1	56,3
Schweiz	30,0	33,9	36,7	36,7	36,9	36,5	36,1
Slowakei	-	50,9	39,7	40,6	40,2	39,9	39,0
Spanien	42,5	38,9	38,3	38,8	38,5	38,6	38,7
Tschechien	-	42,1	53,5	44,6	44,2	43,0	42,4
Ungarn	-	47,9	49,8	49,7	50,3	48,9	48,8
USA	37,1	34,2	36,7	36,4	36,6	36,9	36,6
Vereinigtes Königreich	42,2	37,5	43,3	43,9	44,9	45,4	45,7

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer. Quelle: OECD-Outlook. Stand: Dezember 2005.

#### 18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006

		2001	2002	2003	2004	2005	2006
Aus	gabenseite						
a)	Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	79,99	85,14	90,56	100,14	105,68	111,97
	davon:						
	Agrarpolitik	41,53	43,52	44,38	43,58	48,46	50,99
	Strukturpolitik	22,46	23,50	28,53	34,20	32,40	35,64
	Interne Politiken	5,30	6,57	5,67	7,26	8,02	8,89
	Externe Politiken	4,23	4,42	4,29	4,61	5,48	5,37
	Verwaltungsausgaben	4,86	5,21	5,30	5,86	6,29	6,66
	Reserven	0,21	0,17	0,15	0,18	0,44	0,46
	Heranführungsstrategien	1,40	1,75	2,24	3,05	3,29	2,89
	Ausgleichszahlungen				1,41	1,30	1,07
b)	Zuwachsraten (in %)						
	Ausgaben insgesamt davon:	- 4,1	6,4	6,4	10,6	5,5	6,0
	Agrarpolitik	2,5	4,8	2,0	- 1,8	11,2	5,2
	Strukturpolitik	- 18,6	4,6	21,4	19,9	- 5,3	10,0
	Interne Politiken	- 1,3	24,0	- 13,7	28,0	10,5	10,8
	Externe Politiken	10,2	4,5	9,5	7,5	18,9	- 2,0
	Verwaltungsausgaben	2,5	7,2	1,7	10,6	7,3	5,9
	Reserven	10,5	- 19,0	- 11,8	20,0	144,4	4,5
	Heranführungsstrategie	16,7	25,0	54,9	36,2	7,9	- 12,2
	Ausgleichszahlungen	, .		- 1,2	,-	- 7,8	- 17,7
c)	Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
	Agrarpolitik	51,9	51,1	49,0	43,5	45,9	45,5
	Strukturpolitik	28,1	27,6	31,5	34,2	30,7	31,8
	Interne Politiken	6,6	7,7	6,3	7,2	7,6	7,9
	Externe Politiken	5,3	5,2	4,7	4,6	5,2	4,8
	Verwaltungsausgaben	6,1	6,1	5,9	5,9	6,0	5,9
	Reserven	0,3	0,2	0,2	0,2	0,4	0,4
	Heranführungsstrategie	1,8	2,1	2,5	3,0	3,1	2,6
	Ausgleichszahlungen				1,4	1,2	1,0
Ein	nahmenseite						
a)	Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	94,28	94,08	93,47	103,51	105,68	111,97
	davon:	42.55	0.70	0.15	10.70	40.55	
	Zölle	12,83	9,50	9,46	10,59	12,03	12,91
	Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,82	1,49	1,39	1,71	1,91	1,32
	MwSt-Eigenmittel	30,69	22,69	21,82	13,53	15,56	15,88
	BSP/BNE-Eigenmittel	34,46	45,85	50,62	69,21	68,88	80,56
b)	Zuwachsraten (in %)	1.7	0.2	0.6	10.7	2.1	6.0
	Einnahmen insgesamt	1,7	- 0,2	- 0,6	10,7	2,1	6,0
	davon:						
	Zölle	- 2,1	- 26,0	- 0,4	11,9	13,6	7,3
	Agrarzölle und Zuckerabgaben	- 15,7	- 18,1	- 6,7	23,0	11,7	- 30,9
	MwSt-Eigenmittel	- 12,8	- 26,1	- 3,8	- 38,0	15,0	2,1
	BSP/BNE-Eigenmittel	- 8,3	33,1	10,4	36,7	- 0,5	17,0
c)	Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen): Zölle	13,6	10,1	10,1	10,2	11,4	11,5
	Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,9	1,6	1,5	1,7	1,8	1,2
	MwSt-Eigenmittel						
	<u> </u>	32,6	24,1	23,3	13,1	14,7	14,2
	BSP/BNE-Eigenmittel	36,6	48,7	54,2	66,9	65,2	71,9

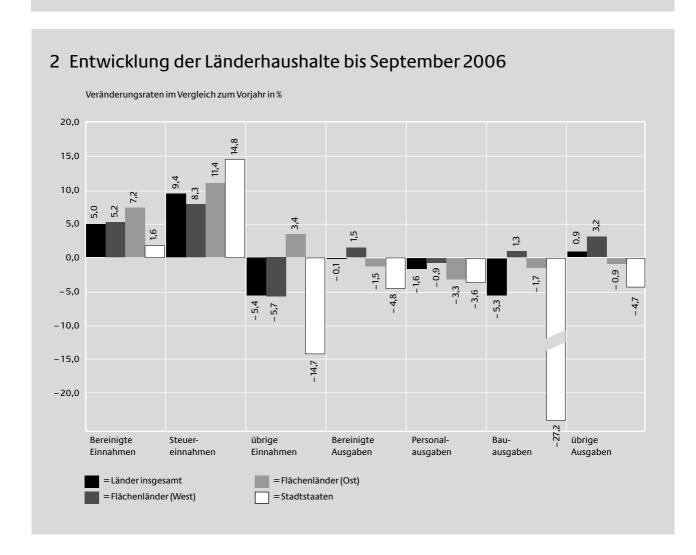
1996 bis 2004: Ist-Angaben gem. EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht. 2005: EU-Haushalt einschl. Nachtrags- und Berichtigungshaushalte Nr. 1–8. 2006: Endgültige Feststellung vom 15. Dezember 2005.

Stand: Februar 2006.

## Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

#### 1 Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2006 im Vergleich zum Jahressoll 2006

	Flächenlän	der (West)	Flächenlä	nder (Ost)	Stadts	taaten	Länder z	usammen
in Mio. €	Soll	lst	Soll	lst	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	163 030	122 452	48 872	37 168	29 112	23 050	235 562	178 340
darunter:								
Steuereinnahmen	126 670	97 774	23 671	18 351	17 783	14360	168 124	130 48
übrige Einnahmen	36 360	24 677	25 201	18 817	11 329	8 690	67 438	47 85
Bereinigte Ausgaben	178 070	133 350	51 871	35 844	34 014	25 378	258 504	190 24
darunter:								
Personalausgaben	71 661	54 402	12 768	9 234	11 098	8 2 6 5	95 527	71 90
Bauausgaben	2 584	1 258	1 434	763	874	369	4 893	2 38
übrige Ausgaben	103 825	77 690	37 669	25 847	22 042	16 745	158 083	115 95
Finanzierungssaldo	- 15 036	-10 898	- 3 000	1 324	- 4871	- 2329	- 22 907	- 11 90



## 3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis September 2006; in Mio. €

Lfd.		Sep	otember 20	005	H	August 2006	5	September 2006			
Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt	
1	Seit dem 1. Januar gebuchte										
11	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup>										
111	für das laufende Haushaltsjahr darunter: Steuereinnahmen	<b>159 975</b> 129 150		<b>318 052</b> 248 411		<b>152 956</b> 112 892	<b>284 002</b> 235 632		<b>178 340</b> 130 485	<b>330 517</b> 270 992	
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	175.00.43	- (1.721	-	100,0003	47.055	-	1070423	-	-	
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	175 984 <sup>3</sup>	01/31	237715	169 080 <sup>3</sup>	47 055	216 135	187943³	51 725	239 668	
<b>12</b> 121	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr darunter: Personalausgaben	203 834	190 506	382 590	180 954	167 993	338 366	198 969	190 243	377 392	
121	(inklusive Versorgung)	19574	73 048	92 622	17361	64302	81 663	19 650	71 901	91 551	
122	Bauausgaben	3 2 6 3	2 5 2 4	5 786	2 834	2 0 2 9	4863	3 3 4 4	2 3 8 9	5 733	
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-189	-189	-	-283	-283	-	-178	-178	
	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	153 019	47 684	200 703	141 708	41 176	182 884	170 292	48 519	218811	
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-43 859	-20 679	-64 538	-39 328	-15 037	-54 365	-34 972	-11 903	-46 875	
14	Einnahmen der Auslaufperiode des										
15	Vorjahres Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	_	_	_	_	_	_	_	_	_	
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	_	_	_	_	_	_	_	_	_	
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss- nachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen <sup>2</sup>	23 253	14180	37 433	27716	5 448	33 163	18 013	2 751	20 763	
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)										
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	_	-1 071	-1 071	-	-191	-191	_	0	0	
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	-981	-981	-	-180	-180	-	-180	-180	
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.										
31 32	Verwahrungen Vorschüsse	14019	8 576 9 044	22 595 9 044	7 852	11 949 12 304	19 801 12 304	13 125	15 300 15 177	28 425 15 177	
33		_	3044	3044	_	12 304	12304	_	13177	13177	
	Sondervermögen	_	4573	4573	-	6 0 5 1	6 0 5 1	-	6220	6220	
34	Saldo (31–32+33)	14019	4 105	18124	7 852	5 696	13 548	13 125	6342	19467	
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-6586	-4 447	-11034	-3 760	-4265	-8 025	-3 834	-2 990	-6824	
5	Schwebende Schulden										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	6586	3 482	10069	3 760	3 573	7333	3 834	1 631	5 465	
52 53	Schatzwechsel Unverzinsliche Schatzanweisungen	_	_	_	-	_	-	_	_	_	
54	Kassenkredit vom Bund	_	_	_	_	_	_	_	_	_	
55	Sonstige	_	396	396	-	-	-	-	992	992	
56	Zusammen	6586	3 878	10 465	3 760	3 573	7333	3 834	2 623	6 457	
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	-569	-569	0	-692	-692	0	-367	-367	
7 71	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten) Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>	_	537	537	-	664	664	-	612	612	
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	_	1 180	1 180	_	2 165	2 165	_	2 199	2 199	

 $Abweichungen\ in\ den\ Summen\ durch\ Runden\ der\ Zahlen.\ ^{1} In\ der\ Ländersumme\ ohne\ Zuweisungen\ von\ Länderfinanzausgleich,\ Summe\ Bundender Summen\ durch\ Runden\ der\ Zahlen.\ ^{1}$ und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vor $jahre, R\"{u}ck lagen bewegung, Nettok reditaufnahme/Nettok redittilgung. {\it $^{0}$} Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. {\it $^{0}$} Nur aus nicht zum Bestand der Leiter besteht der Schulden sie Schulden$ Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

#### 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2006; in Mio. €

Lfd.		Baden-	Bayern	Branden-	Hessen	Mecklbg	Nieder-	Nordrh	Rheinl	Saarlan
Nr.	Bezeichnung	Württ.	,	burg		Vorpom.	sachsen	Westf.	Pfalz	
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup>									
	für das laufende Haushaltsjahr	22 772,0	24 934,6	6 952,9	12 962,5	4 993,7	15 410,3	31 837,9	7 953,3	1 939,7
111	darunter: Steuereinnahmen	17 475,5	19983,0	3 531,2	10830,7	2 3 6 4, 7	11 272,1	26 881,8 <sup>6</sup>	5 745,8	1 504,9
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	474,0	-	347,5	230,3	_	243,6	96,
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	4929,3	2 583,0	735,2	1872,0	708,0	3 841,7	11 440,3	4863,7	1 091,6
12	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup>									
	für das laufende Haushaltsjahr	24832,1	25 493,6	6 837,1	13 968,0	4861,4	16 024,6	36 100,9	9 132,6	2 437,
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	10 473,2	11 658,8	1 598,2	5 088,3	1124,9	6343,03	13 640,8 <sup>3</sup>	3 803,0	988,
122	Bauausgaben	260,3	491,2	118,6	224,0	140,6	57,0	83,3	43,5	38,
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	1743,0	1 295,6	_	1601,2	-	_	194,3	-	
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	4599,2	1 320,5	1 445,1	3 361,5	859,7	3 911,3	10 795,7	4528,6	675,
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
	(Finanzierungssaldo)	-2 060,1	-559,0	115,8	-1 005,5	132,3	-614,3	-4 263,0	-1 179,3	-497,
14	Einnahmen der Auslaufperiode des									
	Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	
15	Ausgaben der Auslaufperiode des									
	Vorjahres	-	-	_	-	-	-	_	-	
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
	(14–15)	-	-	-	-	_	-	-	-	
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss-									
	nachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	349,5	1 399,5	-485,2	-1 567,0	-148,8	-852,1	633,0	198,5	405,
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen									
	Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	0,2	_	_	-	-	_	_	-	
22	der abgeschlossenen Vorjahre									
	(Ist-Abschluss)	-	-	-	-	-	-	_	-	
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 663,2	1 698,0	315,3	1 002,6	210,7	185,2	8 088,9	1 222,3	-30,
32	Vorschüsse	259,9	5 461,2	11,9	42,7	0,7	686,0	5 125,1	783,5	31,
33	Geldbestände der Rücklagen und									
	Sondervermögen	197,9	2 922,8	0,0	401,8	109,8	847,0	400,0	2,3	7.
34	Saldo (31–32+33)	1 601,2	-840,4	303,4	1 361,7		346,2	3 363,8	441,1	-54
4	Kassenbestand ohne schwebende									
_	Schulden (13+16+17+21+22+34)	-109,2	0,0	-66,0	-1210,8	303,3	-1 120,2	-266,2	-539,6	-147,
_	,									
5	Schwebende Schulden	0.0	0.0	60.0	200.0	0.0		212.0	E 40.0	0.2
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	60,0	390,0	0,0	-	313,0	540,0	93,
52	Schatzwechsel	-	-	_	-	_	-	_	-	
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	_	-	
55	Sonstige	-	-	-	930,0		62,0	-	-	
56	Zusammen	0,0	0,0	60,0	1 320,0	0,0	62,0	313,0	540,0	93
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) <sup>4</sup>	-109,2	0,0	-6,0	109,2	303,3	-1 058,2	46,8	0,4	-54,
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>7</sup>	_	_	_	_	_	611,8	_	_	
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt-						,3			
_	kasse/Landeshauptkasse gehörende									
	Mittel (einschließlich 71)						847,0	396,3		

 $Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. {}^{1} In der L{}^{2} Hausschaft gen von L{}^{2}$  $haltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, R\"{u}cklagen bewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. Met vorjahre, Rucklagen bewegung bewegung$ <sup>3</sup> Ohne Oktober-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt.  $nicht zu \ ermitteln.\ ^{5} \ NW-Darin \ enthalten\ 424,515\ Mio.\ \in\ Zuschlag\ zur\ Gewerbesteuer umlage.\ ^{7} \ Nur\ aus\ nicht\ zum\ Bestand\ der\ Bundes-/Landeshaupt-nicht\ zum\ Bestand\ zum\ Besta$  $kasse \ geh\"{o}renden \ Geldbest\"{a}nden \ der \ R\"{u}ck lagen \ und \ Sonderverm\"{o}gen \ aufgenommene \ Mittel; \ Ausnahme \ Hamburg: innerer \ Kassenkredit insgesamt, \ aufgenommene \ Mittel; \ Ausnahme \ Hamburg: \ innerer \ Kassenkredit insgesamt, \ aufgenommene \ Mittel; \ Ausnahme \ Hamburg: \ innerer \ Kassenkredit insgesamt, \ aufgenommene \ Mittel; \ Ausnahme \ Hamburg: \ innerer \ Kassenkredit insgesamt, \ aufgenommene \ Mittel; \ Ausnahme \ Hamburg: \ Hamburg: \ Ausnahme \ Hamburg: \ Hamburg: \ Ausnahme \ Hamburg: \ Ham$ rechnerisch ermittelt. <sup>8</sup> Einschl. aufgenommener, buchungsmäßiger noch nicht erfasster Darlehen.

## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2006;

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thü- ringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammer
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup>								
	für das laufende Haushaltsjahr	12 105,4	6 891,1	5 324,4	6 224,9	13 579,0	2 353,0	7 562,4	178 340,0
111	darunter: Steuereinnahmen	5966,4	3 3 9 6, 2	4080,5	3 092,3	6 638,6	1 483,1	6 238,6	130 485,4
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	826,7	460,5	112,8	459,0	1 955,3	250,9	-	_
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	603,9	6 759,8	2 248,5	1 602,9	7 069,9	1 507,8	-132,2	51 725,4
12	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup>								
121	für das laufende Haushaltsjahr darunter: Personalausgaben	10 450,0	7 202,0	6 043,5	6 493,7	15 517,4	2 962,8	7 342,7	190 242,7
	(inklusive Versorgung)	3 077,3	1 656,4	2 406,5	1 777,5	4939,5	948,8	2 3 7 6, 3	71 900,9
122	Bauausgaben	351,4	45,9	59,8	106,1	125,8	42,9	200,1	2 389,4
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	444,6	-178,4
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1564,3	6 198,8	2 008,9	327,3	5 684,0	1 238,7	-	48 518,9
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	1 655,4	-310,9	-719,1	-268,8	-1 938,4	-609,8	219,7	-11 902,7
14	Einnahmen der Auslaufperiode des	•				·			
17	Vorjahres	_	_	_	_	_	_	_	_
15	Ausgaben der Auslaufperiode des								
16	Vorjahres Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)	-	-	-	-	-	-	-	-
10	(14–15)		_		_	_	_		
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss-	_	_	_	-	_	_	_	_
"	nachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	-882,8	556,4	253,1	1 274,7	1 392,1	352,4	-127,9	2 750,5
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)								
21	des noch nicht abgeschlossenen								
	Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	_	_	_	_	_	_	_	0,2
22	der abgeschlossenen Vorjahre								
	(Ist-Abschluss)	_	-	_	180,1	_	-	_	-180,1
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	467,7	113,1	0,0	5,4	145,0	100,0	112,9	15 299,7
32		1557,3	413,2	0,0	822,9	-	-27,1	8,4	15 177,0
33	Geldbestände der Rücklagen und	227.2	26.1	0.0	2.2	210.0	1144	621.0	6210.6
24	Sondervermögen	237,3	36,1	0,0	2,2	318,8	114,4	621,9	6 2 1 9,6
34	,	-852,3	-264,0	0,05	-815,3	463,8	241,4	726,4	6342,2
4	Kassenbestand ohne schwebende	70.7	10.5	466.0	10.5	02.5	15.0	010.3	2,000,0
	Schulden (13+16+17+21+22+34)	-79,7	-18,5	-466,0	10,5	-82,5	-15,9	818,2	-2 989,8
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	-	96,0	26,3	112,0	1 630,5
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
55 56	Sonstige Zusammen	0,0	- 0.0	0,0	-	96,0	26.2	112,0	992,0 2 622,5
			0,0				26,3		
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) <sup>4</sup>	-79,7	-18,5	-466,0	10,5	13,5	10,4	930,2	-367,3
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit <sup>7</sup>	-	-	-	-	-	-	-	611,8
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt-								
	kasse/Landeshauptkasse gehörende					210.0	15.4	621.0	2.100
	Mittel (einschließlich 71)	-	-	_	-	318,8	15,4	621,9	2 199,4

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne Oktober-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten 424,515 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ² Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. 8 Einschl. aufgenommener, buchungsmäßiger noch nicht erfasster Darlehen.

#### Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen **Entwicklung**

#### 1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstäti	ge im Inland¹	Erwerbs- quote <sup>2</sup>	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen-	Brutto	oinlandsprodukt	(real)	Investitions-
			quote-	1036	quote <sup>3</sup>	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	quote
	Mio.	Verän-	in%	Mio.	in%	Vei	ränderung in % p	. a.	in%
		derung							
		in%p.a.							
1991	38,6		50,8	2,0	4,9				23,2
1992	38,1	- 1,5	50,1	2,3	5,7	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	- 1,3	49,7	2,8	6,9	- 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	- 0,1	49,7	3,0	7,4	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,5	2,9	7,1	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	- 0,3	49,5	3,1	7,7	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	- 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,2	3,3	8,1	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,1	2,9	6,9	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	- 0,6	51,2	3,2	7,6	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	- 1,0	51,3	3,7	8,7	- 0,2	0,8	1,2	17,8
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,2	0,9	0,7	17,4
2005	38,8	- 0,1	51,7	3,9	9,1	0,9	1,0	1,3	17,3
2000/1995	38,0	0,8	50,1	3,1	7,6	2,0	1,2	2,0	21,3
2005/2000	39,0	- 0,2	51,4	3,4	8,1	0,6	0,8	1,3	18,7

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95, Statistische Bundesamt 17. August 2006. ² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. <sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

#### 2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade V	Inlands- nachfrage (Deflator) eränderung in % p. a	Konsum der privaten Haus- halte (Deflator) <sup>1</sup> a.	Verbraucher- preisindex (2000=100)	Lohnstück- kosten <sup>2</sup>
1991	•		•	•		•	•
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	- 0,7	0,7	1,0	1,5	0,4
1997	2,1	0,3	- 2,2	0,9	1,4	1,9	- 0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	- 0,7	- 4,8	0,9	0,9	1,4	0,7
2001	2,5	1,2	- 0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	0,9	1,0	1,0	0,9	1,5	1,1	0,7
2004	2,1	0,9	- 0,2	1,0	1,6	1,6	- 0,5
2005	1,5	0,6	- 0,8	0,9	1,4	2,0	- 0,9
2000/1995	2,2	0,2	- 1,1	0,5	0,8	1,3	0,2
2005/2000	1,7	1,0	0,4	1,0	1,5	1,6	0,1

 $<sup>^{1}</sup>Ohne\ private\ Organisationen\ ohne\ Erwerbszweck. ^{2}Arbeitnehmerentgelte\ je\ Arbeitnehmerstunde\ dividiert\ durch\ das\ reale\ BIP\ je\ Erwerbstätigendere genomer bei der verschaften genomeren gen$ stunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

#### 3 Außenwirtschaft<sup>1</sup>

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
	Veränderu	ng in % p. a.	Mrd.€	Mrd. €		Anteile a	m BIP in %	
1991			- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,72	45,89	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,52	43,90	35,7	31,7	4,0	2,0
2004	9,5	7,0	110,88	85,13	38,2	33,2	5,0	3,9
2005	8,1	8,6	116,01	94,78	40,7	35,5	5,2	4,2
2000/1995	9,2	9,4	16,8	- 18,2	28,0	27,1	0,9	- 0,9
2005/2000	5,8	3,2	76,6	40,4	36,4	32,9	3,5	1,8

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

#### 4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unterneh- mens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno unbereinigt¹	bereinigt²	Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeit- nehmer) Verände	_
	Veränderung in % p. a.			in%		in%p.a.	
1991				71,0	71,0		
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	- 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	- 0,1
2003	1,3	3,9	0,3	70,9	72,0	1,2	- 0,8
2004	3,4	10,4	0,5	68,9	70,2	0,6	0,8
2005	1,5	6,2	- 0,7	67,4	69,0	0,3	- 1,1
2000/1995	1,8	1,2	2,0	71,1	71,8	1,1	- 0,1
2005/2000	1,9	5,2	0,5	70,4	71,6	1,1	0,1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. <sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). <sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälterje Arbeit nehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

### 5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

Land		jährliche Veränderungen in %												
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008				
Deutschland	2,2	5,7	1,9	3,2	- 0,2	1,2	0,9	2,4	1,2	2,0				
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,0	3,0	1,1	2,7	2,3	2,2				
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	0,7	1,9	3,0	3,0	2,3	2,2				
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,8	4,7	3,7	3,8	3,7	3,7				
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,0	3,2	3,5	3,8	3,4	3,3				
Frankreich	2,0	2,7	2,2	4,0	1,1	2,3	1,2	2,2	2,3	2,				
Irland	3,1	7,6	9,8	10,2	4,3	4,3	5,5	5,3	5,3	4,3				
Italien	2,8	2,1	2,8	3,6	0,0	1,1	0,0	1,7	1,4	1,4				
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	1,3	3,6	4,0	5,5	4,5	4,				
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,9	0,3	2,0	1,5	3,0	2,9	2,				
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,1	2,4	2,0	3,1	2,6	2,				
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	- 1,1	1,2	0,4	1,2	1,5	1,				
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,0	1,8	3,5	2,9	4,9	3,0	2,				
Schweden	2,2	1,0	3,9	4,3	1,7	3,7	2,7	4,0	3,3	3,				
Vereinigtes Königreich	3,5	0,7	2,9	3,8	2,7	3,3	1,9	2,7	2,6	2,				
Euro-Zone	2,3	3,6	2,4	3,9	0,8	2,0	1,4	2,6	2,1	2,				
EU-15	2,6	3,0	2,5	3,9	1,1	2,2	1,5	2,6	2,2	2,				
Estland	-	-	4,5	7,9	7,1	8,1	10,5	10,9	9,5	8,				
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	7,2	8,6	10,2	11,0	8,9	8,				
Litauen	-	-	3,3	4,1	10,3	7,3	7,6	7,8	7,0	6,				
Malta	-	-	6,2	6,4	- 2,4	0,0	2,2	2,3	2,1	2,				
Polen	-	-	7,0	4,2	3,8	5,3	3,2	5,2	4,7	4,				
Slowakei	-	-	5,8	0,7	4,2	5,4	6,0	6,7	7,2	5,				
Slowenien	-	-	4,1	4,1	2,7	4,4	4,0	4,8	4,2	4,				
Tschechien	-	-	5,9	3,6	3,6	4,2	6,1	6,0	5,1	4,				
Ungarn	-	-	1,5	5,2	4,1	4,9	4,2	4,0	2,4	2,				
Zypern	-	-	9,9	5,0	1,9	3,9	3,8	3,8	3,8	3,				
EU-25	-	-	2,6	3,9	1,3	2,4	1,7	2,8	2,4	2,				
Japan	5,1	5,2	1,9	2,9	1,8	2,3	2,6	2,7	2,3	2,				
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	2,5	3,9	3,2	3,4	2,3	2,				

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2006. Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2006.

EU-15 alle Jahre: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2006 Stand: November 2006.

### 6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land			jährli	che Veränderung	en in %		
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	1,4	1,0	1,8	1,9	1,8	2,2	1,2
Belgien	1,6	1,5	1,9	2,5	2,4	1,8	1,7
Dänemark	2,4	2,0	0,9	1,7	2,0	2,0	1,9
Griechenland	3,9	3,4	3,0	3,5	3,3	3,3	3,3
Spanien	3,6	3,1	3,1	3,4	3,6	2,8	2,7
Frankreich	1,9	2,2	2,3	1,9	2,0	1,8	1,9
Irland	4,7	4,0	2,3	2,2	2,9	2,7	2,2
Italien	2,6	2,8	2,3	2,2	2,3	2,0	1,9
Luxemburg	2,1	2,5	3,2	3,8	3,2	2,2	1,8
Niederlande	3,9	2,2	1,4	1,5	1,6	1,8	2,3
Österreich	1,7	1,3	2,0	2,1	1,8	1,8	1,7
Portugal	3,7	3,3	2,5	2,1	2,9	2,2	2,1
Finnland	2,0	1,3	0,1	0,8	1,3	1,5	1,6
Schweden	1,9	2,3	1,0	0,8	1,5	1,6	1,8
Vereinigtes Königreich	1,3	1,4	1,3	2,1	2,4	2,2	2,0
Euro-Zone	2,3	2,1	2,1	2,2	2,2	2,1	1,9
Estland	3,6	1,4	3,0	4,1	4,4	4,2	4,6
Lettland	2,0	2,9	6,2	6,9	6,7	5,8	5,4
Litauen	0,3	- 1,1	1,2	2,7	3,8	4,6	3,3
Malta	2,6	1,9	2,7	2,5	3,0	2,6	2,4
Polen	1,9	0,7	3,6	2,2	1,4	2,5	2,8
Slowakei	3,5	8,4	7,5	2,8	4,5	3,4	2,5
Slowenien	7,5	5,7	3,7	2,5	2,5	2,5	2,6
Tschechien	1,4	- 0,1	2,6	1,6	2,5	2,7	2,9
Ungarn	5,2	4,7	6,8	3,5	3,9	6,8	3,9
Zypern	2,8	4,0	1,9	2,0	2,4	2,0	2,4
EU-25	2,1	1,9	2,1	2,2	2,3	2,3	2,0
Japan	- 0,9	- 0,3	0,0	- 0,3	0,3	0,4	0,7
USA	1,6	2,3	2,7	3,4	3,4	2,5	1,9

Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2006. Stand: November 2006.

### 7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land				in % d	der zivilen Er	werbsbevöll	kerung			
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,2	9,0	9,5	9,5	8,9	8,4	7,8
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,2	8,4	8,4	8,6	8,5	8,4
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,4	5,5	4,8	3,8	3,5	3,5
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,3	9,7	10,5	9,8	9,3	8,9	8,6
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	11,1	10,7	9,2	8,1	7,9	7,4
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	9,5	9,6	9,7	9,3	9,0	8,7
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,7	4,5	4,3	4,3	4,5	4,8
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,4	8,0	7,7	7,1	7,0	7,0
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	3,7	5,1	4,5	4,6	4,4	4,
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	3,7	4,6	4,7	3,9	3,0	2,
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,3	4,8	5,2	5,1	5,1	5,
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,0	6,3	6,7	7,6	7,6	7,7	7,
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,0	8,8	8,4	7,7	7,4	7,3
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	5,6	6,3	7,8	7,3	7,4	7,
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,9	4,7	4,7	5,3	5,0	4,8
Euro-Zone	9,3	7,6	10,5	8,2	8,7	8,9	8,6	8,0	7,7	7,
EU-15	9,4	7,3	10,1	7,7	8,0	8,1	7,9	7,5	7,2	6,9
Estland	-	0,6	9,7	12,8	10,0	9,7	7,9	5,4	3,8	3,
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	10,5	10,4	8,9	7,4	7,2	7,0
Litauen	-	0,0	6,8	16,4	12,4	11,4	8,3	5,9	5,2	5,
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,6	7,4	7,3	7,0	7,0	6,9
Polen	-	-	13,2	16,1	19,6	19,0	17,7	13,9	12,2	11,6
Slowakei	-	-	13,2	18,8	17,6	18,2	16,3	14,3	13,3	12,
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,7	6,3	6,5	6,1	6,1	6,0
Tschechien	-	-	5,8	8,7	7,8	8,3	7,9	7,4	7,1	6,9
Ungarn	-	-	10,0	6,4	5,9	6,1	7,2	7,3	7,7	7,
Zypern	-	-	2,7	4,9	4,1	4,6	5,3	5,4	5,5	5,6
EU-25	-	-	10,4	8,6	9,0	9,1	8,8	8,0	7,6	7,3
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,3	4,7	4,4	4,3	4,3	4,3
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	6,0	5,5	5,1	4,7	5,1	5,4

 $F\ddot{u}r\ die\ Jahre\ ab\ 2003: EU-Kommission, Herbstprognose, November\ 2006.$ 

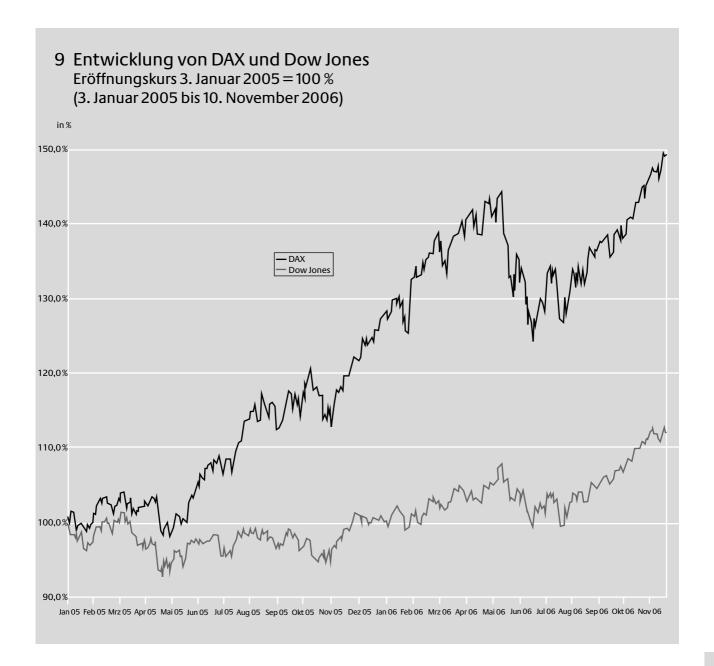
 $EU-15\ alle\ Jahre:\ EU-Kommission,\ \ \ \ \ \ Europ\"{a} is che\ Wirtschaft",\ Statistischer\ Anhang,\ November\ 2006$ Stand: November 2006.

## 8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern

	Reales		nlandspr eränderu			<b>Verbrauc</b> Vorjahr i		e	i	n % des n	bilanzsal Iominale Idsprodu	n
	2004	2005	20061	20071	2004	2005	20061	20071	2004	2005	20061	2007
Gemeinschaft unabhängiger Staaten	8,4	6,5	6,8↑	6,5↑	10,3	12,3	9,6↓	9,3↓	8,1	8,8 ↓	10,1↑	9,4
darunter												
Russische Föderation	7,2	6,4	6,5↑	6,5↑	10,9	12,6	9,7↓	8,5↓	9,9	10,9↓	12,3↑	10,7
Ukraine	12,1	2,6	5,0↑	2,8↓	9,0	13,5	9,3↓	13,5↑	10,6†	3,1 🕇	-2,2↓	-3,8
Asien	8,5↑	8,5 ↑	8,3↑	8,2 ↑	3,9↓	3,4↓	3,6↓	3,5↓	3,9	4,7 ↑	4,3 ↑	4,2
darunter												
China	10,1	10,2 ↑	10,0†	10,0 ↑	3,9	1,8	1,5↓	2,2	3,6	7,2 ↑	7,2↑	7,2
Indien	8,0↓	8,5 ↑	8,3↑	7,3 ↑	3,9†	4,0↓	5,6 ↑	5,3 ↑	0,2	-1,5 ↑	-2,1†	-2,7
Indonesien	5,1	5,6	5,2↑	6,0	6,1	10,5	13,0↓	5,9↓	0,6↓	0,3 ↓	0,2↓	0,6
Korea	4,7↑	4,0	5,0↓	4,3↓	3,6	2,7	2,5	2,7↓	4,1	2,1	0,4↓	0,3
Thailand	6,2	4,5 ↑	4,5↓	5,0↓	2,8	4,5	4,9 ↑	2,6↑	4,2	-2,1 ↑	-0,8†	-1,3
Türkei <sup>2</sup>	8,9	7,4	5,0↓	5,0	8,6	8,2	10,2 ↑	7,2 ↑	-5,2	-6,4↓	-6,7↓	-5,8
Lateinamerika	5,7↑	4,3	4,8↑	4,2↑	6,5	6,3	5,6↓	5,2↓	0,9	1,4↑	1,2↑	1,0
darunter												
Argentinien	9,0	9,2	8,0↑	6,0↑	4,4	9,6	12,3↓	11,4↓	2,2	1,9 🕇	1,0↓	0,6
Brasilien	4,9	2,3	3,6↑	4,0 ↑	6,6	6,9	4,5↓	4,1↓	1,9	1,8	0,6↓	0,4
Chile	6,2↑	6,3	5,2↓	5,5 ↑	1,1	3,1	3,5↓	3,1 🕇	1,7 🕇	0,6 ↑	1,8†	0,9
Mexiko	4,2	3,0	4,0↑	3,5↑	4,7	4,0	3,5	3,3 🕇	-1,0 🕇	-0,6 1	-0,1†	-0,2
Venezuela	17,9	9,3	7,5↑	3,7↑	21,7	15,9	12,1 🕇	15,4↑	12,5	19,1	17,5†	17,6

Prognosen des IWF [ $\uparrow$ / $\downarrow$  = aktuelle Progose ggü. der vorigen (März 2006) angehoben/gesenkt]. Zuordnung lt. IWF World Economic Outlook.

Quelle: IWF World Economic Outlook, September 2006.



### 10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes					
	Schlussstände 10.11.2006	Anfang 2006	Änderung in % zu Anfang 2006	Tief 2006	Hoch 2006
Dow Jones	12 108	10718	12,98	10156	12 177
Eurostoxx 50	3 704	3 3 4 9	10,60	3 183	3 739
Dax	6358	5 408	17,56	5 244	6 3 6 2
CAC 40	5 448	4715	15,53	4 5 6 5	5 449
Nikkei	16112	16111	0,01	14 046	17 563
Renditen staatlicher Ber	nchmarkanleihen				
10 Jahre	Schlussstände 10.11.2006	Anfang 2006	Spread zu US-Bond	Tief 2006	Hoch 2006
			in %		
USA	4,59	4,40	-	4,33	5,25
Bund	3,72	3,30	- 0,88	3,26	4,12
Japan	1,68	1,47	- 2,91	1,43	2,00
Währungen					
	Schlussstände	Anfang 2006	Änderung in % zu Anfang 2006	Tief 2006	Hoch 2006
	10.11.2006				1,29
Dollar/Euro	1,28	1,18	8,47	1,18	,,
Dollar/Euro Yen/Dollar		1,18 117,92	8,47 - 0,28	1,18	119,74
<u> </u>	1,28			·	

#### 11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder / Euroraum / EU-15 / EU-25

		BIP (	real)			Verbraucl	herpreise <sup>1</sup>			Arbeitslo	senquote	
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	200
Deutschland												
EU-KOM	0,9	2,4	1,2	2,0	1,9	1,8	2,2	1,2	9,5	8,9	8,4	7
OECD	1,1	2,2	1,6	-	1,9	1,6	2,1	-	9,1	8,5	8,1	
IWF	0,9	2,0	1,3	-	2,0	2,0	2,6	-	9,1	8,0	7,8	
USA												
EU-KOM	3,2	3,4	2,3	2,8	3,4	3,4	2,5	1,9	5,1	4,7	5,1	5
OECD	3,5	3,6	3,1	-	3,4	3,3	2,4	-	5,1	4,7	4,7	
IWF	3,2	3,4	2,9	-	3,4	3,6	2,9	-	5,1	4,8	4,9	
Japan												
EU-KOM	2,6	2,7	2,3	2,1	-0,3	0,3	0,4	0,7	4,4	4,3	4,3	4
OECD	2,7	2,5	2,2	-	-0,3	0,7	0,8		4,4	4,0	3,5	
IWF	2,6	2,7	2,1	-	-0,6	0,3	0,7		4,4	4,1	4,0	
Frankreich												
EU-KOM	1,2	2,2	2,3	2,1	1,9	2,0	1,8	1,9	9,7	9,3	9,0	8
OECD	1,4	2,4	2,2	-	1,9	1,7	1,4		9,9	9,5	9,2	
IWF	1,2	2,4	2,3	-	1,9	2,0	1,9		9,5	9,0	8,5	
Italien												
EU-KOM	0,0	1,7	1,4	1,4	2,2	2,9	2,7	2,2	7,7	7,1	7,0	7
OECD	0,1	1,8	1,3	-	2,2	2,4	2,1	-	7,8	7,7	7,6	
IWF	-	1,5	1,3	-	2,3	2,4	2,1	-	7,7	7,6	7,5	
Großbritannien												
EU-KOM	1,9	2,7	2,6	2,4	2,1	2,4	2,2	2,0	4,7	5,3	5,0	4
OECD	1,8	2,8	2,9	-	2,0	2,2	1,7	-	4,8	5,3	5,2	
IWF	1,9	2,7	2,7	-	2,0	2,3	2,4	-	4,8	5,3	5,1	
Kanada												
EU-KOM	-	-	_	-	-	-	-	-	-	-	_	
OECD	2,9	2,8	3,3	-	2,2	2,0	2,3	-	6,8	6,4	6,2	
IWF	2,9	3,1	3,0	-	2,2	2,2	1,9	-	6,8	6,3	6,3	
Euroraum												
EU-KOM	1,4	2,6	2,1	2,2	2,2	2,2	2,1	1,9	8,6	8,0	7,7	7
OECD	1,4	2,7	2,1	-	2,2	2,1	2,0	-	8,6	8,2	7,9	
IWF	1,3	2,4	2,0	-	2,2	2,3	2,4	-	8,6	7,9	7,7	
EU-25												
EU-KOM	1,7	2,8	2,4	2,4	2,2	2,3	2,3	2,0	8,8	8,0	7,6	7

<sup>1</sup> EU und IWF: Verbraucherpreise (EU: harmonisierte); OECD: harmonisierte Verbraucherpreise für D, F, I, GB und Euroraum; Verbraucherpreisindex für USA, J, CDN.

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2006.

für D, F, I, GB, CDN, J, US und Euroraum: BIP in 2006 – OECD Interim Assessment, September 2006

IWF: Weltwirtschaftsausblick, September 2006.

# 11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP (	real)			Verbraucl	nerpreise1			Arbeitslo	senquote	
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
<b>Belgien</b> EU-KOM OECD IWF	1,1 1,5 1,5	2,7 2,5 2,7	2,3 2,4 2,1	2,2	2,5 2,5 2,5	2,4 2,2 2,4	1,8 1,9 1,9	1,7 - -	8,4 8,4 8,4	8,6 8,0 8,2	8,5 7,7 8,2	8,4
Finnland EU-KOM OECD IWF	2,9 2,2 2,9	4,9 3,4 3,5	3,0 2,8 2,5	2,6 - -	0,8 0,8 0,8	1,3 1,0 1,5	1,5 1,4 1,5	1,6 - -	8,4 8,4 8,4	7,7 7,9 7,9	7,4 7,7 7,8	7,3 - -
Griechenland EU-KOM OECD IWF	3,7 3,7 3,7	3,8 3,7 3,7	3,7 3,6 3,5	3,7 - -	3,5 3,5 3,5	3,3 3,3 3,6	3,3 3,0 3,5	3,3 - -	9,8 10,4 9,9	9,3 10,0 9,7	8,9 9,7 9,5	8,6 - -
Irland EU-KOM OECD IWF	5,5 4,6 5,5	5,3 5,0 5,8	5,3 5,0 5,6	4,3 - -	2,2 2,2 2,2	2,9 2,5 2,8	2,7 3,0 2,5	2,2 - -	4,3 4,4 4,3	4,3 4,4 4,3	4,5 4,4 4,2	4,8 - -
Luxemburg EU-KOM OECD IWF	4,0 4,0 4,0	5,5 4,5 4,0	4,5 4,5 3,8	4,2 - -	3,8 3,8 2,5	3,2 3,5 2,8	2,2 2,8 2,3	1,8 - -	4,5 4,6 4,2	4,6 5,1 4,5	4,4 5,2 4,7	4,
Niederlande EU-KOM OECD IWF	1,5 1,1 1,5	3,0 2,4 2,9	2,9 2,8 2,9	2,6 - -	1,5 1,5 1,5	1,6 1,7 1,7	1,8 1,8 1,8	2,3 - -	4,7 5,0 4,9	3,9 4,1 4,5	3,0 3,4 3,9	2,
Österreich EU-KOM OECD IWF	2,0 2,0 2,0	3,1 2,5 2,8	2,6 2,2 2,3	2,1 - -	2,1 2,1 2,1	1,8 1,8 1,8	1,8 1,7 1,7	1,7 - -	5,2 5,9 5,2	5,1 5,8 4,8	5,1 5,9 4,6	5,°
Portugal EU-KOM OECD IWF	0,4 0,3 0,4	1,2 0,7 1,2	1,5 1,5 1,5	1,7 - -	2,1 2,1 2,1	2,9 2,7 2,6	2,2 2,1 2,2	2,1 - -	7,6 7,7 7,6	7,6 7,9 7,7	7,7 7,7 7,6	7,
Slowenien EU-KOM OECD IWF	4,0 - 3,9	4,8 - 4,2	4,2 - 4,0	4,5 - -	2,5 - 2,5	2,5 - 2,5	2,5 - 2,3	2,6 - -	6,5 - -	6,1 - -	6,1 - -	6,0
Spanien EU-KOM OECD IWF	3,5 3,4 3,4	3,8 3,3 3,4	3,4 3,0 3,0	3,3 - -	3,4 3,4 3,4	3,6 3,6 3,8	2,8 2,7 3,4	2,7 - -	9,2 9,2 9,2	8,1 8,7 8,6	7,9 8,6 8,3	7,

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> EU und IWF: Verbraucherpreise (EU: harmonisierte); OECD: harmonisierte Verbraucherpreise für B, FIN, GR, IRL, L, NL, A, P und E.

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2006.

IWF: Weltwirts chafts ausblick, September 2006.

## 11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP (	real)			Verbrauc	herpreise1			Arbeitslo	senquote	
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	200
Dänemark EU-KOM	3,0	3,0	2,3	2,2	1,7	2,0	2,0	1,9	4,8	3,8	3,5	3,
OECD IWF	3,1 3,2	3,0 2,7	2,4 2,3	_	1,8 1,8	1,7 1,8	2,6 2,0	-	4,8 5,7	4,2 4,8	3,9 4,9	
Estland EU-KOM OECD	10,5	10,9	9,5	8,4	4,1	4,4	4,2	4,6	7,9	5,4	3,8	3
IWF	9,8	9,5	8,0	-	4,1	4,6	3,8	-	-	-	-	
Lettland EU-KOM	10,2	11,0	8,9	8,0	6,9	6,7	5,8	5,4	8,9	7,4	7,2	7.
OECD IWF	10,2	11,0	9,0	-	6,8	6,6	6,3	-	_	-	_	
Litauen EU-KOM OECD	7,6	7,8	7,0	6,5	2,7	3,8	4,6	3,3	8,3	5,9	5,2	5
IWF	7,5	6,8	6,5	-	2,7	3,6	3,3	-	_	-	_	
Malta EU-KOM	2,2	2,3	2,1	2,2	2,5	3,0	2,6	2,4	7,3	7,0	7,0	6
OECD IWF	2,5	1,6	1,8	_	- 2,5	2,9	2,8	-	_	_	_	
Polen EU-KOM OECD	3,2 3,3	5,2 4,4	4,7 4,6	4,8	2,2 2,2	1,4 1,0	2,5 1,7	2,8	17,7 17,7	13,9 16,8	12,2 15,7	11
IWF	3,4	5,0	4,5	-	2,1	0,9	2,3	-	_	-	_	
Schweden EU-KOM OECD IWF	2,7 2,7 2,7	4,0 3,9 4,0	3,3 3,3 2,2	3,1 - -	0,8 0,5 0,8	1,5 1,0 1,6	1,6 2,1 1,8	1,8 - -	7,8 5,8 5,8	7,3 4,8 4,5	7,4 4,2 4,3	7
Slowakei EU-KOM OECD IWF	6,0 6,0 6,1	6,7 6,3 6,5	7,2 6,3 7,0	5,7 - -	2,8 2,7 2,7	4,5 3,6 4,7	3,4 2,2 3,6	2,5 - -	16,3 16,2	14,3 15,4	13,3 14,7	12
Tschechien		-,-	.,-		_,.							
EU-KOM OECD IWF	6,1 6,0 6,1	6,0 5,7 6,0	5,1 4,7 4,8	4,7 - -	1,6 1,9 1,8	2,5 2,9 2,9	2,7 3,7 3,3	2,9 - -	7,9 8,0 -	7,4 7,7 -	7,1 7,5 -	6
<b>Ungarn</b> EU-KOM	4,2	4,0	2,4	2,7	3,5	3,9	6,8	3,9	7,2	7,3	7,7	7
OECD IWF	4,3 4,1	4,6 4,5	4,4 3,5	_	3,6 3,6	2,1 3,5	2,9 5,8	-	7,3 -	7,2 -	7,1 -	
<b>Zypern</b> EU-KOM	3,8	3,8	3,8	3,9	2,0	2,4	2,0	2,4	5,3	5,4	5,5	5
OECD IWF	- 3,7	- 3,5	- 3,8	-	- 2,6	- 3,0	- 2,3	-	- 5,2	3,0	3,0	

 $<sup>^{1} \</sup>quad \text{EU und IWF: Verbraucher preise (EU: harmonisierte); OECD: Verbraucher preisindex f\"{u}r \, \text{DK, PL, S, CZ und H.} \\$ 

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2006.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, September 2006.

## 12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-15 / EU-25

	öf	fentl. Hau	shaltssald	lo	S	taatsschu	Idenquot	e <sup>1</sup>	L	eistungsb	ilanzsaldo	)
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	200
Deutschland												
EU-KOM	-3,2	-2,3	-1,6	-1,2	67,9	67,8	67,7	67,3	4,2	4,5	5,3	5,
OECD	-3,3	-3,1	-2,2	-	67,8	69,5	69,3	-	4,2	4,0	4,6	
IWF	-3,3	-2,9	-2,4	-	66,4	68,0	68,5	-	4,1	4,2	4,0	
USA												
EU-KOM	-3,7	-2,2	-2,4	-2,8	-	-	-	-	-6,2	-6,4	-6,4	-6
OECD	-3,8	-3,6	-3,7	-	64,1	64,1	64,7	-	-6,4	-7,2	-7,6	
IWF	-3,7	-3,1	-3,2	-	62,7	62,5	63,4	-	-6,4	-6,6	-6,9	
Japan												
EU-KOM	-6,5	-5,6	-5,1	-4,7	-	-	-	-	3,6	3,5	3,0	2,
OECD	-5,2	-5,2	-4,7	-	172,1	175,2	177,3	-	3,6	4,3	5,5	
IWF	-5,6	-5,2	-4,9	-	181,7	181,8	181,8	-	3,6	3,7	3,5	
Frankreich												
EU-KOM	-2,9	-2,7	-2,6	-2,2	66,6	64,7	63,9	63,3	-2,1	-2,1	-2,0	-2
OECD	-2,9	-2,9	-2,6	-	67,3	66,8	65,9	-	-1,9	-2,6	-2,3	
IWF	-2,9	-2,7	-2,6	-	66,7	64,5	64,0	-	-1,6	-1,7	-1,7	
Italien												
EU-KOM	-4,1	-4,7	-2,9	-3,1	106,6	107,2	105,9	105,7	-1,1	-1,4	-1,1	-0
OECD	-4,3	-4,2	-4,6	-	106,3	107,4	108,4	-	-1,6	-2,1	-2,2	
IWF	-4,1	-4,0	-4,1	-	106,4	107,5	108,6	-	-1,6	-1,4	-1,0	
Großbritannien												
EU-KOM	-3,3	-2,9	-2,8	-2,5	42,4	43,2	44,1	44,7	-2,2	-2,5	-2,6	-2
OECD	-3,2	-3,4	-3,2	-	43,5	46,6	49,1	-	-2,6	-2,4	-2,9	
IWF	-3,3	-3,2	-2,8	-	42,7	43,1	44,2	-	-2,2	-2,4	-2,3	
Kanada												
EU-KOM	-	-	_	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	1,7	2,2	1,8	-	69,3	62,5	57,5	-	2,2	3,3	3,3	
IWF	1,7	1,1	1,0	-	84,8	79,6	74,6	-	2,3	2,0	1,9	
Euroraum												
EU-KOM	-2,4	-2,0	-1,5	-1,3	70,6	69,4	68,0	66,9	0,0	-0,1	0,1	0,
OECD	-2,4	-2,3	-2,1	-	70,9	70,8	70,2	-	-0,2	-0,4	-0,3	
IWF	-2,2	-2,0	-1,9	-	70,6	69,8	69,2	-	_	-0,1	-0,2	
EU-25												
EU-KOM	-2,3	-2,0	-1,6	-1,4	63,3	62,5	61,4	60,4	-0,4	-0,5	-0,4	-0

 $<sup>^{1} \</sup>quad Staats schulden quote: EU-Mitglied staat en nach Maastricht-Kriterien.$ 

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2006.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, September 2006.

## 12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	öf	fentl. Hau	shaltssalc	lo	S	taatsschu	ldenquote	1	L	eistungsb.	oilanzsald	0
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
<b>Belgien</b> EU-KOM OECD IWF	-2,3 -0,1 0,1	-0,2 -0,4 -	-0,5 -1,0 -0,7	-0 <b>,</b> 5 - -	93,2 93,3 -	89,4 89,5 -	86,3 85,6 -	83,2 - -	2,5 1,7 2,7	2,4 1,4 2,8	2,5 1,3 2,7	2,9
<b>Finnland</b> EU-KOM OECD IWF	2,7 2,4 2,5	2,9 2,2 2,7	2,9 1,9 3,3	2,9 - -	41,3 41,1 -	38,8 41,4 -	37,3 42,5 -	35,8 - -	4,6 2,7 5,1	5,5 2,3 5,1	5,2 2,0 4,6	4,
<b>Griechenland</b> EU-KOM OECD IWF	-5,2 -4,4 -4,5	-2,6 -3,0 -2,8	-2,6 -3,3 -2,7	-2,4 - -	107,5 108,7 –	104,8 106,2 -	101,0 103,3 -	96,4 - -	-9,2 -8,0 -7,8	-8,5 -7,8 -8,1	-8,0 -7,6 -8,0	-7,
Irland EU-KOM OECD IWF	1,1 1,0 1,0	1,2 -0,3 0,7	0,9 -0,5 -0,4	0,4 - -	27,4 27,6 -	25,8 27,5 -	24,4 27,5 -	23,6	-3,1 -1,9 -2,6	-3,2 -1,0 -3,0	-4,1 -0,5 -3,2	-4,
<b>Luxemburg</b> EU-KOM OECD IWF	-1,0 -1,9 -1,9	-1,5 -1,7 -1,7	-0,5 -1,2 -1,9	-0,3 - -	6,0 6,0 –	7,4 9,0 -	7,3 10,2 -	7,1 - -	9,7 9,3 9,7	11,4 10,4 8,2	12,2 9,7 8,2	12,
<b>Niederlande</b> EU-KOM OECD IWF	-0,3 -0,3 -0,1	0,0 -0,5 -0,8	0,1 -0,1 -0,8	0,3	52,7 52,9 -	50,5 52,8 -	47,8 52,3 -	45,4 - -	7,1 6,4 6,3	7,6 9,5 7,6	8,1 10,1 7,9	8,
Österreich EU-KOM OECD IWF	-1,5 -1,6 -1,6	-1,3 -1,9 -1,8	-1,2 -1,5 -0,9	-1,0 - -	63,4 62,9 -	62,1 63,1 -	60,9 63,2 -	59,8 - -	2,9 1,2 1,2	3,0 1,9 1,5	2,8 1,8 1,7	2,
Portugal EU-KOM OECD IWF	-6,0 -6,0 -6,0	-4,6 -5,0 -4,6	-4,0 -4,5 -3,7	-3,9 - -	64,0 63,9 -	67,4 66,3 -	69,4 68,3 -	70,7 - -	-9,5 -9,3 -9,3	-9,0 -9,6 -9,8	-8,7 -9,7 -9,6	-8,
Slowenien EU-KOM OECD IWF	-1,4 - -	-1,6 - -	-1,6 - -	-1,5 - -	28,0 - -	28,4 - -	28,0 - -	27,6 - -	-2,0 - -1,1	-1,9 - -2,0	-1,8 - -2,3	-1,
Spanien EU-KOM OECD IWF	1,1 1,1 1,1	1,5 1,1 1,3	1,1 0,9 0,9	0,9 - -	43,1 43,2 -	39,7 40,5 -	37,0 38,3 -	34,7 - -	-7,5 -7,4 -7,4	-8,6 -8,9 -8,3	-9,6 -9,8 -8,7	-10,

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Staatsschuldenquote: EU-Mitgliedstaaten nach Maastricht-Kriterien.

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2006.
OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2006.
IWF: Weltwirtschaftsausblick, September 2006.

### 12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öf	fentl. Hau	shaltssald	do	S	taatsschu	Idenquote	e <sup>1</sup>	1	Leistungsl	oilanzsald	0
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
<b>Dänemark</b> EU-KOM OECD IWF	4,9 4,0 3,9	4,0 3,3 2,6	4,3 3,8 2,5	4,2 - -	35,9 35,9 -	28,5 32,4 -	24,5 28,4 -	22,0	2,9 3,2 3,0	1,9 2,7 2,2	2,1 2,5 2,3	2,3
Estland EU-KOM OECD IWF	2,3 - -	2,5 - -	1,6 - -	1,3 - -	4,5 - -	4,0 - -	2,7 - -	2,1 - -	-11,1 - -11,0	-11,5 - -12,0	-10,5 - -11,7	-9,6 -
Lettland EU-KOM OECD IWF	0,1	-1,0 - -	-1,2 - -	-1,2 - -	12,1 - -	11,1 - -	10,6	10,3 - -	-12,5 - -12,4	-16,1 - -14,0	-17,4 - -13,7	-16,6 -
<b>Litauen</b> EU-KOM OECD IWF	-0,5 - -	-1,0 - -	-1,2 - -	-1,3 - -	18,7 - -	18,9 - -	19,6 - -	19,8 - -	-6,9 - -6,9	-8,9 - -7,5	-9,4 - -7,4	-9,1 -
Malta EU-KOM OECD IWF	-3,2 - -	-2,9 - -	-2,7 - -	-2,9 - -	74,2 - -	69,6 - -	69,0 - -	68,6 - -	-11,0 - -13,1	-10,9 - -12,5	-10,9 - -12,0	-11,2 -
Polen EU-KOM OECD IWF	-2,5 -2,5 -	-2,2 -2,8 -	-2,0 -2,6 -	-1,8 - -	42,0 42,0 -	42,4 45,5 -	43,1 45,6 -	42,7 - -	-2,2 -1,5 -1,4	-2,3 -1,6 -1,7	-2,7 -1,7 -1,9	-2,8 -
Schweden EU-KOM OECD IWF	3,0 2,7 1,4	2,8 1,7 0,7	2,4 2,2 1,1	2,5 - -	50,4 50,3 -	46,7 45,4 -	42,6 40,3 -	38,7 - -	5,9 6,1 6,0	6,3 6,7 5,8	6,4 6,7 5,6	6,5
Slowakei EU-KOM OECD IWF	-3,1 -2,9 -	-3,4 -2,3 -	-3,0 -1,8 -	-2,9 - -	34,5 35,2 -	33,0 29,7 -	31,6 24,7 -	31,0	-7,9 -9,2 -8,6	-7,8 -9,0 -7,7	-4,8 -7,0 -5,9	-3,4 -
Tschechien EU-KOM OECD IWF	-3,6 -2,6 -	-3,5 -3,3 -	-3,6 -3,5 -	-3,2 - -	30,4 30,8 -	30,9 31,6 -	30,8 32,2 -	31,0 - -	-2,7 -2,1 -2,1	-3,1 -1,7 -1,9	-2,3 -0,9 -1,6	-1,7 -
Ungarn EU-KOM OECD IWF	-7,8 -6,1 -	-10,1 -5,8 -	-7,4 -5,8 -	-5,6 - -	61,7 58,2 -	67,6 59,0 -	70,9 59,7 -	72,7 - -	-6,8 -7,3 -7,4	-7,3 -7,7 -9,1	-5,1 -7,3 -8,0	-3,!
Zypern EU-KOM OECD IWF	-2,3 - -2,4	-1,9 - -2,2	-1,7 - -1,6	-1,7 - -	69,2 - -	64,8 - -	62,2 - -	59,6 - -	-5,7 - -5,8	-6,0 - -4,6	-5,9 - -3,5	-5,9

 $<sup>^{1} \</sup>quad \textbf{Staatsschuldenquote: EU-Mitglied staaten nach Maastricht-Kriterien.}$ 

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2006. OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2006.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, September 2006.

SEITE 122 NOTIZEN

#### HERAUSGEBER:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
REFERAT INFORMATION UND PUBLIKATION
WILHELMSTRASSE 97
10117 BERLIN
HTTP://www.bundesfinanzministerium.de
ODER
HTTP://www.bmf.bund.de

#### REDAKTION:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT
REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE
BERLIN, NOVEMBER 2006

Satz und Gestaltung: Heimbüchel pr, Kommunikation und Publizistik GmbH, Berlin/Köln

#### DRUCK:

BONIFATIUS GMBH, PADERBORN

BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES
BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:
TELEFONISCH 0 18 05 / 77 89 90 (0,12 €/MINUTE)
PER TELEFAX 0 18 05 / 77 89 94 (0,12 €/MINUTE)

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unhabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X

 $\Gamma$   $\Gamma$   $\Gamma$   $\Gamma$